



Universität Potsdam

Jochen Franzke | Heinz Kleger (Hrsg.)

Bürgerhaushalt ohne Bürger?

Analyse der Ergebnisse einer Einwohnerbefragung
in der Stadt Potsdam im Frühjahr 2007

Universitätsverlag Potsdam

Bürgerhaushalt ohne Bürger?
Jochen Franzke | Heinz Kleger (Hrsg.)

Jochen Franzke | Heinz Kleger (Hrsg.)

Bürgerhaushalt ohne Bürger?

Analyse der Ergebnisse einer Einwohnerbefragung
in der Stadt Potsdam im Frühjahr 2007

Universitätsverlag Potsdam

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Universitätsverlag Potsdam 2009

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam

Tel.: +49 (0)331 977 4623 / Fax: 4625

E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.

Online veröffentlicht auf dem Publikationsserver der Universität Potsdam

URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2009/2984/>

URN [urn:nbn:de:kobv:517-opus-29840](http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus-29840)

[<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-29840>]

Zugleich gedruckt erschienen im Universitätsverlag Potsdam:

ISBN 978-3-940793-88-1

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	5
Vorwort.....	7
Zusammenfassende Thesen.....	9
Sozialraum I	17
Sozialraum II	27
Sozialraum III	45
Sozialraum IV.....	61
Sozialraum V.....	71
Sozialraum V.....	73
Sozialraum VI.....	83
Literatur und Quellen.....	99
Anhang Fragebogen	101

Vorwort

Diese Publikation setzt unsere Reihe wissenschaftlicher Begleitstudien zum Konzept des Bürgerhaushalts und dessen Umsetzung in der brandenburgischen Landeshauptstadt Potsdam fort.

Nachdem im Rahmen eines studentischen Projektseminars unter unserer Leitung im Winter 2005/2006 die Positionen der organisierten Potsdamer Bürgerschaft zum Bürgerhaushalt untersucht worden waren, stand nun bei der Fortsetzung des Projektseminars im Sommer 2007 die Haltung der Potsdamer Bürger¹ zu diesem Thema im Mittelpunkt unseres Interesses. Insgesamt 564 Potsdamer wurden dazu in den einzelnen Sozialräumen der Stadt befragt.² Ziel war es, herauszufinden, inwieweit die einzelnen Bürger der Stadt Potsdam bereits mit dem Konzept des Bürgerhaushalts vertraut waren, wie groß deren Bereitschaft zur Mitwirkung an diesem Projekt war und welche Wirkungen die Bürger vom Bürgerhaushalt erwarten.

Mit viel Engagement und Eigeninitiative haben die beteiligten 13 Studenten zum Erfolg dieses Projektes wesentlich beigetragen. Die Projektleitung bedankt sich daher nachdrücklich bei Astrid Peters, Anja Lehmann, Karsten Kessler, Oliver Latt, Harry Olschok, Janis Klusmann, Eva Roeder, Jens Kolodziejczak, Kishor Krishna Reddy, Matthias Horn, Claudia Schmill, Roman Piffrement und Hardy Seemann.

Diese Publikation enthält neben den zusammenfassenden Thesen der Herausgeber und Projektleiter Berichte über die Befragungen in den sechs Potsdamer Sozialräumen. Im Anhang findet sich eine Übersichtskarte zu diesen Sozialräumen sowie der bei der Befragung verwendete standardisierte Fragebogen. Die Abschlussberichte sind von den beteiligten Studenten eigenständig verfasst worden und spiegeln deren authentische Einschätzung der Ergebnisse der Befragung für den betreffenden Sozialraum wieder. Diese Berichte zeigen neben der Analyse der Erhebungsdaten auch etwas über die vielfältigen und spannenden Erfahrungen der beteiligten Studenten bei den Interviews im öffentlichen Raum Potsdams.

¹ In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form aller Funktionsbezeichnungen genutzt; diese steht zugleich immer auch für die entsprechende weibliche Form.

² Zur „organisierten Bürgerschaft“ in Potsdam siehe Franzke/Kleger (Hrsg.) 2006.

Die Berichte zu den Sozialräumen sind von den Herausgebern lediglich sprachlich bearbeitet und soweit wie möglich redaktionell vereinheitlicht worden. Die wertenden Aussagen in den Berichten decken sich nicht in jedem Fall mit den Positionen der Herausgeber.

Gemeinsam mit der bereits erwähnten Publikation zu den Positionen der organisierten Bürgerschaft zum Projekt der Bürgerkommune und des Bürgerhaushalts trägt die vorliegende Publikation dazu bei, die Möglichkeiten und Grenzen, Chancen und Herausforderungen des partizipatorischen Instruments des Bürgerhaushalts in einer Großstadt im Osten Deutschlands genauer zu verstehen. Dabei ist zu beachten, dass unsere Analysen als eine Momentaufnahme die Situation des Sommers 2007 zeigen. Nach einem ersten Anlauf zum Bürgerhaushalt im Jahr 2006, der nicht besonders erfolgreich war, waren die Aktivitäten der Stadt Potsdam für den Bürgerhaushalt im Jahr 2007 wegen der notwendigen Umstellung der Haushaltsführung auf die Doppik unterbrochen worden. Dies bildete keine besonders günstigen Bedingungen für das Vorantreiben eines partizipativen Instruments wie den Bürgerhaushalt. Dessen ungeachtet betreiben Politik und Verwaltung der Stadt Potsdam seit 2008 erneut vielfältige Anstrengungen, das Projekt in der Stadt voranzubringen. Die Herausgeber wünschen diesen Aktivitäten viel Erfolg und werden sich bei Gelegenheit mit einer aktuellen Analyse dieser Aktivitäten wieder zu Wort melden.

Die Herausgeber bedanken sich im Namen aller Interviewer bei den Potsdamer Bürgern für deren Bereitschaft, an unserer Befragung teilzunehmen. Unser Dank gilt auch allen Institutionen, die uns bei diesem Vorhaben unterstützt haben.

Potsdam, Dezember 2008

Jochen Franzke/Heinz Kleger

Zusammenfassende Thesen

Von Jochen Franzke und Heinz Kleger

Vorbemerkung

Im Rahmen eines studentischen Projektseminars wurden insgesamt 564 Bürgerinnen und Bürger der Stadt Potsdam im Mai und Juli 2007 zu ihrer Einschätzung des Bürgerhaushaltes in Potsdam befragt. Dies geschah in Form von face-to-face-Interviews mit standardisierten Fragebögen. (siehe Anhang). Die Befragung ist nicht als repräsentativ zu bewerten, da nur 0,4 % der Potsdamer Einwohner befragt werden konnten. Positiv zu werten ist allerdings, dass Bürger aus allen sozialen Gruppen befragt werden konnten, vor allem aber Angestellte, in Ausbildung Befindliche sowie Rentner. Auch alle Altersgruppen waren vertreten, am höchsten überraschenderweise die Alterskohorte der überwiegend berufstätigen 36 bis 50jährigen.

Aber die Analyse der erhobenen Daten bieten in jedem Falle einen nicht nur für Sozialwissenschaftler spannenden Einblick in die Ansichten der Befragten zu der Stadt, in der sie leben, und zu den Möglichkeiten der Beteiligung der Bürger zur Regierung in dieser Stadt, insbesondere natürlich zum Bürgerhaushalt. Zusätzlich interessant ist der Vergleich der Ergebnisse dieser Befragung mit jener der Befragung der organisierten Bürgerschaft im Winter 2006/2007.

Thesen

Insgesamt lassen sich die wichtigsten Ergebnisse der Befragungen in folgenden Thesen zusammenfassen:

1. Die Befragung bestätigt erneut die hohe Meinung der meisten Potsdamer über die Lebensqualität in der brandenburgischen Landeshauptstadt. Über 90 % der von uns Befragten fühlen sich in der Stadt wohl. Der geringste Wert bei unserer Befragung ist in den 2003 neu eingemeindeten Ortsteilen zu verzeichnen, wo die Bürger bislang Lebensqualität hauptsächlich über ihren Ortsteil definieren und nicht über die Gesamtstadt Potsdam. Handlungsbedarf zur weiteren Verbesserung der Lebensqualität sehen die Befragten aller Sozialräume zusammengenommen vor allem in der Bildung (23,6 %), im Sozialen (23,2 %) und im Verkehr (22,3 %), mit deutlich geringeren Werten folgen Wohnen (13,9 %) und Kultur (12,0 %). In den einzelnen Sozial-

räumen weicht das Bild aber durchaus auch ab. Die Wahrnehmung einer hohen Lebensqualität durch die allermeisten Bürger Potsdams stärkt deren Identifikation mit der Stadt und verbessert implizit die Bereitschaft für ehrenamtliches Engagement, auch im Rahmen des Bürgerhaushaltes.

2. Zu den auffallenden Resultaten unserer Befragung gehört weiterhin die völlig gegensätzliche Bewertung des Verhältnisses zur Stadtverwaltung bzw. Stadtpolitik durch die befragten Bürger. Das Verhältnis zur Verwaltung wird von diesen im Durchschnitt überwiegend als positiv bewertet. Hingegen wird das Verhältnis zur städtischen Politik deutlich schlechter beurteilt. 75 % aller Befragten beurteilten dieses als eher bzw. sehr schlecht. In einigen Sozialräumen ist das Resultat noch schlechter. Kritisiert werden vor allem die mangelnde Beteiligung der Bürger an Entscheidungen (59 %), die zu geringe Transparenz der Entscheidungen (48 %) sowie zu wenige Informationen (47,5 %). Daraus lässt sich ableiten, dass grundsätzlich für den Erfolg aller partizipativen Instrumente der Bürgerbeteiligung in Potsdam, insbesondere aber für den Bürgerhaushalt drei Voraussetzungen deutlich verbessert werden müssen: mehr und vor allem einfachere Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung an städtischen Entscheidungen, mehr Transparenz der Entscheidungsstrukturen und mehr Informationen über diese Prozesse. Das stärkere öffentliche Bekenntnis der politischen Parteien zu den konsensual gefassten Beschlüssen zum Bürgerhaushaltsprojekt würde diesen ebenfalls stärken. Allerdings scheint das negativ geprägte Verhältnis der Befragten zur städtischen Politik keinen direkten Einfluss auf deren potenzielles projektbezogenes Partizipationsinteresse zu haben. Anzunehmen ist jedoch, dass eine Verbesserung dieses Verhältnisses stärkere Mobilisierungseffekte entfalten würde.
3. Fast 30 % der befragten Potsdamer gaben an, sich bereits ehrenamtlich zu engagieren. In einzelnen Sozialräumen liegt diese Zahl noch deutlich höher, so im Sozialraums III mit 41 %. Mit über 50 % sind dabei Vereine die am meist gewählte Form des Engagements. Unsere Befragung zeigt, dass auch unter den bislang nicht ehrenamtlich Engagierten noch ungenutztes Potential mit Blick auf den Bürgerhaushalt besteht. Allerdings zeigt unsere Befragung erneut ein deutliches Defizit der Kenntnis der Befragten über die öffentlichen Beteiligungsinstrumente. Manche Partizipationsmöglichkeiten waren vielen Bürgern unbekannt. Die Beseitigung dieses Defizits bildet auch und gerade für das Projekt des Bürgerhaushaltes eine entscheidende Voraussetzung.

Nur eine breite Information der Bürger über diese Möglichkeiten der bürgerschaftlichen politischen Partizipation kann vorhandenes Engagement, welches in den Befragungen wiederholt festgestellt werden konnte, für die Öffentlichkeit der Stadt Potsdam binden.

4. Der Informationsstand der befragten Potsdamer Bürger über den Bürgerhaushalt muss für den Zeitpunkt unserer Befragung im Sommer 2007 als äußerst schlecht bezeichnet werden. Die bisherigen Versuche der städtischen Politik und der Stadtverwaltung, die Bürger an diese Form der Beteiligung heranzuführen, entfalten kaum Wirkung. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Bürger dem Bürgerhaushalt „aufgeschlossen, aber abwartend gegenüberstehen“. Das Vertrauen in die politische Umsetzungskraft der Politik fehlt vielfach. Informationen über den Bürgerhaushalt wünschen die Befragten vor allem über die Zeitungen (63,3 %), es folgen das Fernsehen, insbesondere das Regionalfernsehen (38,5 %), die Post (29,8 %) und überraschenderweise erst an vierter Stelle das Internet (25,5 %). Bislang haben sich diese Medien nicht ausreichend auf die spezifischen Bedürfnisse der Verbreitung von Informationen über den Bürgerhaushalt eingestellt. Nötig scheint des weiteren ein zielgruppenspezifisches städtisches Kommunikationskonzept. Aktivitätsschwerpunkt im Bürgerhaushalt sehen die Befragten in erster Linie im Stadtteil (46 %), aber auch in hohem Maße gesamtstädtisch (41 %). Nur 13 % sprachen sich für beides aus. Damit steht Potsdam vor der Aufgabe, sowohl ein zentrales als auch ein dezentrales Angebot für den Bürgerhaushalt zu machen.
5. Grundsätzlich stehen die Befragten dem Projekt Bürgerhaushalt Potsdam abwartend, aber durchaus positiv gegenüber. Im Sozialraum III kann das Verhältnis zu diesem Projekt sogar als offen-positiv beschrieben werden. Das größte Hindernis bei der Mitwirkung ist der geringe Kenntnisstand über die Beteiligungsmöglichkeiten. Die vorhandene Bereitschaft zum Engagement kann nur genutzt werden, wenn das beschriebene Informationsdefizit abgebaut und die Möglichkeiten der Partizipation der Bürger klarer definiert wird. Über 51,3 % (immerhin 280 Befragte) der in der Gesamtstadt Befragten sind grundsätzlich bereit, am Bürgerhaushalt mitzuwirken. In einzelnen Sozialräumen liegt der Anteil noch deutlich höher (z. B. im Sozialraum III mit 72,7 %). Die mögliche Annahme einer Mittelschichtendominanz kann in diesem Zusammenhang für unsere Befragung weder verifiziert noch falsifiziert werden. Potential für die Partizipation an einem Bürgerhaushaltsprojekt ist offenbar in allen sozialen Grup-

pen vorhanden. Die Mitwirkungsbereitschaft der befragten Bürger ist bei jenen Formen der Beteiligung am höchsten, die einen eher geringeren persönlichen Einsatz erfordern und mehr auf eine passive Beteiligung ausgerichtet sind, d. h. die Teilnahme an der Diskussion und an regelmäßigen Befragungen. Für Beteiligungsformen, die eine aktivere Rolle im Prozess des Bürgerhaushalts erfordern, sprachen sich wie erwartet weniger Befragte aus.

6. Neben dem hier zur Debatte stehenden gesamtstädtischen Bürgerhaushalt sollte nicht vergessen werden, dass es in der Stadt Potsdam noch einen zweiten Bürgerhaushalt gibt, jenen der Ortsteile Golm und Groß-Glienicke. In den jeweiligen Eingemeindungsverträgen zwischen Golm bzw. Groß-Glienicke und Potsdam wurden jährliche Zuweisungen für den Zeitraum von 2003 bis 2008 an die Ortsteile beschlossen, die nach einem Beschluss des jeweiligen Ortsteilbeirats als Budget für einen Bürgerhaushalt des Ortsteils eingesetzt werden. Für das während der Befragung laufende Haushaltsjahr 2007 standen z. B. dem Ortsteil Golm ungebundene Zuweisungen in Höhe von 232.000 € zur Verfügung. Eine eigene wissenschaftliche Untersuchung dieser dezentralen Bürgerhaushaltsprojekte steht bislang aus.
7. Insgesamt ist die Beteiligung der einzelnen Bürger am Bürgerhaushalt in Potsdam noch als zu gering zu bezeichnen. Dieser erscheint – wie schon in der vorhergehenden Publikation herausgearbeitet³ – weitgehend als konsensuales Projekt der Stadtpolitik, ausgeführt von der Stadtverwaltung und vor allem genutzt von den Vertretern der organisierten Bürgerschaft. Diese Situation kann – zweifellos etwas plakativ – als „Bürgerhaushalt ohne Bürger“ bezeichnet werden. Nach unserer Auffassung ist diese Zustandsbeschreibung angesichts einer kritischen Analyse des Bürgerhaushaltsprojektes 2006 zutreffend. Dies muss aber nicht so bleiben. Positiv betrachtet kann man aber auch von Lernprozessen aller beteiligten Akteure sprechen, die – vorausgesetzt der politische Wille hält an – in ein innovatives, wirklich die einzelnen Bürger einbeziehendes Bürgerhaushaltsprojekt münden könnten.

³ Franzke/Kleger (Hrsg.) 2006, S. 9.

Fazit

Wir müssen zwischen *Erreichbarkeit*, *Resonanz* und *Beteiligung* unterscheiden. Oder anders gesagt: Beteiligung kennt verschiedene Ausdrucksformen. In der heutigen Mediengesellschaft gibt es einen tagtäglichen Kampf um Aufmerksamkeit – Aufmerksamkeit ist eine knappe Ressource geworden. Erreichbarkeit ist heute deshalb genauso wichtig (und keineswegs selbstverständlich) wie Partizipation, bei der letztlich die Bürger entscheiden. Dazwischen existiert ein facettenreiches Spektrum der Beteiligung, das zu beachten ist.

Diejenigen, die am Bürgerhaushalt partizipieren, halten ihn für eine gute Idee. Das ist auch tatsächlich der Fall. Unsere Umfrage zeigt indessen auch: Nur wenige Potsdamer kennen den Bürgerhaushalt, obwohl sie regelmäßig Zeitung lesen. Offenbar informieren die Medien zu wenig über den Bürgerhaushalt. Sie müssten dagegen in sein Verfahren einführen. Defizite gibt es aber nicht nur bei den Medien, sondern auch bei der Politik. Eine verbesserte Kommunikation zwischen Politik und Bürgerschaft könnte den Bürgerhaushalt attraktiver machen. In manchen Sozialräumen steht die Bürgerschaft dem Bürgerhaushalt aufgeschlossen gegenüber, aber meistens noch abwartend. Diese Wartestellung könnte durch eine verbesserte Informationspolitik und vereinfachte Partizipationsmöglichkeiten aufgebrochen werden.

Um bei der Potsdamer Bürgerschaft eine stärkere Bindung an das Projekt des Bürgerhaushaltes zu erreichen, bedarf es mehrerer Identifikationsfiguren aus dem Umfeld der Stadt, welche die Aspekte des Bürgerhaushaltes öffentlichkeitswirksam vermitteln können. Es geht darum, in den Sozialräumen zur Mobilisierung weiterer interessierter Bürger beizutragen. Dazu ist auch ein stärkeres Engagement der Parteien erforderlich. Weiterhin kann der Informationsfluss dadurch verbessert werden, dass die von den Bürgern bevorzugten Informationsmedien stärker berücksichtigt werden. Die Einrichtung zentraler Anlaufstellen ist ebenfalls notwendig. Auf diese Weise kann wenigstens die Erreichbarkeit und Resonanz des Bürgerhaushaltes erhöht werden.

Beteiligung wiederum ist auf verschiedene Weise möglich. Dazu bedarf es eines ganzen Spektrums von Beteiligungsmöglichkeiten – von niedrigschwellig bis echter Partizipation, die letztlich entscheidend ist. Das Interesse vieler befragter Bürger richtet sich mehr auf passive Beteiligungsmöglichkeiten, die wenig Zeit kosten. Der Zeitfaktor ist ebenso zu berücksichtigen wie die Tatsache, dass sich die meisten Bürger eher und lieber mündlich als schriftlich beteiligen. Die Schreibhemmung ist in allen Alters-

und Berufskategorien verbreitet. Auch das ist bei offener und breiter Beteiligung zu berücksichtigen. Die Resonanz, die ein Bürgerhaushalt auslöst, kann deshalb nur zum kleineren Teil gemessen und dargestellt werden. Mündlich, in Gesprächen und Diskussionen, gibt es meist sehr viel mehr Beteiligung als schriftlich. Auch bei der Benutzung des Internets (das vor allem für ältere Potsdamer noch eine große Hürde darstellt) ist eine große Kluft zwischen Schreibenden und Zuschauern, welche auf die Seiten bloß zugreifen, immer wieder festzustellen. Feedback und Resonanz des Bürgerhaushaltes können in Stadtgesprächen dennoch groß sein, was im Alltag spürbar ist.

Ausblick

Unsere Befragung spiegelt – wie schon mehrfach betont - die Situation im Sommer 2007 wieder. Nach einem ersten Anlauf zum Bürgerhaushalt im Jahr 2006, der nicht besonders erfolgreich war, waren die Aktivitäten der Stadt Potsdam für den Bürgerhaushalt im Jahr 2007 wegen der notwendigen Umstellung der Haushaltsführung auf die Doppik unterbrochen worden. Dies bildete keine besonders günstigen Bedingungen für das Vorantreiben eines partizipativen Instruments wie eines Bürgerhaushalt.

Dessen ungeachtet betreiben Politik und Verwaltung der Stadt Potsdam seit 2008 erneut vielfältige Anstrengungen, das Projekt in der Stadt weiter voranzubringen. Dies ist unbedingt zu begrüßen. Im Rahmen des Bürgerhaushalts wird allerdings nicht über den gesamten städtischen Haushalt entschieden, sondern nur über die steuerbaren Leistungen, d. h. die freiwilligen Aufgaben. Die Bürger können sich über das Internet, Bürgerversammlungen und Fragebögen am Verfahren beteiligen.

Die letzte Entscheidung über den Haushalt 2008 liegt in den Händen der gewählten Stadtverordnetenversammlung, deren Gremien nach der Debatte der Bürgervorschläge über deren Ablehnung, Prüfung oder Annahme entscheiden. Die Bürger werden dann über die Gründe für diese Entscheidungen informiert.

Über den Bürgerhaushalt 2009 votieren die Potsdamer in der Zeit vom 1.12.2008 bis 4.1.2009. Zur Abstimmung stehen 36 Vorschläge von Potsdamer Bürgern, die Redaktionsteam aus über 200 Anregungen von über 1.000 beteiligten Potsdamer Bürgern zusammengestellt hat. Jeder Vorschlag ist mit einer Stellungnahme der Stadtverwaltung versehen, in der

die damit verbundenen Kosten sowie der möglichen Umsetzungszeitraum enthalten sind.

Dies zeigt, dass die Idee des Bürgerhaushalts in der Stadt Potsdam trotz vieler Schwierigkeiten lebendig ist.

Sozialraum I

Von Astrid Peters und Anja Lehmann

1. Einleitung

Ziel der Befragung der Bürger bzw. Einwohner Potsdams war es, zu erfahren, inwieweit diese mit dem Konzept des Bürgerhaushalts vertraut sind und welche Meinung diese dazu vertreten.

Der Sozialraum I setzt sich durch die im Norden von Potsdam gelegenen Ortschaften Fahrland, Neu Fahrland, Marquardt, Groß Glienicke, Satzkorn, Uetz- Paaren und Sacrow zusammen. Dabei sind die „nördlichen Gebiete“ von besonderem Interesse, denn sie bilden den jüngsten Sozialraum in Potsdam. Bis auf Sacrow sind alle Ortschaften erst am 26. Oktober 2003 nach Potsdam eingemeindet worden.

Dieses ländlich geprägte Gebiet, mit kleinen Ortschaften, ist flächenmäßig einer der größten Sozialräume von Potsdam. Groß Glienicke grenzt im Nord-Osten an Berlin-Spandau, Marquardt im Westen an den Berliner Ring und Neu Fahrland im Süden an den Bornim. Insgesamt leben hier 10.254 Bürger. Laut Bevölkerungsdiagnose wird sich diese Zahl bis 2010 um 18,6 % erhöhen (d.h. ein Plus von 1.906 Einwohnern).⁴

Sowohl die Nähe zu Berlin als auch zum Norden Potsdams, der kontinuierliche Bevölkerungszuwachs und besonders die ländlichen Strukturen charakterisieren die nördlichen Gebiete und unterscheiden sie gleichzeitig von den anderen Sozialräumen der Stadt, die weitaus urbaner geprägt sind.

Die Bürgerbefragung wurde in den Ortsteilen Fahrland, Neufahrland, Groß Glienicke, Marquardt und dem Bürgerservice der Stadt Potsdam von Mai bis Anfang Juli 2007 an unterschiedlichen Wochentagen und zu unterschiedlichen Tageszeiten durchgeführt. Die Bürger wurden angesprochen und nach einer kurzen Erläuterung unseres Vorhabens um die Teilnahme an der Befragung zum Bürgerhaushalt gebeten. Der standardisierte Fragebogen wurde von uns vorgelesen und mit den Antworten der Befragten ausgefüllt. Unklare Fragen und Begriffe wurden erklärt. In den meisten Fällen musste die Idee des Bürgerhaushalts kurz umrissen werden. Dabei wurde besonders auf eine wertfreie Darstellung des Konzepts geachtet, da ge-

⁴ Siehe Statistischer Informationsdienst Potsdam 2004.

rade das Wissen und die Einstellung des Bürgers zum Bürgerhaushaltskonzept das Erkenntnisziel der Erhebung waren.

Insgesamt konnten 43 Bürger des Sozialraums I befragt werden. Diese niedrige Fallzahl hat verschiedene Ursachen. Zum einen bestehen die Ortsteile vermehrt aus Eigenheimen mit großen Grundstücken. Nicht immer gab es eine Klingel an den Zäunen und oftmals hatten die Hausbesitzer freilaufende Hunde, so dass es schwierig war, Kontakt aufzunehmen. Zum anderen waren nur wenige Bürger auf der Straße anzutreffen. Deshalb konzentrierten wir die Befragung in Fahrland, Neufahrland und Groß Glienicke auf die Umgebung von Spargel- und Gemüseständen. Hier waren aber die meisten Kunden zeitlich angebunden, kamen aus Berlin oder hatten einfach kein Interesse. Erschwerend kam die wechselhafte Wetterlage hinzu. Entweder regnete es oder es war sehr warm.

Die Befragung in Marquardt war auf Grund der Bahnanbindung mit den wartenden Fahrgäste und einer Liegewiese an einem Havelarm etwas leichter zu bewerkstelligen. Dennoch war es wegen der geringen Zahl anzutreffender Bürger nicht gerade einfach. Unabhängig von den konkreten Schwierigkeiten waren letztendlich nur wenige Personen sofort mit der Befragung einverstanden, ohne dass wir viel Überzeugungsarbeit leisten mussten. Trotzdem entwickelte sich gerade mit zunächst sehr skeptischen Personen oft ein längeres Gespräch, in dem noch das ein oder andere Thema vom Befragten zur Sprache gebracht wurde. Vielfach ging es dann um Kritik gegenüber der Stadt und deren Handlungsweisen.

Wegen der Probleme bei der Vor-Ort-Befragung entschlossen wir uns, die weitere Befragung in den Räumlichkeiten des Bürgerservices der Stadt Potsdam durchzuführen. Wie vermutet, wirkte sich die Wartezeit positiv auf die Bereitschaft zur Teilnahme aus. Obwohl im Bürgerservice Potsdamer Bürger aus allen Sozialräumen zusammenkommen, war der Anteil an Befragten aus dem Sozialraum I relativ hoch. Weiterhin fiel positiv auf, dass hier viele Personen unterschiedlicher Schichtzugehörigkeit und unterschiedlichen Alters von uns befragt werden konnten, sodass wir einen guten Querschnitt der Gesellschaft abbilden konnten.

Das Durchschnittsalter der 43 Befragten aus dem Sozialraum I liegt zwischen 36 und 50 Jahren, wobei die Geschlechterverteilung relativ ausgewogen ist. Das deckt sich mit den Sozialraumdaten der Stadt, nach denen das Durchschnittsalter 2004 bei 38,7 Jahren lag. Tatsächlich war aber die Bevölkerungsgruppe zwischen 51 und 65 Jahren am ehesten bereit teilzunehmen bzw. konnte am einfachsten erreicht werden. Dagegen konnten

leider nur sehr wenige Bürger unter 25 Jahren angesprochen und zur Teilnahme motiviert werden. Mögliche Ursachen könnten die begonnenen Sommerferien oder auch die Unattraktivität der von uns angesteuerten Befragungsorte für Jugendliche sein.

Bezüglich der Frage zum Bildungsabschluss konnte eine größere Streuung erlangt werden. So haben 34,9 % der befragten Personen einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss, 34,9 % das Abitur und/oder eine Berufsausbildung. 23,3 % der Befragten haben die 10. Klasse abgeschlossen und lediglich 7 % haben gar keinen Abschluss. Eine ähnliche Streuung besteht auch hinsichtlich des Berufes. Jeweils 7 % der Umfrageteilnehmer sind erwerbslos, Hausmann/ -frau oder befanden sich in der Ausbildung. Den Angaben der Stadt zufolge haben die nördlichen Gebiete (gemessen an den Erwerbsfähigen) eine ähnliche Arbeitslosenquote von 7,1 %. Knapp mehr als die Hälfte (53,4 %) gehen einer erwerbsmäßigen Arbeit nach und rund ein Viertel der Befragten befinden sich im Ruhestand.

Die Schlussfolgerungen der folgenden Auswertung müssen sicherlich unter dem Gesichtspunkt einer geringen Fallzahl gesehen werden. Jedoch kann man durch die relativ weite Streuung der Befragten hinsichtlich des Bildungsabschlusses und ihres derzeitigen Berufes einige Tendenzaussagen bezüglich des gegenwärtigen Informations- und Stimmungszustandes treffen oder über mögliche Entwicklungen in der Gesellschaft vermuten.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Umfrage vorgestellt und erläutert. Die Reihenfolge richtet sich nach der Struktur des standardisierten Fragebogens. Der erste Teil dient einer Beschreibung des so genannten Ist-Zustands. Im zweiten Teil wurde u. a. nach der Meinung des Bürgers zum Bürgerhaushalt in Potsdam, dessen Chancen sowie Risiken gefragt. Abschließend werden die Ergebnisse in vier Thesen, die aus der Umfrage gewonnen werden konnten, zusammengefasst.

2. Auswertung

Die überwiegende Mehrheit, 90,5 % der befragten Bewohner des Sozialraums I, fühlt sich wohl in Potsdam. Aber im Vergleich zu den anderen Sozialräumen oder auch der Potsdamer Gesamtauswertung ist das der geringste Wert. Dieser könnte darauf zurückzuführen sein, dass die nördlichen Ortsteile erst vor vier Jahren eingemeindet wurden. Die Bürger fühlen sich zwar in ihrem Ortsteil recht wohl, sie haben aber bis heute kaum bzw. gar keine direkte Beziehung zu der Stadt Potsdam aufgebaut.

Eine zweite Ursache könnte in dem stetigen Zuzug von Neubürgern liegen, die nicht reibungslos in die bestehenden, dörflichen Strukturen einzubinden sind. Ein (Alt-)Bürger merkte an, dass einige der Zugezogenen auf der Straße nicht grüßen und wohl meinen würden, dass er sie zuerst grüßen müsse. Einen Städter mag das nicht weiter wundern. Für die dörflichen Strukturen bedeutet dies aber, dass bisherige, einfache Kommunikationswege und Integrationsmechanismen weg brechen. Der erste Kontakt zwischen den „Neuen“ und den „Alten“ muss nun in irgendeiner anderen Form zu Stande kommen, z.B. durch den Beitritt in einen Verein.

Durch diese aufkommende Differenzierung zwischen Alt- und Neubürger entsteht die Gefahr eines bloßen „anonymen Nebeneinanders“, ohne Rücksicht auf die bestehenden und bisher funktionierenden Strukturen. Diese werden sukzessiv zerstört, ohne dass etwas Neues an ihre Stelle tritt. Insbesondere der Bürgerhaushalt könnte hier eine Lösungsmöglichkeit darstellen.

Ein dritter Punkt, der als mögliche Ursache angeführt werden kann, sind Zahlungsforderungen der Stadt nach der Eingemeindung, die für die alt eingesessenen Bürger eine zusätzliche, finanzielle Belastung bedeuten und damit natürlich ein Ärgernis sind.

Dass sich die Bürger insgesamt dennoch sehr wohl in ihrer Stadt fühlen, spiegelt sich in der Auswertung der Frage nach dem Handlungsbedarf zur Verbesserung der Lebensqualität wieder. In allen Sozialräumen akkumulieren die Themenbereiche Bildung, Verkehr und Soziales die meisten Prozen-te, sie liegen aber nie über 30 %.

Im Sozialraum I liegt an erster Stelle des Interesses der Bildungsbereich. In Groß Glienicke wurde mehrfach auf die Schließung der Grundschule hingewiesen und gleichzeitig Protest geäußert. An zweiter Stelle liegt der Bereich des Sozialen und an dritter Stelle der Verkehr. Im sozialen Bereich wurden keine konkreten Probleme genannt. Die relativ häufige Nennung des sozialen Sektors verweist aber auf den generell hohen Stellenwert, der diesem Ressort zugerechnet wird. Ein Bürger meinte z.B. „Ja, Soziales ist immer gut.“

Im Allgemeinen wird die öffentliche Verkehrsanbindung als recht gut bewertet. Allerdings wurden wir von einer jüngeren Bürgerin darauf aufmerksam gemacht, dass gerade am Wochenende in den späteren Abendstunden ein Nachhausekommen aus der Potsdamer Innenstadt mit den öffent-

lichen Verkehrsmitteln einer Odyssee gleicht. Ab etwa 24 Uhr sei dann gar nichts mehr zu bewerkstelligen.⁵ Einige Autofahrer verwiesen auf mögliche Verbesserungen bezüglich des Autobahnanschlusses nach Berlin bzw. Potsdam, verbesserte Straßen im Allgemeinen oder auch auf mehr Parkmöglichkeiten in der Innenstadt.

Diese Wünsche hinsichtlich einer verbesserten Verkehrsanbindung sind kritisch zu betrachten. Denn vielfach wurde auf der anderen Seite die „Ruhe auf dem Lande“ sehr geschätzt, welche durch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen sicherlich gefährdet wäre. Die Bereiche Kultur (12,5 %) und Wohnen (4,7 %) bilden das Schlusslicht.

Für die mögliche Realisierung des Bürgerhaushaltskonzeptes ist u. a. auch das bisherige ehrenamtliche Engagement der Bürger von hohem Interesse. Dieses ist weder besonders gut, noch besonders schlecht. Die nördlichen Gebiete liegen im Sozialraumvergleich mit 31,7 % ehrenamtlicher Arbeit an dritter Stelle. Viele der Befragten, die kein Ehrenamt inne haben, gaben jedoch an, früher einmal ehrenamtlich gearbeitet zu haben.

Das Ehrenamt wird hauptsächlich in Vereinen und Verbänden ausgeübt. Initiativen oder die Kirche wurden bei unserer Umfrage gar nicht genannt. Das könnte auf die niedrige Fallzahl zurückzuführen sein. Dem Gegenüber steht die Aussage einer älteren Bürgerin aus Groß Glienicke. Sie ist vor einiger Zeit in die nördlichen Gebiete gezogen und würde sich sehr gerne bürgerschaftlich engagieren. Leider kenne sie in ihrem Ortsteil nur die kirchliche Organisation, gehöre aber selbst keiner Religion an.⁶

Das Verhältnis zur Verwaltung wird von den Bürgern und Bürger der nördlichen Gebiete im Durchschnitt als positiv bewertet. 58,6 % der Befragten bewerten das Verhältnis zur Verwaltung als eher gut bis sehr gut. Die Werte sind in den anderen Sozialräumen ähnlich.

Das positive Ergebnis könnte zum einen darauf zurück zu führen sein, dass viele der Befragten bisher nur Erfahrungen mit dem Bürgerservice gemacht haben und dieser wurde mehrheitlich als sehr gut eingestuft. Einige Bürger (14,6 %) haben das Verhältnis zur Stadtverwaltung aber auch als sehr schlecht bewertet. Unter anderem nannten sie die Bauverwaltung, der sie

⁵ Der hier angesprochene Zielort ist Marquardt. Ähnliche und zum Teil größere Probleme gibt es aber auch in den anderen Ortsteilen.

⁶ Angaben der Stadt zufolge sind im Jahre 2004, 76,1 % der Bevölkerung ohne eine Konfession, 18,9 % gehören der evangelischen- und 5,0 % der katholischen Konfession an.

zu lange Bearbeitungszeiten oder schlichte Informationsverweigerung vorwarfen.

Im Gegensatz zu der Verwaltung wird das Verhältnis zur Politik jedoch deutlich schlechter beurteilt. Keiner der Befragten hat das Verhältnis als sehr gut beurteilt. 81,0 % der Befragten bewerten das Verhältnis zur Politik als eher schlecht bis sehr schlecht. Nur 19,0 % der Bürger und Bürger bewerteten das Verhältnis als eher gut. Dabei hätte ein Teil Befragten noch gerne zwischen dem Ortsteilbürgermeister und der Stadtpolitik unterschieden.

Die nördlichen Gebiete nehmen mit diesem Ergebnis einen traurigen Spitzenplatz ein. Einige Bürger und Bürger nahmen diese Frage auch zum Anlass, generell über die Stadtpolitik zu reden und Kritik zu äußern. Viele begannen dann mit dem Satz „Ich will ihnen mal folgendes erzählen...“

Fraglich ist nun wie man dieses schwierige Verhältnis lösen oder zumindest abmildern kann. Etwas Licht in das Dunkel kommt, wenn man den Bürger nach eventuellen Problemfeldern im Verhältnis zwischen Bürger und der Stadt fragt. Hier unterscheidet sich der Sozialraum I nur geringfügig von den anderen Sozialräumen. Die meisten Befragten wollen mehr Beteiligung an den städtischen Entscheidungen, sowie mehr Einsicht und Informationen.

In den nördlichen Gebieten ist allerdings auffällig, dass genauso viel Wert auf mehr Zufriedenheit der Bürger wie auf eine größere Identifikation der Bürger mit der Stadt gelegt wird. Diese Ergebnisse stützen die Annahme, dass der Sozialraum I und die Stadt Potsdam erst noch zusammenwachsen müssen.

Dennoch haben bisher nur wenige Befragte die herkömmlichen Möglichkeiten der Beteiligung wie z.B. das Bürgerbegehren (15,7 % der Befragten) genutzt. Manche Partizipationsmöglichkeiten waren vielen Bürgern und Bürger gar nicht bekannt. Im Vergleich zu den anderen Sozialräumen wurden aber auffällig oft die Einwohnerversammlung und die Einwohnerfragestunde bzw. -anhörung genutzt. Das könnte auf die noch bestehenden dörflichen Strukturen zurückzuführen sein. Das sind z.B. kürzere Anfahrtswege, die Teilnehmer kennen sich untereinander und eine stärkere Bindung an den Ort. Eine Bürgerin sagte dazu: „Ja, wenn Einwohnerversammlung ist, dann geht eigentlich immer einer von uns hin.“

Wie schon festgestellt, sind die nötigen Voraussetzungen bei der Bürgerschaft für eine Erfolg versprechende Umsetzung des Bürgerhaushaltes grundsätzlich gegeben. Leider wusste aber kaum ein Bürger über das Vorhaben bescheid. Lediglich 7 % der Befragten kannten sich gut mit dem Konzept aus. Jedoch meist nur durch Informationen aus ihrem Beruf bzw. durch die ehrenamtliche Arbeit. Dagegen hatte ein Drittel der Bürger „schon mal was davon gehört“, aber „eigentlich keine Ahnung“.

Die Mehrheit hatte noch nie etwas vom Bürgerhaushaltskonzept gehört. Dieser schlechte Informationsstand könnte einer unzureichenden Öffentlichkeitsarbeit geschuldet sein. Mehrere Befragte wiesen uns darauf hin, dass sie regelmäßig die kostenlose Potsdamer Wochenendzeitung lesen und die Regionalnachrichten im RBB gucken oder auch Radio hören.

Die Einschätzungen der Befragten zu den Umsetzungschancen des Bürgerhaushaltes sind dann auch eher verhalten. Mehr als die Hälfte der Befragten geben dem Bürgerhaushalt nur eine geringe bis gar keine Chance. Doch obwohl die grundsätzliche Haltung sehr skeptisch ist, konnte man auch einen gewissen Optimismus heraus hören. Eine Bürgerin meinte: „Grundsätzlich hört sich das ja ganz gut an und wenn die das dann auch tatsächlich machen würden...“

Das Vertrauen in die politische Umsetzungskraft fehlt aber. Die Befragten stehen dem Bürgerhaushalt nicht generell ablehnend gegenüber, aber abwartend.

11 Befragte lehnten es ab, eine Einschätzung zu den möglichen Auswirkungen zu geben. Im Gesamtüberblick der gegebenen Antworten kumulieren die mittleren Bereiche die meisten Prozente, wobei tendenziell die Mehrheit der Befragten den jeweiligen Aussagen zustimmt. Die Behauptung, dass der Bürgerhaushalt zu einer größeren Identifikation mit der Stadt führe, fand, im Vergleich zu den anderen Sozialräumen, die höchste Zustimmung. Dieses Ziel scheint für die Bürger der nördlichen Gebiete eine hohe Priorität zu besitzen; der Bürgerhaushalt könnte ein geeignetes Mittel zu deren Stärkung sein.

Die zweithöchste Zustimmung konnte die Aussage 23 erzielen, wonach der Bürgerhaushalt zu leicht zur Selbstdarstellung von Parteien und Politikern genutzt werden könne. Das problematische Verhältnis zur Politik wird aber nicht nur in den Antworten, sondern auch in den Kommentaren zu den einzelnen Behauptungen deutlich. So kommentierte ein älterer Mann die Frage 24 über mögliche, unerfüllbare Erwartungen, die im Bürger durch

den Bürgerhaushalt geweckt werden könnten: „Wat? Der Bürger hat doch gar keine Erwartungen mehr!“

Eine Ausnahme im allgemeinen Trend bilden die Antworten zu den Fragen 21 und 22. Erstens sind 53,1 % der Befragten nicht der Ansicht, dass der Bürgerhaushalt ihre persönliche Lebenssituation verbessern könne. Zweitens sind 58,1 % nicht der Meinung, dass der Bürgerhaushalt zu viel Zeit der Stadtverwaltung binden würde. Einige Bürger scheuten eine Antwort, weil sie gar nicht genau wüssten, was die Stadtverwaltung bereits mache bzw. dann an Mehrarbeit zu leisten hätte. Andere argumentierten, dass die Stadtverwaltung für den Bürger da sei. Die Aufgaben würden sich zwar ändern, aber nicht mehr werden.

Eine verbesserte Kommunikation der Stadt mit ihren Bürgern wäre daher insbesondere für den Bürgerhaushalt wünschenswert. Die Kommunikation sollte über verschiedene Medien stattfinden, von der Zeitung bis hin zum Internet. Zwar wollen die meisten Befragten durch die klassischen Medien wie Zeitung oder das Fernsehen⁷ über den Bürgerhaushalt informiert werden. Aber auch das Internet bzw. die Email erfreuen sich stetig wachsender Beliebtheit. Gerade jüngere Menschen könnte man so eher erreichen.

Die entscheidende Frage ist letztlich, wie viele Bürger bereit wären, sich am Bürgerhaushalt zu beteiligen? Im Sozialraum I ist die Verteilung der Antworten genau fünfzig-fünfzig, was eine gute Ausgangsbasis wäre. Die meisten Bürger würden regelmäßig an Diskussionen und Bürgerbefragungen zum Bürgerhaushalt teilnehmen. Nur die wenigsten würden gerne aktiv bei Veranstaltungen mitwirken, wobei nicht selten der Zeitmangel als Begründung angeführt wurde. Im Vergleich zu den anderen Sozialräumen ist in den nördlichen Gebieten die Bereitschaft, andere Bürger zu mobilisieren mit 18,5 % allerdings die Höchste. Und das nicht nur im eigenen Sozialraum. Denn 40,0 % der Befragten würden gerne auch im gesamtstädtischen Raum tätig werden. Die Bürgerschaft stellt sich hiermit gegenüber der Stadt Potsdam recht offen dar.

⁷ Hier wurden z.B. die Abendnachrichten im RBB vorgeschlagen. Den Stadtsender von Potsdam können die meisten Bürger leider nicht empfangen.

3. Zusammenfassung

Ziel dieser Umfrage war es, die Einstellungen der Bürger zum Bürgerhaushalt in Potsdam herauszufinden. Leider kennen dieses Konzept bisher nur Wenige, obwohl sie regelmäßig Zeitung lesen und Nachrichten schauen. Daran schließt sich unsere erste These an: *Die Zeitung und das Regionalfernsehen sind für viele Bürger beliebte Informationsquellen. Aber die Informationen zum Bürgerhaushalt sind in beiden Medien nur unzureichend bis gar nicht vorhanden.*

Einen Anteil daran hat sicherlich auch die Stadtpolitik bzw. ihre Verwaltung. Wobei das Verhältnis zur Politik wesentlich schlechter eingestuft wird. Eine gewisse Politikverdrossenheit wurde in den Kommentaren der Befragten immer wieder deutlich. Das führt uns zur zweiten These: *Das Verhältnis zwischen den Bürgern und der Verwaltung wird von den Bürgern der nördlichen Gebiete grundsätzlich besser bewertet als das Verhältnis zwischen Bürgern und der Politik.*

Neben der Kritik der Bürger gegenüber der Stadt ist die Beteiligung mit herkömmlichen Mitteln allerdings sehr gering. Teilweise kannten die Befragten nicht einmal alle Partizipationsmöglichkeiten bzw. meinte, dass sie kaum Zeit für Politik habe. Andere Fragen z.B. zur Arbeit der Stadtverwaltung bereiteten nicht wenigen Bürgern Probleme.

Der Bürgerhaushalt könnte hierbei ein Mittel sein, um erstens dem Bürger einen besseren Zugang zur Stadtpolitik zu bieten und zweitens die Kommunikation zwischen beiden zu verbessern, um somit bestehende Probleme besser zu erfassen und gemeinsam zu lösen. Daher lautet unsere dritte These: *Eine verbesserte Kommunikation zwischen der Politik und der Bürgerschaft, vereinfachte Partizipationsmöglichkeiten als auch eine verbesserte Informationslage des Bürgers über die Stadtpolitik könnten das Verhältnis zwischen dem Bürger und der Politik verbessern.*

Neben fehlenden Informationen und Partizipationsmöglichkeiten ist die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt ein weiterer Punkt, der, nach Meinung des Bürgers, verbessert werden könnte. Der Bürgerhaushalt könnte auch hier wieder ein geeignetes Mittel sein. Die Hälfte der Befragten wären bereit, mitzumachen und das obwohl die meisten Bürger dem Bürgerhaushalt nur geringe bis gar keine Umsetzungschancen zubilligen bzw. der Umsetzung durch die Politik skeptisch gegenüberstehen. Daher kommen wir zur vierten und letzten These: *Die Bürgerschaft im Sozialraum I steht dem Bürgerhaushalt aufgeschlossen, aber abwartend gegenüber.*

Sozialraum II

Von Karsten Kessler, Oliver Latt und Harry Olschok

1. Einleitung

Das Erkenntnisziel der Befragung der nicht organisierten Bürgerschaft war auf die Erfassung des Informationsstandes über das Projekt Bürgerhaushalt der Landeshauptstadt Potsdam und der Bereitschaft zur Mitwirkung der Bürger des Sozialraums II (Bornim, Bornstedt, Eiche, Golm, Grube und Nedlitz) gerichtet.

Im Rahmen dieser Befragung wurden 121 Einwohner des Sozialraums II interviewt. Die Daten wurden dabei durch „Face to Face“-Interviews anhand eines standardisierten Fragebogens erhoben. Der Fragebogen wurde den Befragten vorgelesen und Verständnisfragen durch den Interviewer im Verlauf des Gespräches beantwortet. Um eine eindeutige Tendenz in der Beantwortung der Fragen zu erhalten, wurde bei den Bewertungsfragen der Mittelwert bewusst nicht aufgeführt.

Der nachfolgende Teilbericht orientiert sich im Aufbau an den Komplexen des Fragebogens: Lebensqualität in Potsdam, Verhältnis von Bürgern zur Kommunalpolitik und -verwaltung, Bürgerhaushalt Potsdam sowie der Bereitschaft zur eigenen Beteiligung am Projekt.

Aufgrund der ländlichen Struktur wurden die Befragungen schwerpunktmäßig auf Dorf- und Einkaufszentren sowie belebte Straßen konzentriert. Durch die gewählten Spannbreiten bei der Auswahl der Wochentage (Montag bis Samstag) und Tageszeiten (Mittag bis Abend), sollte eine möglichst hohe Repräsentativität erreicht werden.

Bei der Mehrheit der angesprochenen Bürger zeigte sich eine hohe Bereitschaft zur Teilnahme an den Interviews. Viele der Befragten bekundeten im Hinblick auf das Thema Bürgerhaushalt großes Interesse.

2. Spezifika des Sozialraumes

2.1 Sozialraumdaten

Der Sozialraum II befindet sich im Norden der Landeshauptstadt Potsdam und setzt sich aus den Stadtteilen Bornim, Bornstedt, Eiche, Golm, Grube und Nedlitz zusammen.

Seit der Wiedervereinigung ist im Sozialraum II ein erheblicher Bevölkerungszuwachs festzustellen. Während im Jahr 1991 noch etwa 4.000 Einwohner im Sozialraum lebten, nahm diese Zahl bis zum Jahr 2006 kontinuierlich zu. So leben derzeit 16.691 Einwohner in Potsdam Nord.⁸ Im Zusammenhang mit der Gemeindegebietsreform 2003 wurde die Gemeinde Golm vom Landkreis Potsdam-Mittelmark der Landeshauptstadt Potsdam angegliedert (Zuwachs ca. 2.000 Einwohner). Trotz dieses Zuwachses zählt der Norden Potsdams weiter zu den eher dünn besiedelten Gebieten der Stadt.

Das Durchschnittsalter im Sozialraums II liegt bei 38,9 Jahren. Mit 11.638 Einwohnern oder 69,7 % der Gesamtbevölkerung, stellen die erwerbsfähigen Bürger (18-65 Jahre) die Hauptaltersgruppe dar. Im Vergleich zur gesamtstädtischen Tendenz auf dem Arbeitsmarkt lässt sich ein signifikanter Unterschied feststellen. So weist der Sozialraum II mit einer Arbeitslosenquote von 4,5 % einen Wert auf, der weit unter der gesamtstädtischen Quote von 9,5 % liegt.⁹

2.2 Bürgerhaushalt des Ortsteils Golm

Im Rahmen der Gemeindegebietsreform des Landes Brandenburg aus dem Jahr 2003 wurde die amtsangehörige Stadt Golm eingemeindet und somit ein neuer Ortsteil der Landeshauptstadt Potsdam. Im Eingemeindungsvertrag wurden jährliche Zuweisungen im Zeitraum von 2003 bis 2008 an den Ortsteil Golm beschlossen. Für das laufende Haushaltsjahr 2007 stehen dem Ortsteil Golm ungebundene Zuweisungen in Höhe von 232.000 € zur Verfügung. Mit dem Ziel einer bürgernahen Mittelverwendung wurde vom Ortsteilbeirat entschieden, die Zuweisungen als Budget für einen Bürgerhaushalt des Ortsteils einzusetzen.

⁸ Potsdamer Informations- und Auskunftssystem: Bevölkerungsbestand und -struktur 2007.

⁹ Ebenda.

Die gesamten Einwohner des Ortsteils wurden schriftlich angeschrieben und zur Teilnahme an der Bürgerversammlung aufgefordert. Der Einladung zur Auftaktveranstaltung folgten 35 Einwohner sowie die Mitglieder des Ortsbeirats. Die Auftaktveranstaltung wurde als Informationsveranstaltung konzipiert und sollte über das weitere Verfahren aufklären.

Die Bürger wurden aufgefordert, auf Problemfaktoren in ihrem Wohnumfeld hinzuweisen und Verbesserungsvorschläge in den Diskussionsprozess einzubringen. Vorschläge konnten schriftlich per Brief, elektronisch sowie per Fax eingesandt werden.

Um die eingebrachten Vorschläge objektiv zu bewerten und eine prioritäre Reihenfolge herzustellen, wurde ein Bürgerteam einberufen. Dieses Entscheidungsgremium setzte sich aus sechs zufällig ausgewählten Bürgern, 13 Bürgern, die im Vorfeld ihre Bereitschaft zur Mitarbeit signalisierten, den Mitgliedern des Ortsbeirats und einem Vertreter der Golmer Wissenschaftseinrichtungen, zusammen.

Insgesamt gingen 56 Vorschläge von 20 Bürgern ein. Die Vorschläge wurden auf ihre Umsetzbarkeit überprüft und dann in den Diskussionsprozess des Bürgerteams eingebracht. Jedem Vorschlag konnte eine Wertigkeit zwischen 1 bis 10 verliehen werden, was einem Punktwert entsprach. Durch die Addierung der Punktwerte ergab sich ein Gesamtpunktwert für jeden Vorschlag, der somit die Priorität des Vorschlags verdeutlichte. Die dadurch aufgestellte Prioritätenliste enthielt 16 Vorschläge, denen daraufhin die Umsetzungskosten der Maßnahmen zugeordnet wurden. Der Ortsbeirat beschloss, unter Ausschöpfung des Budgets von 232.000 €, eine Umsetzung der ersten 7 Vorschläge der Prioritätenliste.¹⁰

3. Auswertung und Analyse der Befragung







3.1 Lebensqualität im Sozialraum II

Zum Beginn der Befragung galt es, Information hinsichtlich der Lebensqualität in Potsdam zu ermitteln. Dazu wurden die Bürger befragt, inwieweit sie sich mit ihrer Stadt Potsdam identifizieren, d.h. ob sie sich in ihrer Stadt wohl fühlen. Denn die Identifikation und das Wohlbefinden innerhalb des eigenen Wohnumfelds können als wichtige Einflussfaktoren hinsichtlich einer möglichen aktiven Bürgerschaft herangezogen werden.

¹⁰ Vgl. 40. Sitzung des Ortsbeirates Golm am 31. Mai 2007, Drucksache 07/OBR/0097.

Eine klare Mehrheit von 97 % der Befragten fühlt sich demnach wohl in der Stadt Potsdam (hierbei ist das Ergebnis der gesamtstädtischen Auswertung nahezu identisch). Die im Abschnitt 2 des Berichts genannten Sozialraumdaten können als Bestätigung des positiven Ergebnisses hinsichtlich der Lebensqualität, mit Betrachtung des starken Zuwachses der Einwohner von 1991 bis 2006, herangezogen werden.

Dennoch gibt es Problemfaktoren im Sozialraum II, die durch die zweite Frage bezüglich des möglichen Handlungsbedarfs in den Bereichen Bildung, Kultur, Wohnen, Soziales und Verkehr hinsichtlich der Lebensqualität festgestellt wurden. Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse für den Sozialraum II - ergänzend dazu das gesamtstädtische Ergebnis in Tabelle 2 der Befragung von 2007.

Handlungsbedarf	Anzahl der Nennungen.	Häufung
Bildung	51	 25,1 %
Kultur	25	 12,3 %
Wohnen	17	 8,4 %
Soziales	34	 16,7 %
Verkehr	60	 29,6 %
sonstiges	16	 7,9 %
Gesamt Nenn.	203	100%







Handlungsbedarf	Anzahl der Nennungen	Häufung
Bildung	281	 23,6 %
Kultur	143	 12,0 %
Wohnen	166	 13,9 %
Soziales	277	 23,2 %
Verkehr	266	 22,3 %
sonstiges	60	 5,0 %
Gesamt Nenn.	1193	100%

Abbildung 1: Handlungsbedarf Sozialraum II: 121 Befragte, Mehrfachnennungen möglich

Abbildung 2: Handlungsbedarf Gesamtstadt: 564 Befragte, Mehrfachnennung möglich

Gerade in den Bereichen Verkehr (29,6 %) und Bildung (25,1 %) gibt es laut den Befragten von Potsdam Nord einen Handlungsbedarf. Bezüglich des Verkehrs spielten oft „zu wenig Parkplätze“ oder nicht ausreichende Versorgung mit dem ÖPNV eine Rolle. Dabei ist auffällig, dass der Bereich Verkehr im Sozialraum II eine stärkere Rolle spielt als im gesamtstädtischen Vergleich. Dem gegenüber wird im Bereich Soziales (Gesundheit, Jugend und Sport) und im Bereich Wohnen weniger Handlungsbedarf gesehen als im gesamtstädtischen Gebiet. Interessant ist hierbei der Vergleich zur Befragung der organisierten Bürgerschaft 2006 im Sozialraum II: „Der höchste Handlungsbedarf scheint dessen ungeachtet in der Jugend- und Kulturarbeit sowie im Sozialen zu liegen.“¹¹

¹¹ Franzke/Kleger (Hrsg.) 2006, S.36.

Es zeigt sich also, dass die Vereine der Befragung von 2006 vergleichend zur gesamtstädtischen Auswertung von 2007 ähnlich hohen Handlungsbedarf im Bereich Soziales sehen. Dabei drängt sich nun die Frage auf, warum die Befragten Bürger von Sozialraum II den Bereich Soziales für weniger wichtig erachten, um ihre Lebensqualität zu verbessern.

Eine Antwort auf jene Frage können wiederum die Sozialdaten in Abschnitt 2 geben. Denn Potsdam Nord ist gekennzeichnet durch eine niedrige Arbeitslosigkeit, hohen Zuzug und der Schaffung von Infrastruktur.

Dennoch wird die Bildung analog zur gesamtstädtischen Auswertung auch von den Bürgern des Sozialraums II als Bereich mit erhöhtem Handlungsbedarf gesehen. Die Tatsache, dass die befragten Vereine von 2006 ähnlich großen Handlungsbedarf bei der Jugendarbeit sahen, verdeutlicht die Probleme in den Bereichen Bildung & Jugend in diesem Sozialraum, trotz der bewiesenen guten ökonomischen Voraussetzungen des Stadtteils.

Die dritte Frage beschäftigte sich mit dem ehrenamtlichen Engagement der Bürger in Potsdam Nord. Denn gerade das Engagement innerhalb des Stadtteils kann ein entscheidender Faktor hinsichtlich der Beteiligung am Projekt Bürgerhaushalt sein. Der Bürgerhaushalt lebt von der aktiven Beteiligung und Mitwirkung der Bürger. Interessant ist hierbei wieder ein Vergleich der Ergebnisse der Befragung der organisierten Bürgerschaft von 2006. Denn im Teilbereich „Finanzierung“ fällt der Fokus der Vereine eher auf privat-öffentliche Partnerschaften, statt der Förderung der kommunalen Leistung durch die aktive Bürgerschaft.¹²

Zur Konkretisierung der ehrenamtlichen Tätigkeit wurde anschließend in der vierten Frage ermittelt, wo sich die Bürger engagieren (Verein, Verband, Initiative, Partei, Kirche oder Sonstiges). Es ist davon auszugehen, dass die Mehrheit derer, die sich in Potsdam wohl fühlen, sich ebenso mit der Stadt identifizieren können - und gerade die Identifikation mit seinem Umfeld ist auch einer der Gründe für ehrenamtliches Engagement. Es ist festzustellen, dass eine eindeutige Minderheit von 28 der 121 Befragten (Tabelle 3) ehrenamtlich tätig ist. Dabei ist der Verein mit 48 % die meist gewählte Organisationsform (Tabelle 4).

¹² Ebenda.

Ehrenengagement	Anz. Nenn.	Häuf.
Ja	28	23,3 %
Nein	92	76,7 %
GESAMT NENN.	120	100%

Abbildung 3: Ehrenamtliches Engagement
Sozialraum II, 121 Befragte

Form des Ehrenamts	Anz.Nenn.	Häuf.
Verein	19	48,7 %
Verband	3	7,7 %
Initiative	3	7,7 %
Partei	2	5,1 %
Kirche	5	12,8 %
Sonstiges	7	17,9%
GESAMT NENN.	39	100%

Abbildung 4: Wo engagieren Sie sich?
Sozialraum II, 121 Befragte, Mehrfachnennungen möglich

Die gesamtstädtischen Ergebnisse fallen ähnlich aus, wobei die Anzahl der ehrenamtlich Engagierten mit 29,3 % knapp höher ausfällt als im Sozialraum II. Und ebenso im gesamtstädtischen Vergleich sind die Vereine mit über 50 % die meist gewählte Form des Engagements.

Da das schon vorliegende ehrenamtliche Engagement einen nicht zu unterschätzenden Einflussfaktor hinsichtlich der generellen Bereitschaft sich beim Projekt Bürgerhaushalt zu beteiligen, ausmachen kann, wurden die Ergebnisse der Fragen zum Engagement und der Bereitschaft sich am Bürgerhaushalt zu beteiligen (Tabelle 5) in der Tabelle 6 gegenübergestellt.

Generelle Bereitschaft	Anz. Nenn.	Häuf.
Ja	62	51,2 %
Nein	57	47,1 %
GESAMT BEOB.	121	

Abbildung 5: Generelle Bereitschaft, sich am Bürgerhaushalt zu beteiligen,
Sozialraum II, 121 Befragte

Ehrenengagement	Ja	Nein	GESAMT
Generelle Bereitschaft			
Ja	16	45	61
Nein	12	45	57
GESAMT	28	90	118

Abbildung 6: Ehrenengagement
Generelle Bereitschaft
Sozialraum II, 121 Befragte

Über die Hälfte der ehrenamtlich Engagierten (16 von 28 Befragten) würden sich bereit erklären, am Projekt Bürgerhaushalt mitzuwirken. Außerdem ist überraschenderweise festzustellen, dass die Hälfte der Befragten, die nicht ehrenamtlich tätig sind (45 von 90 Bürgern), dennoch generelle Bereitschaft zeigen, sich ebenso an diesem Projekt zu beteiligen. Die Bürger, die sich nicht ehrenamtlich engagieren sind mit 76,7 % (wie bereits vorher in Tabelle 3 festgestellt) klar überrepräsentiert. Somit gibt es aber unter den „Nicht-ehrenamtlich-Engagierten“ Potential mit Blick auf das Projekt Bürgerhaushalt, welches genutzt werden sollte.

3.2 Das Verhältnis der Bürger zur Verwaltung und Politik

Der zweite Komplex des Fragebogens beschäftigt sich mit dem Verhältnis der Bürger der Stadt Potsdam zur Verwaltung und städtischen Politik. In diesem Zusammenhang wurde auch nach der Kenntnis über und den Gebrauch von eigenen schon bestehenden Möglichkeiten der Beteiligung gefragt.

Die Fragen 7 bis 10 gehen dabei genauer auf eine Bewertung des Verhältnisses ein und versuchen, vorhandene Probleme der Bürger im Verhältnis zu ihrer Stadt einzugrenzen. Zur erfragten Bewertung wurden vor der Beantwortung der Fragen oft zu geringe Kenntnisstände auf Grund geringer bis keiner Kontaktpunkte erwähnt. Im Dialog über diese Frage kristallisierte sich jedoch eine bessere Bewertung der Verwaltung als der Politik heraus. Dieses Ergebnis spiegelt sich abgeschwächer auch in den Antworten wider. Zu vernachlässigen ist hier die zu geringe Abgabe einer „sehr guten“ und „sehr schlechten“ Bewertung. Betrachtet man aber die Antworten in den Kategorien „eher schlecht“ und „eher gut“, kann die oben genannte Tendenz bestätigt werden. Trotzdem das Verhältnis zur Verwaltung mit 46,4 % eher schlecht eingeschätzt wird, geben 44,6 % der Befragten dem Verhältnis zur Verwaltung ein noch eher gutes Zeugnis ab, der Politik in derselben Bewertung nur 23,4 %. Verglichen mit der gesamtstädtischen Bewertung fällt das Ergebnis nicht so offensichtlich aus, aber eine fast 60 %-ige Bewertung der Politik mit „eher schlecht“ setzt sich dennoch auch unter den Befragten im Sozialraum II durch. Diese schlechte Bewertung zur Politik und leicht bessere Bewertung zur Verwaltung kann oft damit begründet werden, dass Politikergebnisse eher im Tagesgeschehen erkennbar sind als die Arbeit der Administration. Auch werden vorhandene Probleme mit der Verwaltung in der Regel auf die Politik als „Agenda-Setter“ zurückgeführt. Allerdings wird der Bürgerservice, als häufig genannter Kontakt zur Verwaltung der Stadt Potsdam, als positiv und unbürokratisch bewertet.

Abbildung 7 verdeutlicht, in welchen Bereichen die Probleme zu suchen sind, die zu diesem schlechten Bewertungsergebnis geführt haben. Von 121 Befragten sehen 75 eine schlechte Einbindung des Bürgers in die Entscheidungen städtischer Angelegenheiten als Hauptproblem im Verhältnis zur Stadt. Jedoch wird noch zu klären sein, inwiefern die Bürger von den schon existenten Beteiligungsmöglichkeiten Kenntnis haben und diese nutzen. Die Befragung der organisierten Bürgerschaft Potsdams im Jahr 2006 kam zu einem ähnlichen Ergebnis. Die Beteiligung der Bürger an Entscheidungen städtischer Angelegenheiten führte das Ranking mit 43 % an.

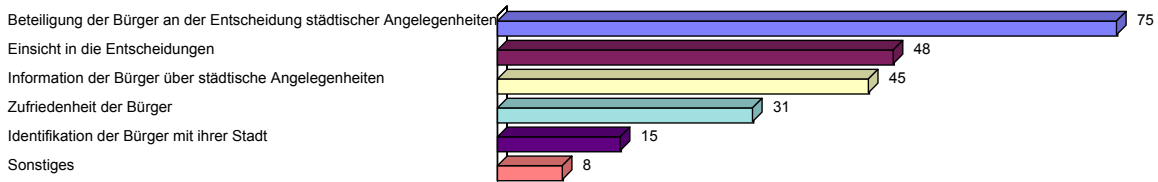


Abbildung 7: Frage 9 „In welchen Bereichen sehen Sie Probleme im Verhältnis zwischen Bürgern und der Stadt?“

Sozialraum II, 121 Befragte, Mehrfachnennungen möglich

Wie auch im gesamtstädtischen Vergleich werden weniger Probleme in der Zufriedenheit und Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt gesehen. Dieses bestätigt auch die schon genannte Zahl von 97,5 % derer, die sich in Potsdam wohl fühlen. Es ist erkennbar, dass sich die Potsdamer Bürger mit ihrer Stadt identifizieren und auch die Beurteilung eines eher belasteten Verhältnisses zu Politik und Verwaltung keinen Einfluss auf die hoch eingeschätzte Lebensqualität hat.

Bekannte Formen der öffentlichen Beteiligung und Mitwirkung stellten ein weiteres Erkenntnisziel in der Befragung dar. Es war davon auszugehen, dass erfragte Möglichkeiten wie zum Beispiel Wohnerversammlung, Einwohnerfragestunden, Bürgerbegehren oder auch die Teilnahme an Ausschusssitzungen oder Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung nicht hinreichend bekannt sind oder nicht genutzt werden. In der Auswertung der Befragungen kann ein geringer Kenntnisstand der Bürger zu diesen Formen öffentlicher Beteiligungsinstrumente festgestellt werden. Einzig die Bürgerbefragung weist, ähnlich der gesamtstädtischen Auswertung, den höchsten Bekanntheitsgrad auf. 65 Mal wurde bei 121 Befragten im Sozialraum II diese Antwort angekreuzt. Zurückzuführen ist dieser Bekanntheitsgrad vermutlich auf die zeitnahe Anwendung im Bezug auf die Bürgerbefragung zum neuen Landtagsstandort in Potsdam.

Dieses Defizit in der Kenntnis über diverse öffentliche Beteiligungsinstrumente muss als Problem der Stadt Potsdam attestiert werden. Nur eine breite Information der Bürger über diese Möglichkeiten der bürgerschaftlichen politischen Partizipation kann vorhandenes Engagement, welches in den Befragungen wiederholt festgestellt werden konnte, für die Öffentlichkeit der Stadt Potsdam binden.

Bei der Informationspolitik der Stadt Potsdam in Bezug auf den Bürgerhaushalt setzt sich dieser Trend fort. Bisherige Versuche, den Bürger an die-

se Form der Beteiligung heranzuführen, entfalten kaum Wirkung. Nur 17 von 121 Befragten im Sozialraum II waren über das Projekt Bürgerhaushalt gut informiert. Abbildung 8 stellt die Verteilung des Kenntnisstandes in erschreckender Weise dar.

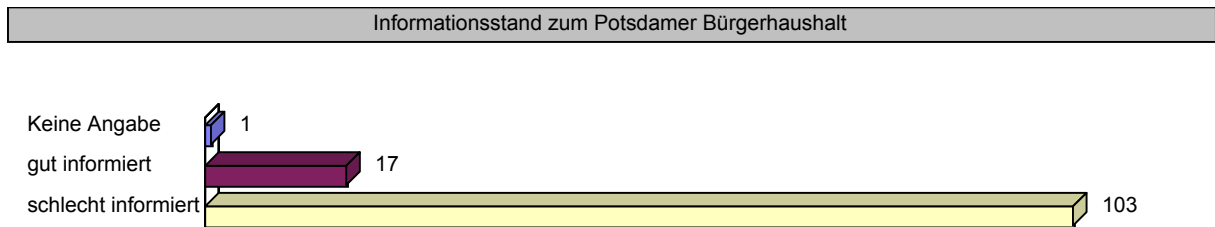


Abbildung 8: Frage 13 "Wie gut sind Sie über das Projekt Bürgerhaushalt der Stadt Potsdam informiert?" 121 Befragte

Dieses Ergebnis findet sich mit knapp 91 %-iger Nennung eines eher bis sehr schlechten Informationsstandes im gesamtstädtischen Vergleich wieder.

Abbildung 9 zeigt, mit Blick auf das Durchschnittsalter von 38,9 Jahren (2006) im Sozialraum II, dass das Informationsdefizit vor allem auch in dieser relevanten Zielgruppe zu finden ist.

Auch bei der Beachtung der ausgeübten Berufe der Befragten findet sich dieser Trend durchgängig wieder. Lediglich in der „Berufsgruppe“ der Ruheständler (18 Befragte) fühlten sich 44,5 % gut informiert. Gründe hierfür sind sicherlich in der Zeit zu suchen, welche zur Informationsbeschaffung benötigt wird.

info.bh	Keine Angabe	gut	schlecht	GESAMT
alter				
jünger als 18 J.	0	1	1	2
18 - 25 Jahre	0	3	18	21
26 - 35 Jahre	0	0	17	17
36 - 50 Jahre	1	4	31	36
51 - 65 Jahre	0	3	22	25
älter als 65 Jahre	0	6	14	20
GESAMT	1	17	103	121

Abbildung 9: Alter x Info. Bürgerhaushalt (121 Befragte)

Das benannte Informationsdefizit zum Thema Bürgerhaushalt in Potsdam sowie das negativ gesehene Verhältnis zur Politik muss als problematisch bezeichnet werden. Da gerade der Bürgerhaushalt hauptsächlich aus einer parteiübergreifenden, politischen Initiative hervorging und unter der Be-

völkerung Parteien und Politiker als wesentliche Multiplikatoren aufgefasst werden, verwundert es nicht, dass die Chancen für den Bürgerhaushalt eher verhalten beziffert werden.

info.bh	gut	GESAMT
bh.chancen		
Keine Angabe	1	1
Groß	1	1
mittel	3	3
gering	8	8
keine	4	4
GESAMT	17	17

Abbildung 10: Bürgerhaushalt Chancen x guter Infostand über Bürgerhaushalt

Tabelle 8 verdeutlicht, dass selbst Befragte mit einem guten Informationsstand über den Bürgerhaushalt, diesem Projekt in Potsdam eher geringe Chancen zusprechen. Oben aufgeführte Aussagen dürften die Auslöser für eine solche Einschätzung sein. Ein Bürgerhaushalt, der nicht bekannt ist, kann nicht zu einem Engagement der Bürger und zu seinem Gelingen führen, so der Tenor, der bei den Befragten während der Beantwortung dieser Frage mitklang. Dennoch muss an dieser Stelle auch auf die breite Bereitschaft zur Mitarbeit am Bürgerhaushalt im Sozialraum II hingewiesen werden. Dieses Thema wird im Abschnitt 3.4 „Eigene Beteiligung“ dieses Teilberichts noch vertieft.

Eine zukünftige Kommunikation über den Bürgerhaushalt (Frage 26) wird von den Befragten vor allem auf dem Weg der konservativen Medien gewünscht. Zeitung, Fernsehen und Post wurden mit insgesamt 166 von 202 Nennungen bevorzugt.

Alter	jünger als 18 Jahre	18 - 25 Jahre	26 - 35 Jahre	36 - 50 Jahre	51 - 65 Jahre	älter als 65 Jahre	GESAMT
bh.kommunik							
Zeitung	0	12	9	26	13	13	73
Post	1	11	5	14	10	5	46
Fernsehen	1	7	4	16	10	9	47
Internet	0	8	4	3	5	1	21
persönliche E-mail	0	2	2	2	1	0	7
Newsletter	0	0	3	3	2	0	8
GESAMT	2	40	27	64	41	28	202

Abbildung 11: Bürgerhaushalt Kommunikation x Alter, Sozialraum II, 121 Befragte, Mehrfachnennungen möglich

Auffällig bei der Auswertung der Abbildung 11 ist, dass auch bei den jüngeren Altersgruppen der 18 bis 35-jährigen die Informationsverbreitung über die Medien Internet, persönliche E-Mail und Newsletter nicht vordergründig erwünscht ist. Gerade auf den Internetauftritt der Stadt Potsdam sowie die Verbreitung von Informationsmaterial und Terminen zum Bürgerhaushalt Potsdam über die Potsdam-Seiten im Netz bezogen, stellt dieses unter Umständen eine Ursache für die Nicht-Information der Befragten dar. Eine bis zum heutigen Zeitpunkt spärliche Kommunikation über die Zeitungen seitens der Stadt ergänzt diese Einschätzung.

3.3 Bürgerhaushalt – mögliche positive und negative Wirkungen

In diesem Abschnitt soll auf die Bewertung vorgegebener Argumente durch die Befragten eingegangen werden. Die Fragen 15 bis 25 auf dem standardisierten Fragebogen stellen mögliche positive Wirkungen (7 Argumente) und mögliche Probleme (4 Argumente) des Bürgerhaushalts vor. Eine Bewertung dieser Argumente erfolgte auf einer Skala von „sehr wahrscheinlich“ über „eher wahrscheinlich“, „eher unwahrscheinlich“ bis „sehr unwahrscheinlich“.

Durch den Verzicht auf eine mittlere Antwort sollte eine Tendenz in den Aussagen erreicht werden. Es wurden dieselben Argumente verwendet, die schon in der letzten Befragung 2005/2006 den Vertretern der organisierten Bürgerschaft vorgelegt wurden. Ergänzt wurde bei den möglichen positiven Wirkungen das Argument „Der Bürgerhaushalt kann meine eigene Lebenssituation verbessern.“ Bei den möglichen Problemen fiel das Argument „Der Bürgerhaushalt kostet zuviel Geld im Verhältnis zu seinem Nutzen“ heraus.

Bei der Befragung der organisierten Bürgerschaft (2005/2006) im Sozialraum II wurden alle möglich positiven Argumente als „wahrscheinlich“ (zutreffend) bewertet. Die befragten Vereine hoben besonders die „größere Identifikation der Bürger mit der Stadt“ und „die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“ hervor. Bei „möglichen Problemen des Bürgerhaushaltes“ konnte keine Tendenz festgestellt werden, da es nicht zu einer ausreichenden Beantwortung der Fragen kam.

Die Menge an Informationen in den Fragen 15 bis 25 und der schlechte Kenntnisstand über das Thema „Bürgerhaushalt“ schreckten viele der befragten Bürger vor der Beantwortung ab. So kommt es zu einer Menge von 32 – 42 % „keine Angaben“ (zu nicht allen oder gar keinem Argument wur-

de eine Antwort gegeben), was bei der Betrachtung der Abbildungen 10 und 11 zu beachten ist.

In Auswertung der Abbildung 12 fällt auch hier das Hervorheben des Arguments „größere Identifikation“ auf. Fasst man die beiden „Wahrscheinlich“- Variablen zusammen, erhält man einen Wert von 84,4 % der Zustimmung durch die Befragten.

	sehr wahrscheinlich	eher wahrscheinlich	eher unwahrscheinl.	sehr unwahrscheinl.	GESAMT
liefert umsetzbare Vorschläge	8,8%	66,3%	22,5%	2,5%	100%
führt zu effektivem Mitteleinsatz	11,4%	55,7%	29,1%	3,8%	100%
grössere Identifikation mit Stadt	20,5%	63,9%	12,0%	3,6%	100%
fördert bürgersch. Engagement	17,3%	53,1%	21,0%	8,6%	100%
bietet Entscheidungshilfen für Politik	17,3%	37,0%	38,3%	7,4%	100%
schafft Akzeptanz für unpopuläre Sparmassn.	8,8%	37,5%	40,0%	13,8%	100%
verbessert eigene Lebenssituation	3,8%	31,3%	36,3%	28,7%	100%
Alle	12,6%	49,3%	28,4%	9,8%	100%

Abbildung 12: Mögliche positive Wirkungen des Bürgerhaushaltes, Sozialraum II (32-42 % der Befragten machten keine Angaben)

Das hinzugefügte Argument „Der Bürgerhaushalt verbessert die eigene Lebenssituation“ fällt durch eine eher negative Bewertung auf. 62 % der Befragten, die sich zu dieser Frage geäußert haben, halten es für eher bis sehr unwahrscheinlich, dass dieser Effekt eintreten kann. Die eigene Lebenssituation wird von den Meisten als nicht steuerbar durch einen Bürgerhaushalt gesehen. Eigene Probleme gehören nach ihrer Ansicht nicht in eine Debatte über den Haushalt der Stadt Potsdam. Für sein eigenes Umfeld, kulturell und sozial, sollte persönliches Engagement außerhalb des Bürgerhaushaltes ausschlaggebend sein, so einige der vorgebrachten Argumente.

Dass der Bürgerhaushalt „Akzeptanz für unpopuläre Sparmassnahmen“ schaffen soll, halten über 54 % der Befragten für eher bis sehr unwahrscheinlich. Betrachtet man die gesamtstädtische Auswertung (in dieser Frage: 59,6 % eher bis sehr unwahrscheinlich) bestätigt der Sozialraum II mit dieser Ablehnung den Antworttrend. Die Gründe dafür sind offensichtlich in den schon ständig ansteigenden Belastungen der Haushalte in Potsdam zu finden.

Wie Abbildung 13 zeigt, werden mögliche Probleme des Bürgerhaushaltes von den Befragten im Sozialraum II als eher bis sehr wahrscheinlich bewertet.

	sehr wahrscheinlich	eher wahrscheinlich	eher unwahrscheinl.	sehr unwahrscheinl.	GESAMT
bindet zuviel Zeit der Stadtverwaltung	10,1%	40,6%	27,5%	21,7%	100%
wird zur Selbstdarstellung genutzt (Partei/Politiker)	15,4%	39,7%	33,3%	11,5%	100%
weckt unerfüllbare Erwartungen beim Bürger	9,9%	44,4%	33,3%	12,3%	100%
bietet nur neue Bühne für starke,organ.Interessen	12,5%	51,2%	27,5%	8,8%	100%
Alle	12,0%	44,2%	30,5%	13,3%	100%

Abbildung 13: Mögliche Probleme des Bürgerhaushaltes, Sozialraum II
(32-42 % der Befragten, machten keine Angabe)

Da das Antwortgefälle zwischen zustimmender und ablehnender Einstellung nicht hoch ausfällt, können Information und Aufklärung, Einbeziehung und Anhörung seitens der Initiatoren des Bürgerhaushaltes zur Reduzierung dieses eher negativen Bildes führen.

3.4 Die eigene Beteiligung

3.4.1 Generelle Beteiligungsbereitschaft

Ein primärer Bestandteil des Erkenntnisinteresses der Befragung konzentrierte sich auf die Erfassung der Bereitschaft der nichtorganisierten Bürgerschaft zur Teilnahme am Projekt Bürgerhaushalt.

Für den Sozialraum II gaben 52,6 % der Befragten an, grundsätzlich bereit zu sein, am Projekt Bürgerhaushalt mitzuwirken. Somit liegt dieser Wert nur marginal über dem Durchschnitt der Gesamtstadt Potsdam, mit 51,3 % grundsätzlicher Partizipationsbereitschaft. Auffällig ist dabei, dass gerade die berufstätigen Altersgruppen zwischen 18 und 25 Jahren sowie zwischen 36 und 65 Jahre einer möglichen Beteiligung überwiegend positiv gegenüberstehen.

Alter	jünger als 18 Jahre	18 - 25 Jahre	26 - 35 Jahre	36 - 50 Jahre	51 - 65 Jahre	älter als 65 Jahre	GESAMT
generelle.bereitschaft							
Ja	50,0 % (1)	61,9 % (13)	47,1 % (8)	52,8 % (19)	60,0 % (15)	30,0 % (6)	51,2 % (62)
Nein	50,0 % (1)	28,6 % (6)	52,9 % (9)	47,2 % (17)	40,0 % (10)	70,0 % (14)	47,1 % (57)
GESAMT	100% (2)	100% (19)	100% (17)	100% (36)	100% (25)	100% (20)	100% (119)

Abbildung 14: Bereitschaft zur Beteiligung am Bürgerhaushalt x Altersgruppen, Sozialraum II,
121 Befragte

Berücksichtigt man die Altersgruppen, die dem Projekt und einer Beteiligung eher zurückhaltend gegenüberstehen, so sind das gerade Bürger mit einem Alter von über 65 Jahren. Die Erklärungsmuster der Befragten wiesen in diesem Zusammenhang meist auf individuelle Lebensumstände hin.

Vielfach wurde angegeben, dass man sich aus aktiven Funktionen in Organisationen altersbedingt zurückgezogen habe. Ebenso hat die persönliche Gesundheitssituation einen großen Einfluss auf die Beteiligungsbereitschaft der Befragten. Ein interessanter Aspekt ist, dass gerade Bürger die älter als 65 Jahre sind, den höchsten Einzelwert bei den gut informierten Altersgruppen aufweisen (vgl. Abbildung 9). In den individuellen Erklärungsmustern wurde jedoch kein Zusammenhang zwischen dem Informationsstand und der eher zurückhaltenden Beteiligungsbereitschaft deutlich.

Eine nähere Betrachtung der Berufsgruppen, die sich generell am Bürgerhaushalt beteiligen würden, zeigt: Die Annahme, dass Berufstätigkeit und ein damit einhergehendes geringes Zeitbudget sich negativ auf die Beteiligungsbereitschaft auswirken würden, ist für den Sozialraum II nicht zutreffend. Die Mehrzahl der Befragten, die einer Berufstätigkeit nachgehen, wäre durchaus bereit, sich am Projekt Bürgerhaushalt zu beteiligen (Siehe Abbildung 15).

Die Annahme einer Mittelschichtendominanz bei der Partizipationsbereitschaft kann mit den im Sozialraum gewonnenen Daten weder verifiziert, noch falsifiziert werden. Die Tendenz zeigt jedoch für den Sozialraum II, dass alle befragten Berufsgruppen der Teilnahme am Projekt eher aufgeschlossen gegenüberstehen und keine signifikanten Divergenzen zwischen den einzelnen Berufsgruppen auftreten. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass die Bürger vielfach ihre Beteiligungsbereitschaft signalisierten, ohne den zeitlichen Aufwand von Einfluss- und Beteiligungsmöglichkeiten objektiv abschätzen zu können, da der schlechte Informationsstand eine derartige Einschätzung vermutlich nicht zulässt.

Berufsgruppen Bereitschaft	Arbeiter	Angestellte	Beamte	Selbstständige	Erwerb- lose	Haus- mann/frau	im Ru- hestand	in Aus- bildung	GESAMT
Ja	36,4% (4)	56,8% (21)	62,5% (5)	83,3% (5)	80,0% (4)	33,3% (1)	30,8% (8)	54,2% (13)	51,2% (61)
Nein	63,6% (7)	43,2% (16)	37,5% (3)	16,7% (1)	20,0% (1)	66,7% (2)	69,2% (18)	37,5% (9)	47,1% (57)
GESAMT	100% (11)	100% (37)	100% (8)	100% (6)	100% (5)	100% (3)	100% (26)	100% (22)	100% (118)

Abbildung 15: Generelle Teilnahmebereitschaft am Projekt Bürgerhaushalt x Berufsgruppen, Sozialraum II, 121 Befragte

Auch das Verhältnis der Bürger zur Kommunalpolitik und -verwaltung, als ein weiterer möglicher Einflussfaktor auf die Teilnahmebereitschaft der Bürger, weist in der näheren Analyse der Daten für den Sozialraum II keinen Zusammenhang auf. Das überwiegend negativ geprägte und dargestellte Verhältnis zur Politik und Verwaltung hat somit keinen direkten Einfluss auf

das potenzielle projektbezogene Partizipationsinteresse der Bürger. Anzunehmen ist jedoch, dass eine Verbesserung des Verhältnisses auch stärkere Mobilisierungseffekte entfalten würde.

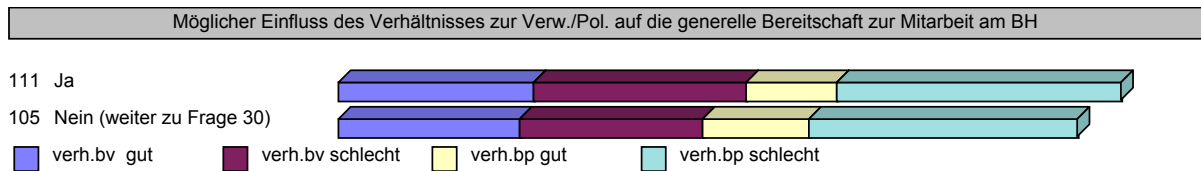


Abbildung 16: Generelle Beteiligungsbereitschaft x Verhältnis zu Kommunalpolitik und -verwaltung

3.4.2 Tatsächliche Beteiligungsbereitschaft

Ausgehend von der generellen Mitwirkungsbereitschaft, die für den Sozialraum II bei 52,6% lag, wurde versucht, diese grundsätzliche Bereitschaft etwas stärker zu differenzieren und den individuell generierbaren Einsatz der Befragten zu erfassen. So wurden die Items des Fragebogens von der niedrigsten Mitwirkungsform bis zur stärksten gewichtet und ansteigend als Antwortmöglichkeiten aufgenommen, wobei die Frage 28 auch Mehrfachnennungen zuließ. Die Antwortkategorien wurden in „Teilnahme an der Diskussion“, „Teilnahme an regelmäßigen Befragung“, „Aktive Mitwirkung bei Veranstaltungen“ und „Mitwirkung bei der Mobilisierung der Bürger“ unterteilt.

Bei der Frage nach dem direkten eigenen Beitrag am Bürgerhaushalt zeigt sich für Potsdam Nord, dass gerade die Beteiligungsinstrumente, die einen eher geringeren persönlichen Einsatz erfordern und mehr auf eine passive Beteiligung ausgerichtet sind, am häufigsten angegeben wurden. Hierzu zählen die Teilnahme an der Diskussion mit 37,5 % und die Teilnahme an regelmäßigen Befragungen mit 38,5 %. Die Beteiligungsinstrumente, die eine aktivere Rolle im Prozess des Bürgerhaushalts erfordern, wurden wie erwartet seltener angegeben. Dennoch sind 12,5 % der Befragten bereit, sich aktiv an Veranstaltungen zu beteiligen und 11,5 % geben an, auch an der Mobilisierung der Bürgerschaft mitwirken zu wollen. Bereits diese Zahlen lassen das Interesse der Bürger am Projekt Bürgerhaushalt erkennen. Es darf bei dieser Betrachtung auch nicht unberücksichtigt bleiben, dass die Mehrheit der Bürger, die eine grundsätzliche Teilnahmebereitschaft zeigten, berufstätig ist.

Auf die Frage, welche Beteiligungsinstrumente der Befragte persönlich nutzen würde, ist im Vergleich grundsätzlich keine abweichende Tendenz zu den gesamtstädtischen Daten zu erkennen. Die einzige Abweichung be-

steht in der Bereitschaft an der Diskussion mitzuwirken und der Teilnahme an regelmäßigen Befragungen (Gesamtstädtisch: 41,6 %, 34,1 %; Sozialraum II 37,5 % bzw. 38,5 %). Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass im Sozialraum II überdurchschnittlich viele der Befragten bereit wären, sich an der Mobilisierung der Mitbürger zu beteiligen und somit auch als potenzielle Multiplikatoren angesehen werden könnten.

Die nähere Analyse dieser potenziellen Multiplikatoren, also Bürgern, die einen Schwerpunkt ihrer Mitwirkung in der Mobilisierung von Mitbürgern sehen, zeigt einen eher geringen ehrenamtlichen Organisationsgrad. So sind etwa 90 % der Multiplikatoren nicht ehrenamtlich engagiert. Der Schwerpunkt des Alters liegt zwischen 26 und 50 Jahren. Bei der Analyse der Berufsgruppen der potenziellen Multiplikatoren zeigt sich keine Dominanz einer einzelnen Gruppe, vielmehr sind alle Berufsgruppen vertreten. Eine leichte Konzentration findet sich lediglich bei Bürgern, die angeben, sich momentan in Ausbildung zu befinden. Betrachtet man den geringen Organisationsgrad der Bürger, die sich an der Mobilisierung der Mitbürger beteiligen würden und vergegenwärtigt sich die Daten der Befragung der organisierten Bürgerschaft aus dem Jahr 2006, so fällt auf, dass die Vereine des Sozialraums II explizit darauf verweisen, sich nicht an der Mobilisierung der Mitbürger beteiligen zu wollen.¹³ Daraus lässt sich für den Sozialraum II ableiten, dass die Vereine möglicherweise nicht wie angenommen eine Multiplikationsfunktion übernehmen sondern Multiplikatoren unter der nicht organisierten Bürgerschaft zu finden sind.

Die Mehrheit der befragten Bürger des Sozialraums II sahen, auf die Frage nach der territorialen Schwerpunktsetzung des Bürgerhaushalts, eine zentrale, gesamtstädtische Ausrichtung mit 52,6 % als zielführender und sinnvoller an. Für einen stadtteilbezogenen Bürgerhaushalt sprachen sich im Vergleich dazu 47,4 % der Bürger aus. Als Begründung für die zentrale Ausrichtung wurde häufig die größere Betrachtungsebene angegeben und die Erwartung, dass auch unter dem gesamtstädtischen Bezug, die stadtteilbezogenen Probleme berücksichtigt werden.

Ein weiteres Argument für den größeren Betrachtungsraum stellte die Höhe der finanziellen Mittel dar, wodurch auch eine Finanzierung größerer Projekte vorstellbarer wäre und die Wirkung des Mitteleinsatzes optimiert werden könnte. Die Gefahr, dass durch die Umsetzung von Großprojekten, einzelne Stadtteile in einem Haushaltsjahr keine eigenen Projekte durchführen könnten, wurde dabei als unumgänglich akzeptiert. Interessant ist,

¹³ Franzke/Kleger (Hrsg.) 2006, S.37.

dass sich die Argumentationen der Befürworter eines stadtteilbezogenen Bürgerhaushalts nicht wesentlich von denen derer, die einen gesamtstädtischen Bezug für sinnvoll halten, unterscheiden. So findet in der Argumentationsstruktur meist nur eine marginale Differenzierung statt. Die Landeshauptstadt Potsdam wird von vielen Befragten ebenfalls als Bezugsrahmen anerkannt und ein stadtteilbezogener Bürgerhaushalt könne somit nicht losgelöst von der gesamtstädtischen Entwicklung existieren. Aber als Kritikpunkt einer zentralen Umsetzung wird die Gefahr gesehen, dass eher kleinteilige örtliche Problemfaktoren auf der Makroebene in den Hintergrund gedrängt und unberücksichtigt bleiben könnten, was wiederum die Grundlage für die Entscheidung zu einem dezentralen Bürgerhaushalt bildet.

4. Fazit und Handlungsempfehlung

Grundsätzlich stehen die Befragten im Sozialraum II dem Projekt Bürgerhaushalt offen und positiv gegenüber. Dabei wird deutlich, dass der größte Hemmnisfaktor in dem geringen Kenntnisstand der Beteiligungsmöglichkeiten liegt. Die vorhandene Bereitschaft zum Engagement kann nur abgerufen werden, wenn das Informationsdefizit abgebaut und die Rolle des Bürgers klar definiert wird. Durch die Vermittlung und Darstellung der Beteiligungsmöglichkeiten sowie des zeitlichen Aufwands zur aktiven Mitarbeit kann eine objektive Grundlage für eine Entscheidung zum persönlichen Engagement geschaffen werden.

Im Jahr 2004 wurde von der Stadtverordnetenversammlung Potsdam in einem parteiübergreifenden Konsens das Rahmenkonzept „Potsdam auf dem Weg zur Bürgerkommune“ beschlossen. Dieses Rahmenkonzept, ergänzt durch den Leitfaden für die Bürgerkommune Potsdam, sollte zur Kanalisierung des bürgerschaftlichen Engagements in Potsdam führen. Stärkere Konkretisierung erfuhr das Konzept der Bürgerkommune mit dem Partizipationsinstrument Bürgerhaushalt im Integrierten Stadtentwicklungskonzept 2007.

Zwischen den Detailplanungen, den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung und der praktischen Umsetzung des Projekts ist allerdings ein Missverhältnis zu konstatieren.

Trotz dieser Umsetzungsdefizite zeigt die Hälfte der Befragten in der Gesamtstadt und im Sozialraum II Interesse an einer Mitarbeit am Bürgerhaushalt. Auch wenn sich dieses Interesse mehr auf die passiven Beteili-

gungsmöglichkeiten konzentriert, stellt dieser Anteil ein beachtliches und ungenutztes Potenzial für die Stadt Potsdam und die Durchführung eines Bürgerhaushaltes dar.

Um bei den Bürgern eine stärkere Bindung mit dem Projekt zu erreichen, bedarf es einer oder mehrerer Identifikationsfiguren aus dem Umfeld der Stadt, die die Aspekte des Bürgerhaushaltes integrierend und öffentlichkeitswirksam vermitteln können. Ein Ziel dieser Identifikationsfiguren sollte eine Aktivierung der Multiplikatoren sein, die in ihren Sozialräumen zur Mobilisierung weiterer interessierter Bürger beitragen.

Mit Blick auf die Erfahrungen der zurückliegenden Befragungen aus den Jahren 2006 und 2007 können folgende Handlungsempfehlungen ausgesprochen werden:

- Verbesserung des Informationsflusses, d.h. die Erarbeitung eines zielgruppenspezifischen Kommunikationskonzepts unter Berücksichtigung der unter den Befragten präferierten Informationsmedien,
- Schaffung zentraler Anlaufstellen,
- Entwicklung von Identifikationsfiguren, d.h. die Suche eines oder mehrerer Repräsentanten, die zur Vermittlung der Ziele des Bürgerhaushaltes öffentlichkeitswirksam beitragen,
- Stärkere Einbringung der Parteien in das Projekt, d.h. deren Bekenntnis zu bestehenden konsensualen Beschlüssen und aktive Einbringung in den weiteren Prozess.

Die aktuelle Befragung zeigte, dass für den Sozialraum II das Projekt Bürgerhaushalt der Stadt Potsdam trotz der im Bericht aufgezeigten Defizite fortgeführt werden sollte.

Sozialraum III

Von Janis Klusmann und Eva Roeder

1. Einleitung

Der folgende Bericht gibt die Ergebnisse einer Befragung im Sozialraum III (Potsdam West, Innenstadt und nördliche Vorstädte) wieder, die im Rahmen des Projektseminars im Mai und Juni 2007 durchgeführt wurde. Sie fand an sechs Terminen zur Mittags- und Spätnachmittagszeit statt. Als Hauptbefragungsort wählten wir das Potsdamer Rathaus und den Platz der Einheit im Zentrum der Stadt aus. Da sich an diesen Orten viele Bürger aus anderen Stadtteilen aufhalten, konnten wir von insgesamt ca. 125 ausgefüllten Fragebögen nur 70 Fragebögen für den Sozialraum III auswerten. Etwa jeder zweite Passant war zu einem Interview bereit.

Die Bürger, die wir vor dem Rathaus interviewten, standen der Befragung grundsätzlich etwas offener und höflicher gegenüber. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass Befragungen vor Verwaltungsgebäuden der Stadt „offizieller“, seriöser und „professioneller“ wirken als an anderen Orten der Stadt. Im nahen Umfeld befragten wir daher häufig Mitarbeiter der Stadtverwaltung bzw. des Bürgerhaushaltes, die über das Projekt sehr gut informiert sind.

Die Innenstadt ist außerdem ein beliebter Besichtigungsort für Touristen, die für die Umfrage allerdings nicht miteinbezogen werden konnten. Auffällig war eine hohe Anzahl Schüler und Studierenden, die an der Studie teilnahmen. Am Platz der Einheit ergab sich das Problem des Durchlaufverkehrs: viele Personen wollten in der Mittagspause Erledigungen machen oder warteten an der Bushaltestelle. Dadurch wirkten sich die langen Wartezeiten vorteilhaft auf die Teilnahmebereitschaft aus. Insgesamt hatten wir den Eindruck, dass eine längere Präsenz am Standort zu besseren Ergebnissen führte, was wohl mit der Einfeldung in die Befrager-Rolle zusammenhängt.

Der Fragebogen wurde im Stile eines face-to-face-Interviews von uns vorgelesen und auch von uns ausgefüllt. Ein durch das Projektteam kontrovers behandeltes Thema während der Erstellung des Fragebogens war die Frage nach der Informationsweitergabe über den Bürgerhaushalt an die Interviewpartner. Zum näheren Modus durch unsere Projektgruppe ist dazu zu

sagen: einerseits wurden Informationen während der Befragung auf Nachfrage weitergegeben (meist bei Frage 13/14), andererseits wurde zu Beginn der Befragung eine kurze Einführung in das Thema gegeben.

Auf unsere Idee, Informationsbroschüren der Stadt über den Bürgerhaushalt am Ende der Befragung zu verteilen, reagierte die Stadtverwaltung eher reserviert und händigte uns erst nach einigen Versuchen die Broschüren aus, so dass nur bei 4 der 6 Befragungen Broschüren verteilt werden konnten.

Die Befragten setzten sich meist intensiv mit der Thematik auseinander, so dass die Interviews schon fast den Charakter einer qualitativen Umfrage bekamen. Die Bürger überlegten lange bei den Fragen 15-25 (Skalen); einerseits fiel es einigen schwer, sich von der nicht vorhandenen Möglichkeit der „Mitte“ zu lösen, andererseits vermieden die meisten ein schnelles „Durchkreuzen“. In der Regel wurden alle 34 Fragen beantwortet. Die Interviewzeit empfanden die Befragten oft als etwas lang. Häufig lag diese bei etwa 15 Minuten, konnte durchaus auch nur 10 Minuten und bis zu 30 Minuten dauern.

Nach unserem persönlichen Eindruck fehlten den meisten Befragten die nötigen Informationen über den Bürgerhaushalt. Sie begegneten dem Thema selbst aber mit Interesse. Vor allem die jüngeren Bürger zeigten Bereitschaft sich zu engagieren, während Ältere eher zurückhaltend reagierten. Allerdings zweifelten mehrere Personen an der Umsetzbarkeit und äußerten sich enttäuscht oder resigniert über die Politik.

Der nun folgende Bericht orientiert sich am Aufbau des Fragebogens und soll vor allem Abweichungen und Besonderheiten gegenüber dem Gesamtergebnis herausstellen und mit einer Bewertung der Ergebnisse abschließen. Es muss darauf hingewiesen werden, dass die Befragten nur einen Teil der Grundgesamtheit darstellen, dadurch sind die Ergebnisse in ihrer Repräsentativität eingeschränkt.

2. Angaben über die Sozialdaten

Das Alter der Befragten in Potsdam West/Mitte unterscheidet sich sowohl von den städtischen Sozialraumdaten als auch von der Gesamtmenge der Befragten in Potsdam (siehe Tabellen 14 und 15). Die Altersgruppe 18-35 weicht mit 62,8 % extrem stark sowohl von den Sozialraumdaten für das Jahr 2004 (nur 26,3 %), aber auch von den gesamtstädtischen Daten

(39,6 %) ab. Vor allem die Altersgruppe 18-24 Jahre ist mit 35,7 % überproportional vertreten (nur 16,4 % gesamtstädtisch, nur 7,3 % im Jahr 2004).

Dagegen sind im Rahmen unserer Erhebung ältere Menschen unterproportional vertreten; vor allem die Bürger über 65 Jahre sind mit 1,4 % statt 21 % (Sozialraumdaten 2004) bzw. 8,6 % der Gesamtbefragten nicht ausreichend erfasst. Auch die Gruppe der 35-50-jährigen verzeichnet nur 14 % gegenüber 22 % (Sozialraumdaten) und sogar 27,8 % (Gesamtstadt). Das gleiche gilt für die 50 bis 65-jährigen. Nur 12,9 % im Sozialraum gegenüber 20 % auf gesamtstädtischer Ebene. Diese Zahlen könnten damit begründet werden, dass die hauptberuflich arbeitende Bevölkerung zur Mittags- und Nachmittagszeit schwerlich oder nur kurze Zeit auf der Straße anzutreffen ist. Dass die über 65-jährigen genau wie die unter 18-jährigen laut den Sozialraumdaten stark unterrepräsentiert sind, mag an der Tatsache liegen, dass mit zunehmenden Alter weniger am öffentlichen Leben, z.B. im Stadtzentrum, teilnimmt bzw. Kinder nicht an der Befragung teilnehmen können.

alter		
Mittelwert = 2.91 '26 - 35 Jahre'		
jünger als 18 J.	6	8.6%
18 - 25 Jahre	25	35.7%
26 - 35 Jahre	19	27.1%
36 - 50 Jahre	10	14.3%
51 - 65 Jahre	9	12.9%
älter als 65 Jahre	1	1.4%
Summe	70	100.0%

Abbildung 17: Altersstruktur Befragte Sozialraum III
70 Befragte

alter		
Mittelwert = 3.69 '36 - 50 Jahre'		
jünger als 18 J.	23	4.1%
18 - 25 Jahre	92	16.4%
26 - 35 Jahre	130	23.2%
36 - 50 Jahre	156	27.8%
51 - 65 Jahre	112	20.0%
älter als 65 Jahre	48	8.6%
Summe	561	100.0%

Abbildung 18: Altersstruktur Befragte
Gesamtstadt, 561 Befagte

Unterscheidet man die Befragten hinsichtlich des Geschlechts, so wurden im Sozialraum III mehr Frauen statt Männer befragt (55 % weiblich zu 45 % männlich). Dies bestätigt das Ergebnis der Gesamtbefragung und stimmt mit den Sozialraumdaten überein.

Bei den Daten bezüglich des Bildungsabschlusses fällt auf, dass das Bildungsniveau höher als in anderen Stadtteilen ist. 47 % der Befragten in Potsdam West/Mitte verfügen mindestens über das Abitur, was mit 25 % deutlich über dem gesamtstädtischen Durchschnitt mit 22 % liegt. Auch Bürger mit Universitätsabschluss sind mit 21,4 % überproportional vertreten. Hingegen wurden Personen mit Berufsausbildung mit nur 8,6 % deutlich weniger befragt (34,5 % gesamtstädtisch), was ebenso für den Abschluss „10. Klasse“ gilt (nur 10 % gegenüber 14,7 %).

Diese nun vorliegenden Ergebnisse spiegeln größtenteils die Daten über den Bildungsstand (Tabelle 16) und die berufliche Tätigkeit (Tabelle 17) wieder. 54 % der Befragten befinden sich in einer Ausbildung (in der Gesamtstadt sind dies nur 32 %). Dies bezieht sich auf Schüler und vor allem auf Studierende, die den hohen Anteil der Personen mit Abitur erklären. Dafür liegen die Anteile anderer Gruppen unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt; besonders die Angestellten als zweitgrößte Gruppe des Sozialraums sind mit 15,7 % um 10 % schwächer vertreten. Die Erwerbslosen liegen mit 4,3 % ebenfalls unter dem Durchschnitt, wobei die Arbeitslosenquote in Potsdam im Juni 2007 bei 9,8 % lag. Leider gibt es dazu keine Daten für die einzelnen Sozialräume, sodass ein differenzierter Vergleich nicht möglich ist. Auch liegen Ruheständler mit 7 % und Arbeiter mit 4 % unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Unsere Stichprobe bezieht somit verhältnismäßig viele Studierende im Alter von 18-24 Jahren mit ein.

bildung		
Universität	15	21.4%
Fachhochschule	9	12.9%
Abitur	33	47.1%
Berufsausbildung	6	8.6%
10.Klasse	7	10.0%
kein Abschluss	0	0.0%
Summe	70	100.0%

Abbildung 19: Bildungsstand Befragte Sozialraum III

beruf		
Arbeiter	4	5.7%
Angestellte	11	15.7%
Beamte	2	2.9%
Selbstständige	6	8.6%
Erwerbslose	3	4.3%
Hausmann/frau	1	1.4%
im Ruhestand	5	7.1%
in Ausbildung	38	54.3%
Summe	70	100.0%

Abbildung 20: Beruf Befragte Sozialraum III

3. Fragebogenauswertung

3.1. Lebensqualität und eigenes Engagement

In einem weiteren Fragenkomplex sollten die Bürger ihre persönliche Einschätzung zur Lebensqualität und Aufgabenbereichen äußern. Die Potsdamer im Sozialraum West/Mitte fühlen sich zu 99 % in ihrer Stadt wohl. Das sind mehr als im gesamtstädtischen Bereich (96,4 %).

Auf die Frage, bei welchen städtischen Aufgaben Handlungsbedarf bestehe, nannten 70 % den Bereich Bildung (siehe Tabelle 18 und 19). Das sind 20 % mehr als im gesamtstädtischen Bereich. Erklären könnte dies der große Anteil der Studierenden und Personen in Ausbildung, der an der Befra-

gung teilgenommen hat. Da sie von Verbesserungen und Ausweitungen im Bildungsbereich der Stadt profitieren, sollen diese ihrer Meinung nach unterstützt und vorangetrieben werden.

Ähnliches gilt für die Bereiche „Soziales“ (61,4 %) und „Wohnen“ (29,4 %), die in Potsdam West/Mitte um 10 % wichtiger empfunden werden als im Gesamtbereich der Stadt. Unter anderem hat die Gruppe der Studierenden ein geringes oder unregelmäßiges Einkommen und ist daher von niedrigen Mietpreisen und sozialen Leistungen der Stadt abhängig. Es verwundert in diesem Zusammenhang nicht, dass unter dem Punkt „Sonstiges“ vermehrt hohe Mietpreise kritisiert wurden. Auch hatten wir den Eindruck, dass der Punkt „Soziales“ oft mit der Politik auf Bundesebene assoziiert wurde (Bürgergeld, BAföG etc.). Wesentlichen Handlungsbedarf sehen die Interviewten im Straßenverkehr. Am dritthäufigsten genannt, betrifft dieser Punkt vor allem den Ausbau der Fahrradwege und die Instandsetzung von baufälligen Straßen. Mit dem Kulturangebot waren die meisten Bürger zufrieden.

handlungsbedarf	Anz.Nenn.	Häuf.
Bildung (Schulen, Volkshochschulen, Bibliotheken)	49	70,0%
Soziales (Gesundheit, Jugendarbeit, Sport)	43	61,4%
Verkehr (ÖPNV Straßen, Radwege)	31	44,3%
Wohnen	27	38,6%
Kultur (Museen, Denkmalpflege, Theater)	16	22,9%
sonstiges	8	11,4%
GESAMT BEOB.	70	

Abbildung 21: Handlungsbedarf Befragte Sozialraum III, 70 Befragte, Mehrfachnennungen möglich

handlungsbedarf	Anz.Nenn.	Häuf.
Bildung (Schulen, Volkshochschulen, Bibliotheken)	281	49,8%
Soziales (Gesundheit, Jugendarbeit, Sport)	277	49,1%
Verkehr (ÖPNV Straßen, Radwege)	266	47,2%
Wohnen	166	29,4%
Kultur (Museen, Denkmalpflege, Theater)	143	25,4%
sonstiges	60	10,6%
GESAMT BEOB.	564	

Abbildung 22: Handlungsbedarf Befragte Gesamtstadt, 564 Befragte, Mehrfachnennungen möglich

Die Bürger des Sozialraums III weisen mit 41 % ein deutlich stärkeres ehrenamtliches Engagement auf als im gesamtstädtischen Bereich (29 %). Dabei engagieren sich die meisten Personen in einem Verein (39,5 %). Während sich in Gesamt-Potsdam sogar 53 % in einem Verein betätigen, engagieren sich die Bürger in Potsdam West/Mitte zudem überdurchschnittlich in einem Verband (21 %) oder im Rahmen einer Initiative (14 %). Unter „Sonstigem“ Engagement nannten die Personen einen Sprachverband,

freie Jugendarbeit, den Bereich sozial benachteiligter Menschen oder die ASB-Wasserrettung.

3.2. Verhältnis Bürger-Verwaltung-Politik

Interessant sind die Fragen, ob man einen Zusammenhang zwischen ehrenamtlicher Tätigkeit sowie dem Verhältnis zur Politik und Verwaltung erkennen kann, und ob die Engagierten auch bereit wären, sich am Bürgerhaushalt zu beteiligen. In diesem Abschnitt fiel es den Befragten teilweise schwerer eine Position einzunehmen, da eine mittlere Einordnung bei vier Antwortoptionen nicht möglich war, sondern zwischen „eher gut“ oder „eher schlecht“ entschieden werden musste.

Die befragten Potsdamer Bürger sehen ihr Verhältnis zur Verwaltung mit 62 % relativ positiv (gut oder eher gut). Im Gesamtvergleich schätzen hingegen 50 % der Befragten dieses Verhältnis als gut ein. Da wir aber viele Befragungen vor dem Potsdamer Rathaus durchgeführt haben, muss in Betracht gezogen werden, dass sich viele Befragte wohl nur auf den „gerade“ erlebten Bürgerservice bezogen. Es gab aber auch andere Assoziationen mit anderen städtischen Abteilungen, die teilweise negativ bewertet wurden. Außerdem waren viele der Befragten in der städtischen Verwaltung tätig und wollten aus diesem Grund keine Aussagen machen.

Das Verhältnis zwischen Bürger und Politik wird äußerst negativ gesehen. So bewerteten es nur 20 % als (eher) gut, im Gegensatz zu 80 %, die es als (eher) schlecht betrachten. Im Vergleich zu den Gesamtbefragten mit 25 % zu 75 % zeigt das hier vorliegende Ergebnis somit eine stärker negative Ausprägung dieses Verhältnisses und stellt der Potsdamer Politik an diesem Punkt ein schlechtes Zeugnis aus. Bezeichnenderweise drückten die Interviewpartner ihre Frustration oder „Politikverdrossenheit“ in Aussagen wie „die machen eh, was sie wollen“ aus. Auf Nachfrage nach Hintergründen dafür waren viele Befragte im ersten Moment ratlos und konnten Ursachen nicht konkret benennen. Hier muss wohl auf Seiten der Befragten eine Vermischung von Kommunal- und Bundespolitik und daraus resultierende Abgrenzungsschwierigkeiten der Aufgabenbereiche unter den Gebietskörperschaften mit einbezogen werden.

	gut	schlecht	GESAMT
BürgerInnen - Verwaltung	61,8% (42)	38,2% (26)	100% (68)
BürgerInnen - Politik	20,3% (13)	79,7% (51)	100% (64)
Alle	41,7% (55)	58,3% (77)	100% (132)

Abbildung 23: Verhältnis Bürger-Politik und Bürger-Verwaltung Befragte Sozialraum III, 70 Befragte, Mehrfachnennung möglich

Frage man nach bestimmten problematischen Bereichen zwischen den Bürger und der Stadt, war die Kritik an der mangelnden Beteiligung an Entscheidungen (66 % zu 59 % Gesamtstadt) am auffälligsten (Tabelle 21). Danach beanstandete jeder Zweite, dass er zu wenig Einsicht in Entscheidungen erhalte (53% statt 48%). Ein Informationsdefizit bemängelten 46 %, statt 47,5 % auf gesamtstädtischer Ebene. Schließlich folgte die fehlende Zufriedenheit der Bürger mit der Stadt (geringer als bei den Gesamtbefragten mit 29 % zu 36 %).

zukunft.verhältnisbwp		
Einsicht in die Entscheidungen	37	52.9%
Information der Bürger über städtische Angelegenheiten	32	45.7%
Beteiligung der Bürger an der Entscheidung städtischer Angelegenheiten	46	65.7%
Zufriedenheit der Bürger	20	28.6%
Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt	9	12.9%
Sonstiges	1	1.4%
Summe	70	

Abbildung 24: Problemfelder Bürger-Stadt Befragte Sozialraum III, 70 Befragte, Mehrfachnennungen möglich

Anzumerken ist das sich das bemerkenswert hohe Problembewusstsein nicht in mangelndem Engagement äußert. Die Antwortmöglichkeit „Einsicht in die Entscheidungen“ traf nicht den Kern der Frage (nach Transparenz), sondern wurde mehr als Frage nach „Information über städtische Angelegenheiten“ aufgefasst. Die fehlende Zufriedenheit der Bürger mit der Stadt wurde als Problem gesehen, führte aber nicht zu einer Abnahme des Wohlfühl-Empfindens in Potsdam (100 %-Zustimmung). Als konkrete Schwierigkeiten wurden nur sprachliche Irritationen bei der Bürgerbefragung zum Stadtschloss geäußert.

Im Anschluss stand die Frage nach den demokratischen Beteiligungsformen im Mittelpunkt der Befragung (Tabelle 22). Daraufhin wurde am Häufigsten mit 64 % der Bereich Bürgerbefragung benannt. Hingegen führten auf gesamtstädtischer Ebene 51 % der Befragten diese Teilnahmeform an.

Offensichtlich ist diese hohe Beteiligungsquote auf die tagesaktuelle Umfrage zum Potsdamer Stadtschloss zurückzuführen.

Etwa jeder Fünfte hat sich schon einmal an einem Bürgerbegehren oder –entscheid beteiligt. Im Sozialraum III gaben 11 % an, schon einmal eine Einwohnerversammlung besucht zu haben. Gesamtstädtisch gesehen sind dies allerdings 19 %. Jeder Zehnte (11 %) hat an einer Einwohnerfragestunde (statt 5 % in der Gesamtstadt) sowie an Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung (SVV) (statt 5 % in der Gesamtstadt) teilgenommen. Eine Ausschusssitzung der SVV haben bereits 7 % besucht. Anzumerken ist, dass es keine Angaben dazu gab, auf welchen Bürgerentscheid oder welches Bürgerbegehren sich die Befragten bezogen. Immerhin wurde unter „andere“ Beteiligungsformen der Bürgerhaushalt namentlich genannt.

form.mitwirkung		
Einwohnerversammlung	8	11.4%
Einwohnerfragestunde und Anhörung von Einwohnern	8	11.4%
Einwohnerantrag	2	2.9%
Bürgerbefragung	45	64.3%
Bürgerbegehren und Bürgerentscheid	13	18.6%
Teilnahme an Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung	8	11.4%
Teilnahme an Ausschusssitzungen der Stadtverordnetenversammlung	5	7.1%
Ausschuss für Eingaben und Beschwerden	1	1.4%
Andere	1	1.4%
Summe	70	

Abbildung 25: Nutzung demokratischer Beteiligungsformen, 70 Befragte, Sozialraum III, Mehrfachnennungen möglich

3.3. Beurteilung des Bürgerhaushaltes und dessen Auswirkungen

Die Befragten hatten bei den Bewertungen des Bürgerhaushaltes Schwierigkeiten, eine Position einzunehmen, da bei den Skalen bewusst die „Mitte“ fehlte. So sollten zumindest Tendenzaussagen erhalten werden. Auf die Frage, wie gut man über den Bürgerhaushalt informiert sei (siehe Tabelle 23), antworteten 83 % mit „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“. Allein 57 % waren „sehr schlecht“ informiert und hatten noch nie etwas über den Bürgerhaushalt gehört. Trotz der alarmierenden Zahlen sind die Bürger in Potsdam West/Mitte im Vergleich zur Gesamtstadt besser informiert. Dort schätzten sogar 91 % die Informationslage als „eher schlecht“ oder als „sehr schlecht“ ein! Von dem kleinen Anteil der „informierten“ Bürger waren im Sozialraum III immerhin 10 % „sehr gut“ informiert, während gesamtstädtisch nur 2,5 % ihr Wissen entsprechend beurteilten. Bestens informiert waren, wie voraussichtlich, Mitarbeiter und Verwaltungsangestellte des Rat-

hauses, die bei der Befragung angaben, im Bereich des Bürgerhaushaltes mitzuarbeiten. Es ist anzunehmen, dass das überdurchschnittliche Bildungsniveau und der höhere Informationsstand über den Bürgerhaushalt zusammenhängen. Insgesamt kann man die ermittelten Zahlen jedoch nicht als positiv ansehen! Sogar Vertreter organisierter Interessen im Sozialraum III fühlen sich über das Projekt schlecht informiert und begründen dies mit der unzureichenden Informationspolitik der Stadt. Dieses Ergebnis bestätigt die bereits im Abschlussbericht des Sozialraums im Rahmen des assoziierten Projektseminars „Organisierte Bürgerschaft in Potsdam“ getroffene Einschätzung.¹⁴

Bei der Beurteilung der Umsetzungschancen des Bürgerhaushaltes kann man in Potsdam West/Mitte eine optimistischere Tendenz erkennen als im gesamtstädtischen Bereich (Siehe Tabelle 24). Auch wenn im Sozialraum III geringfügig mehr Bürger dem Projekt „gute“ Aussichten bescheinigen (9 %), gaben ihm 49 % „mittlere“ Umsetzungschancen. Zum Vergleich waren in der gesamtstädtischen Perspektive nur 41 % derart optimistisch. Gar keine Chancen gaben dem Projekt auf beiden Ebenen etwa 11-12 %. Die These, dass besser Informierte dem Bürgerhaushalt mehr bzw. weniger Chancen einräumen, lässt sich hier nicht bestätigen.

info.bh		
Sehr gut	7	10.0%
eher gut	5	7.1%
eher schlecht	18	25.7%
sehr schlecht	40	57.1%
Summe	70	100.0%

Abbildung 26: Informationsstand zum Bürgerhaushalt, 70 Befragte

bh.chancen		
Groß	6	9.2%
mittel	32	49.2%
gering	20	30.8%
keine	7	10.8%
Summe	65	100.0%

Abbildung 27: Umsetzungschancen des Bürgerhaushaltes, 70 Befragte, Sozialraum III

Sozialraum III

Bei den folgenden Skalen haben wir uns dazu entschieden, uns eher an Tendenzen von „wahrscheinlich“ und „unwahrscheinlich“ zu orientieren, um so konkretere Aussagen treffen zu können. Davon ausgenommen sind signifikante Abweichungen. Die Befragten reagierten bei den ersten fünf (positiv formulierten) Aussagen, sowohl auf Sozialraumebene als auch auf Gesamtebene, tendenziell positiv („wahrscheinlich“ und „eher wahrscheinlich“). In Potsdam Mitte/West meinten die meisten Befragten (77 %), dass

¹⁴ Franzke/Kleger (Hrsg.) 2006, S.53.

der Bürgerhaushalt umsetzbare Vorschläge liefern würde. Sie liegen damit deutlich über dem Gesamtdurchschnitt (69 %).

Die fünfte Aussage nutzten wir als Kontrollfrage. Hier schätzten 66 % der Bürger des Sozialraums es als wahrscheinlich ein, dass der Bürgerhaushalt Entscheidungshilfen für die Politik bieten könne (57 % in gesamt Potsdam). Dagegen glaubten die Interviewpartner auf gesamtstädtischer Ebene stärker daran, dass der Bürgerhaushalt zu einer größeren Identifikation mit der Stadt führen würde (76 % gegenüber 70 % im Sozialraum). Der Sozialraum kann jedoch an dieser Stelle die meisten Nennungen bei dem stärker gewichteten „wahrscheinlich“ im Bereich der positiven Aussagen verzeichnen – dies sind bedeutende 25 %! Dass das Projekt das bürgerschaftliche Engagement fördern würde, wird sowohl im Sozialraum III als auch in der Gesamtstadt auf gleichem Niveau von etwa 72 % bewertet. Auf die Frage nach der Wirkung des Bürgerhaushalts hin zu einem effektiveren Mitteleinsatz wurde mit etwa 58 % auf beiden Ebenen ebenfalls als wahrscheinlich beurteilt, jedoch nicht mehr so stark wie die vorigen Aussagen.

Die Fragen fünf und sechs aus diesem Komplex wurden dagegen als unwahrscheinlich angenommen. Die Bürger vermuteten auf Stadtteil- und Gesamtebene „eher nicht“ bzw. „gar nicht“, dass der Bürgerhaushalt eine höhere Akzeptanz für unpopuläre Sparmaßnahmen zur Folge haben könnte (etwa 60 %). Genauso wurde nicht als wahrscheinlich angenommen, dass der Bürgerhaushalt die eigene Lebenssituation verbessern kann (61 %). Auf diese Aussage reagierte der Anteil der bereits engagierten Bürger im Sozialraum mit 68 % sogar deutlich negativer. Insgesamt kann festgestellt werden: Die Aussagen wurden geringfügig positiver bewertet als auf gesamtstädtischer Ebene.

Die möglichen Probleme des Bürgerhaushaltes werden unterschiedlich bewertet (siehe Tabelle 25). So wird ein vermehrter Zeitaufwand für die Stadtverwaltung sowohl gesamtstädtisch „eher nicht“ oder „gar nicht“ als Problem angesehen (57 %), im Sozialraum III mit sogar 62 %. Der Bewertung folgte mehrfach der Kommentar „Dafür sind die schließlich da“. Dass der Bürgerhaushalt zur Selbstdarstellung der Parteien und Politiker genutzt werden könnte, wurde mehrheitlich als mögliches Problem gesehen (55 %). Dieser kritischen Würdigung folgen in Potsdam West/Mitte noch ausgeprägter mit 65 % der Befragten.

Hier sei erneut auf Befragung der organisierten Interessen hingewiesen: Auch hier glauben einige befragte Vereine, dass die Ergebnisse der letzten Aussage zur Kontrolle verglichen werden: auf Gesamt- und Sozialraumebe-

ne glauben rund 65 %, dass der Bürgerhaushalt den Vertretern stark organisierter Interessen eine neue Bühne bieten könnte und wurde damit deutlich als zukünftig auftretendes Problemfeld im Prozess des Bürgerhaushaltsverfahrens bewertet. Vor diesem Hintergrund wird diese mögliche dominante Durchsetzung organisierter Interessen der Potsdamer Vereins- und Verbandslandschaft selbst von diesen für möglich erachtet, um ihre bestehenden Position als politischer Akteur auszubauen, anstatt sich gemeinsam mit den Bürgern zusammenzusetzen und zu einigen. Jedoch halten es die Befragten im Sozialraum III für „unwahrscheinlich, dass bei den Bürgern unerfüllbare Erwartungen geweckt werden könnten (62 % gegenüber gesamtstädtischen 46 %) und urteilen damit deutlich gegen den gesamtstädtischen Trend. Abschließend kann gesagt werden, dass vorliegend das Auftreten möglicher Problembereiche geringer eingeschätzt wird.

	wahrscheinlich	unwahrscheinlich	GESAMT
umsetzbare Vorschläge	76,6% (49)	23,4% (15)	100% (64)
effektiverer Mitteleinsatz	56,9% (37)	43,1% (28)	100% (65)
größere Identifikation der Bürger mit der Stadt	70,3% (45)	29,7% (19)	100% (64)
mehr bürgerschaftlicher Engagement	73,4% (47)	26,6% (17)	100% (64)
Entscheidungshilfen für die Politik	65,6% (42)	34,4% (22)	100% (64)
Akzeptanz für unpopuläre Sparmaßnahmen	40,6% (26)	59,4% (38)	100% (64)
verbessert meine Lebenssituation	39,1% (25)	60,9% (39)	100% (64)
bindet zuviel Zeit der Stadtverwaltung	38,1% (24)	61,9% (39)	100% (63)
Selbstdarstellung der Parteien und Politik	54,7% (35)	45,3% (29)	100% (64)
unerfüllbare Erwartungen	37,5% (24)	62,5% (40)	100% (64)
neue Bühne für Vertreter starker, organisierter Interessen	66,2% (43)	33,8% (22)	100% (65)
Alle	56,3% (397)	43,7% (308)	100% (705)

Abbildung 28: Mögliche Probleme des Bürgerhaushaltes, 70 Befragte, Sozialraum III, Mehrfachnennungen möglich

Auf die Frage, wie die Bürger sich wünschen würden, über den Bürgerhaushalt informiert zu werden, steht das Publikationsmedium Zeitung mit 67 % deutlich an erster Stelle (siehe Abbildung 29 und 30). Danach wurden Internet und Fernsehen häufig genannt (39 %), wobei bei Letzterem oft der Hinweis auf das regionale Fernsehen kam. Das Internet wird gerade von jüngeren Menschen immer häufiger genutzt, gilt aber oft als „Zusatz“-Informationsquelle neben Zeitung und Fernsehen. Im gesamtstädtischen Vergleich wurde der Weg über das Internet weniger häufig genannt (25,5 %). 31 % könnten sich außerdem vorstellen, per Post über den Bürgerhaushalt informiert zu werden. Dagegen nannten vergleichsweise wenige die Möglichkeit des Newsletter (8,6 %) oder persönliche Emails (5,7 %).

bh.kommunik		
Zeitung	47	67.1%
Post	22	31.4%
Fernsehen	27	38.6%
Internet	27	38.6%
persönliche email	4	5.7%
new sletter	6	8.6%
Summe	70	

Abbildung 29: Gewünschte Informationskanäle zum Bürgerhaushalt, 70 Befragte, Sozialraum III

bh.kommunik		
Zeitung	357	63.3%
Post	168	29.8%
Fernsehen	217	38.5%
Internet	144	25.5%
persönliche email	39	6.9%
newsletter	50	8.9%
Summe	564	

Abbildung 30: Gewünschte Informationskanäle zum Bürgerhaushalt, 564 Befragte, Gesamtstadt

Eigene Beteiligung (Fragen 27-29)

Eine generelle Bereitschaft, sich am Projekt Bürgerhaushalt zu beteiligen, beantworteten 73 % wohlwollend (siehe Tabelle 28 und 29). Damit liegt die Zustimmung im Sozialraum III um 22 % höher als im Potsdamer Durchschnitt. Da auch schon die Frage nach dem bisherigen ehrenamtlichen Engagement (Frage 4) im Sozialraum wesentlich häufiger bejaht wurde (41 statt 29 %), kann der Zusammenhang hergestellt werden, dass engagierte Menschen eher bereit sind, sich am Bürgerhaushalt zu beteiligen. Über alle Bildungsniveaus hinweg kann von einer hohen Bereitschaft zur Teilnahme gesprochen werden. Unterschiede sind unter diesem Aspekt bei den Geschlechtern zu erkennen. So erklärten sich Männer eher dazu bereit, sich aktiv am Konzept einzubringen als Frauen.

generelle.bereitschaft		
Ja	48	72.7%
Nein (weiter zu Frage 30)	18	27.3%
Summe	66	100.0%

Abbildung 31: Bereitschaft zur Mitwirkung am Bürgerhaushalt, 70 Befragte, Sozialraum III

generelle.bereitschaft		
Ja	280	51.3%
Nein (weiter zu Frage 30)	266	48.7%
Summe	546	100.0%

Abbildung 31: Bereitschaft zur Mitwirkung Am Bürgerhaushalt. 546 Befragte, Gesamtstadt

Unter den verschiedenen Beteiligungsformen kommt der Teilnahme an regelmäßigen Befragungen mit 50 % ein besonderer Stellenwert zu (siehe Abbildung 32 und 33). An Diskussionen im Rahmen des Bürgerhaushalts würden 37 % der Befragten teilnehmen und eine aktive Mitwirkung an Veranstaltungen könnten sich 21 % vorstellen. Fast ein Fünftel (19 %) wäre auch bereit, sich an der Mobilisierung der Mitbürger zu beteiligen. In der Vergleichsperspektive zu den Gesamtbefragten heben sich die hier ge-

wonnenen Ergebnisse an folgenden Punkten stark ab: Jeder zweite Bewohner im Sozialraum, jedoch nur jeder Dritte im städtischen Durchschnitt würde an einer Befragung teilnehmen (50 statt 29 %). Diese Umfragedifferenzen sind ferner bei der Mitwirkung an Veranstaltungen (21 statt 13 %) sowie der Mitwirkung an der Mobilisierung (19 statt 8 %) häufiger angegeben worden. Gegen den Gesamttrend sind die Nennungen in allen vier Bereichen sehr häufig und fallen auch nicht so stark ab.

Wie beteiligen	Anz. Nenn.	Häuf.
Teilnahme an der Diskussion	26	37,1%
Teilnahme an regelmäßigen Befragungen	35	50,0%
Aktive Mitwirkung bei Veranstaltungen	15	21,4%
Mitwirkung an der Mobilisierung der Mitbürger	13	18,6%
GESAMT BEOB.	70	

Abbildung 32: Beteiligungsformen der Mitwirkung am Bürgerhaushalt, 70 Befragte, Sozialraum III, Mehrfachnennungen möglich

Wie beteiligen	Anz. Nenn.	Häuf.
Teilnahme an der Diskussion	204	36,2%
Teilnahme an regelmäßigen Befragungen	167	29,6%
Aktive Mitwirkung bei Veranstaltungen	72	12,8%
Mitwirkung an der Mobilisierung der Mitbürger	47	8,3%
GESAMT BEOB.	564	

Abbildung 33: Beteiligungsformen der Mitwirkung am Bürgerhaushalt, 564 Befragte, Gesamtstadt, Mehrfachnennungen möglich

Zudem wollten wir erfahren, wo der zukünftige Aktivitätsschwerpunkt im Bürgerhaushalt liegt (siehe Abbildung 34). Danach ist eine ebenso große Anzahl der Befragten mit jeweils 37 % bereit, sich sowohl gesamtstädtisch als auch im Stadtteilorientiert zu engagieren. Ausschließlich im eigenen Stadtteil wollen sich nur 26 % beteiligen (in der Gesamtstadt 46 %).

	Gesamtstädtisch	Beides	Im Stadtteil
SR III (46)	37% (17)	37% (17)	26% (12)
Gesamt (330)	41% (135)	13% (42)	46% (153)

Abbildung 34: Räumlicher Aktivitätsschwerpunkt im Bürgerhaushalt. Befragte Sozialraum III und Gesamtstadt

Dies ist im Vergleich zu den Gesamt-Befragten eine ungewöhnlich hohe Zahl derjenigen, die sich auf beiden Stadtteilebenen engagieren wollen, erklärt sich aber wohl aus dem Selbstverständnis der Menschen aus dem

Sozialraum West/Mitte, sich offenbar als geografisches und politisches Zentrum von Potsdam zu begreifen.

4. Fazit

Die Befragten im Sozialraum III sind hoch engagiert. Sie zeigen großes Interesse am Potsdamer Bürgerhaushalt und sind motiviert, sich dort auch vielfältig zu beteiligen.

Hauptsächlich wurden junge Menschen zwischen 18 und 35 befragt, die sich gerade in der Ausbildung, Schule, Universität oder Fachhochschule befinden. Diese gilt es, in den Prozess des Bürgerhaushalts einzubinden.

Die individuelle Lebensqualität wird in Potsdam allgemein als sehr positiv angesehen. Verbesserungswürdig sind für die Bürger im Sozialraum III vor allem die Bereiche Bildung und Soziales sowie, mit einem verminderten Handlungsbedarf, Verkehr und Wohnen.

Im Vergleich zur gesamtstädtischen Bevölkerung wird das Verhältnis von Bürger und Verwaltung eher positiver, das Verhältnis von Bürger und Politik dagegen eher schlechter bewertet. Konkret wurden die mangelnde Beteiligung an Entscheidungen in städtischen Angelegenheiten, die fehlende Einsicht in Entscheidungen sowie schlechte oder unzureichende Informationen der Bürger benannt.

Die Bürger im Sozialraum III sind im Vergleich zur Gesamtstadt besser über den Bürgerhaushalt informiert. Sie stellen den größten Teil der „sehr gut“ informierten Gruppe. Aber der schlechte Informationsgrad insgesamt zeigt auf, dass die Informationspolitik dringend verbesserungswürdig ist. Trotzdem räumen die Befragten dem Projekt noch immer große Umsetzungschancen ein.

Positive Wirkungen des Bürgerhaushalts werden als wahrscheinlich angenommen. Dagegen besteht keine Akzeptanz für unpopuläre Sparmaßnahmen. Insgesamt schätzen die Befragten aus Potsdam-West/Mitte die mit dem Bürgerhaushalt verbundenen positiven Potentiale etwas besser ein als die Gesamtbefragten, und halten negative Auswirkungen, wie sie durch das Wecken unerfüllbarer Erwartungen entstehen können, für weniger wahrscheinlich.

Es herrscht eine ausgeprägtere Beteiligungsbereitschaft vor, sich generell am Projekt Bürgerhaushalt zu beteiligen. Verwunderlich ist daher nicht,

dass die vier angebotenen Beteiligungsoptionen stärker als in der Gesamtstadt angenommen werden. Wobei hier vor allem regelmäßige Befragungen und Diskussionen im Vordergrund stehen. Eine Mitwirkungsquote ist allerdings bei der aktiven Mitwirkung an Veranstaltungen und der Mobilisierung von Mitbürger gegeben.

Auffällig ist zudem, dass die Befragten im Sozialraum III gleich häufig angeben, sich ausschließlich gesamtstädtisch oder sowohl gesamtstädtisch als auch im Sozialraum beteiligen zu wollen. Die Befragten in unserem Sozialraum zeigen, dass aus großem Interesse und ehrenamtlichen Aktivitäten auch vielfältiges Engagement im Prozess des Bürgerhaushalts folgen kann, sollten nunmehr verbessert Informationen darüber bereitgestellt werden. Aus unserer Sicht könnten die Bürger dann auch konkret projektbezogen eingebunden werden.

Sozialraum IV

Von Jens Kolodziejczak und Kishor Krishna Reddy

Einleitung

Der vorliegende Bericht stellt die Analyse der Befragung der Potsdamer Bürgerinnen und Bürger für den Sozialraum IV dar. Es werden dabei Fragenkomplexe aus den Bereichen Lebensqualität und eigenes Engagement, das Verhältnis Bürger zur städtischen Verwaltung und Politik, die Sicht des Bürgers zum Projekt Bürgerkommune und Bürgerhaushalt sowie die eigene Beteiligung am Projekt näher beleuchtet.

1. Zur Methodenwahl der Erhebung und Auswertung von Interviews

Die Datengrundlage für den vorliegenden Bericht fußt auf der Befragung von 83 Personen im Sozialraum IV. Es handelte sich dabei um standardisierte Interviews, die auf Basis eines Fragebogens (siehe Anlage) geführt wurden.

Für die weitere Aufbereitung der Informationen wurden neben der statistischen Auswertung durch SPSS, Sekundärliteratur zur Falsifizierung bzw. Verifizierung der Untersuchungshypothesen herangezogen. Anschließend konnten die so gewonnenen Informationen verglichen und zu einer Gesamtaussage über die Ansichten der nicht organisierten Bürgerschaft zum Projekt Bürgerkommune und Bürgerhaushalt zusammengefasst werden.

Die Befragung bietet auf der Grundlage der Auswertung der Interviews einen Einblick in die Probleme, Chancen und Herausforderungen, die mit der Einführung des Projektes verbunden sind. Jedoch sei darauf hingewiesen, dass die Umfrage nicht repräsentativ angelegt ist.

Die Befragung der Personen konzentrierte sich ausschließlich auf den öffentlichen Raum. Sie wurde in der Einkaufsstraße nahe der S-Bahn Haltestelle Babelsberg, im Park Babelsberg sowie im Zentrum Ost durchgeführt. Die Auswahl der Personen war willkürlich, da die Untersuchung sich auf die nicht organisierte Bürgerschaft beschränkte.

Insgesamt weichen die Daten des Sozialraums IV im gesamtstädtischen Vergleich im Bereich personenbezogener Daten wie Alter und Geschlecht nicht voneinander ab. So waren über 50 % der Interviewten zwischen 26 bis 50 Jah-

ren. Geschlechterbezogen waren Frauen insgesamt eher zur Teilnahme an der Befragung bereit als Männer.

Abweichungen gab es in den Bereichen Bildung und Beruf (siehe Abbildung 34 und 35). So waren im Sozialraum vor allem akademisch gebildete Schichten bei der Befragung vertreten. Im Bereich Arbeitsverhältnis ist eine klare Abgrenzung bzw. Aussage über die Interviewpartner schwierig. Grundsätzlich haben mehr Bürger der Stadt Potsdam an dem Interview teilgenommen, die sich derzeit noch in der Ausbildung oder im Angestelltenverhältnis befinden. Das bezieht sich sowohl auf die gesamtstädtischen als auch auf die hier vorliegenden Ergebnisse.

Bildung	Sozialraum IV in Personen	Gesamtstädtisch in Personen
Universität	16	83
Fachhochschule	9	68
Abitur	32	125
Berufsausbildung	16	193
10. Klasse	10	82
Kein Abschluss	0	8

Abbildung 34: Bildungsstand im Vergleich Sozialraum IV (83 Befragte) und Gesamtstädtisch (564 Befragte)

Beruf	Sozialraum IV in Personen	Gesamtstädtisch in Personen
Arbeiter/in	5	55
Angestellte/r	15	144
Beamter/in	2	20
Selbstständig	14	45
Erwerbslos	6	70
Hausmann/frau	1	23
im Ruhestand	8	79
in Ausbildung	32	121

Abbildung 35: Beruf im Vergleich Sozialraum IV (83 Befragte) und Gesamtstädtisch (564 Befragte)

2. Angaben zum Sozialraum und der Stadt Potsdam

Die Gesamtbevölkerung mit Hauptwohnung in der kreisfreien Stadt Potsdam liegt bei 147.716 Personen. Trotz 8.126 Fortzügen kamen 8.954 Personen im Jahr 2006 nach Potsdam.¹⁵ Die Stadt Potsdam ist damit eine der wenigen Städte in Brandenburg, die einen stetig positiven Migrationssaldo aufweisen. Innerhalb der Stadt ist die Bevölkerung je nach Altersstruktur und Sozialraum differenziert verortet. Die Altersstruktur sieht wie folgt aus: 14,1 % der Personen sind zwischen 0-18 Jahren, Personen im erwerbsfähigen Alter (18-65 Jahren) stellen mit 66,6 % die größte Gruppe dar, während Menschen ab 65 Jahren mit 19,3 % vertreten sind.

Abbildung 36 zeigt die Bevölkerungsentwicklung im Sozialraum IV. Von 1991 bis 1998 war ein stetiger Fortzug von Personen aus Babelsberg und dem Zentrum Ost festzustellen. Seit 1999 steigt die Bevölkerung wieder durchschnittlich um 1,46 %.

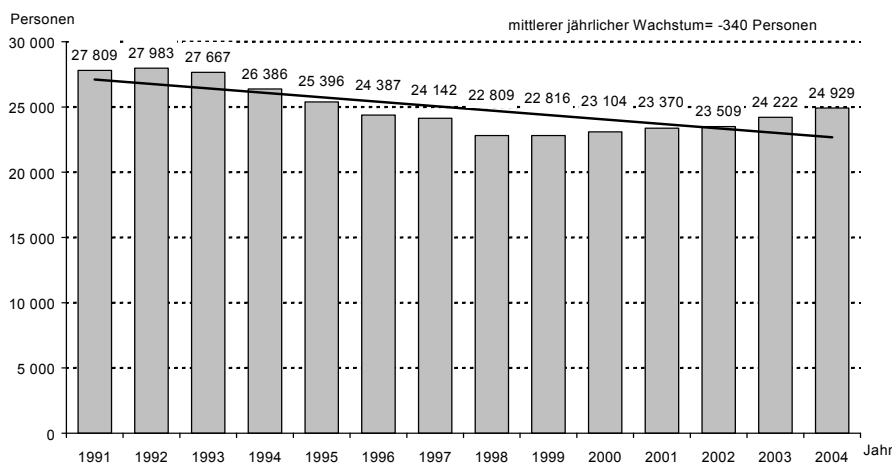


Abbildung 36: Bevölkerungsentwicklung Sozialraum IV

Die Altersstruktur für die Stadt sieht wie folgt aus: 14,5 % der Personen sind bis 18 Jahren, Personen im erwerbsfähigen Alter (18-65 Jahren) stellen mit 67,2 % die größte Gruppe dar, während Menschen ab 65 Jahren mit einem Anteil von 18,4 % vertreten sind.¹⁶

¹⁵ Angaben nach Bereich Statistik und Wahlen der Landeshauptstadt Potsdam
<http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10035553/400366/> (Abfrage am 2.1.2009)

¹⁶ Ebenda.

Dass der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter im Sozialraum IV über dem bundesdeutschen Durchschnitt mit 63,5 % liegt, ist auch darauf zurückzuführen, dass die Stadt Potsdam ein Universitäts- und Forschungsstandort ist. Neben den Grundversorgungseinrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen sind im Wintersemester 2006/2007 an der Universität Potsdam 17.982 Studenten eingeschrieben gewesen, an der Fachhochschule Potsdam 2.706 sowie an der Hochschule für Film und Fernsehen "Konrad Wolf" 560 Studenten.¹⁷ Allein in Potsdam-Babelsberg befinden sich noch zwei Standorte der Universität Potsdam, der Sitz der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ Potsdam, das Astrophysikalische Institut Potsdam sowie das Hasso-Plattner-Institut.

Ein weiterer Grund ist die Nähe zu Berlin und dessen Agglomerationswirkungen, von der die Landeshauptstadt in der Weise profitiert, dass Menschen sich für den Wohnort Potsdam entscheiden, auch wenn sie eine Beschäftigung in Berlin haben.

Abbildung 37 zeigt die unterschiedliche Bevölkerungsverteilung nach Alter und Verortung in den Sozialräumen. Ein Gefälle zwischen den Sozialräumen ist deutlich zu erkennen. Während die Sozialräume I und II dünn besiedelt sind, liegt der Bevölkerungsschwerpunkt im Sozialraum III (Potsdam West und Innenstadt), gefolgt vom Sozialraum VI (Potsdam Süd), Sozialraum V (Stern) und dem Sozialraum IV (Babelsberg, Zentrum Ost).

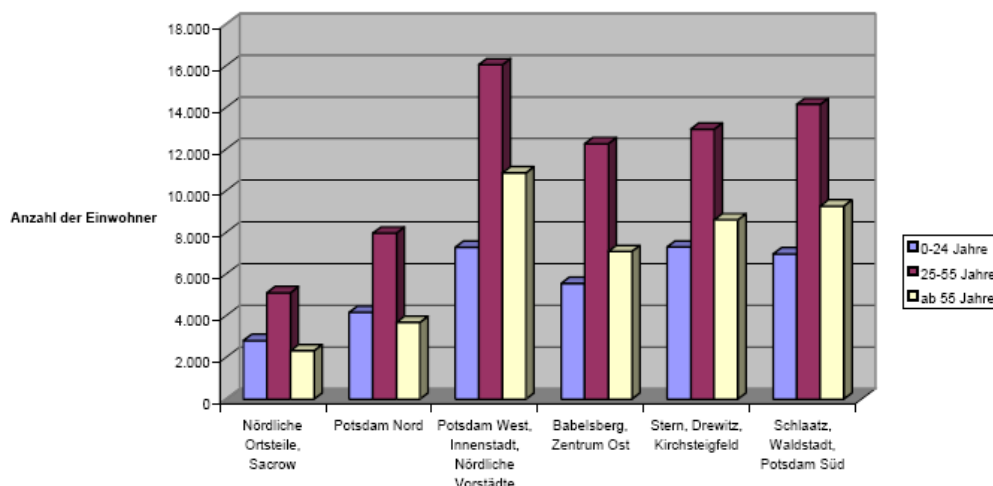


Abbildung 37: Einwohner und Altersstruktur nach Sozialräumen 2004

Quelle: http://www.lasa-brandenburg.de/fileadmin/user_upload/MAIN-dateien/regionen/Infoveranstaltung16-09-05.pdf

¹⁷ Ebenda.

3. Fragebogenauswertung

3.1. Lebensqualität und ehrenamtliches Engagement

Die Befragung im Sozialraum IV zeigt, dass sich die überwiegende Mehrheit von 96 % in Potsdam wohl fühlt. Diese hohe Zustimmung konnte ebenfalls im gesamtstädtischen Raum festgestellt werden. Trotz dieses positiven Empfindens sehen 22 % der Interviewten Handlungsbedarf in den Bereichen Bildung, Soziales und Verkehr. In den Bereichen Kultur und Wohnen sehen ca. 12 % der Befragten Defizite, die ihre Lebensqualität mindern.

Das ehrenamtliche Engagement im Sozialraum IV ist zu den weiteren Sozialräumen mit rund 30 % nahezu deckungsgleich. Jeder Zweite der Befragten (ca. 30 %) gab an, vornehmlich im Verein tätig zu sein. Mit großem Abstand folgt darauf die aktive Mitarbeit bei Initiativen (11,9 %) in Babelsberg und Zentrum Ost. Sie weichen bei der gesamtstädtischen Betrachtung ab; hier engagieren sich mehrheitlich mehr Menschen (10 %) im Verband. Die aktive Mitwirkung in den Parteien und Kirchen spielt eine untergeordnete Rolle.

3.2. Verhältnis Bürger-Verwaltung-Politik

Die Wahrnehmung der Verwaltung und der Stadtpolitik wird sowohl in Babelsberg, Zentrum Ost als auch sozialraumübergreifend differenziert bewertet. Die Verwaltung der Stadt Potsdam wird insgesamt positiver bewertet als die Politik in der Stadt. Die Gründe für die Unzufriedenheit gegenüber den Vertretern der Stadtverordnetenversammlung sind nach Ansicht von gut 1/5 der Bürger im Sozialraum IV und auf gesamtstädtischer Ebene mangelnde Beteiligung der Bürger an der Entscheidung in städtischen Angelegenheiten, fehlende Einsicht in die Entscheidungen und ein wahrgenommenes Informationsdefizit.

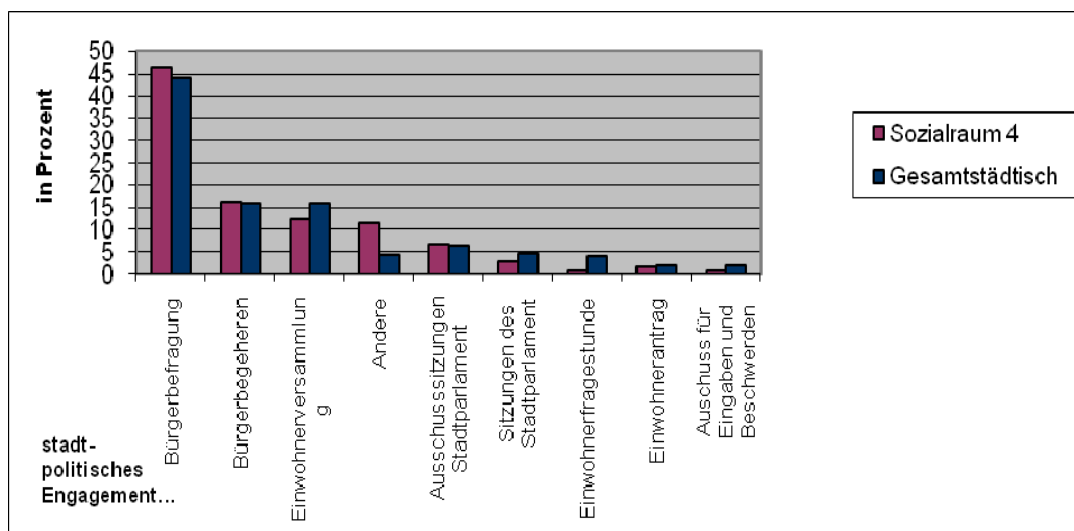
Die aktive Mitgestaltung der Stadtpolitik wünschen sich im Sozialraum 28,8 %, gesamtstädtisch sind das ebenfalls 28,2 % der Befragten.

Forderungen nach Mitwirkung ist die eine Sache, die andere Sache ist, welche möglichen Optionen der Mitwirkung auf stadtpolitische Entscheidungen gegenwärtig vorhanden sind und in welcher Weise diese von den Bürgern in Potsdam-Babelsberg, Zentrum Ost bzw. gesamtstädtisch genutzt werden?

Neben der Bürgerbefragung, dem Bürgerbegehren, der Einwohnerversammlung, dem Einwohnerantrag, der Einwohnerfragestunde und Anhörung von Einwohnern gibt es die Teilnahme an Ausschusssitzungen der Stadtverordne-

tenversammlung, die Teilnahme an Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sowie die Möglichkeit, seine Anliegen gegenüber dem Ausschuss für Eingaben und Beschwerden zu äußern.

Die Datenerhebung im Sozialraum IV zeigt, dass die häufigste Form des politischen Engagements die Bürgerbefragung mit 46,2 % darstellt, gefolgt vom Bürgerbegehren und Bürgerentscheid mit 16,3 % sowie die Einwohnerversammlung mit 12,5 %. Im Vergleich zum gesamtstädtischen Raum werden ähnliche Werte mit derselben Gewichtung bei den politischen Mitwirkungsformen erzielt. Auffällig für den Sozialraum IV ist, dass 11,5 % der Befragten sich anderweitig politisch engagieren. Dieses Engagement können Demonstrationen, Bürgerinitiativen oder Vereine sein. Andere Formen wie der Einwohnerantrag, die Einwohnerfragestunde und Anhörung von Einwohnern etc. wurden sowohl in Babelsberg, Zentrum Ost als auch gesamtstädtisch von den Interviewten kaum genannt.



Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 38: Politisches Engagement im Vergleich: Sozialraum 4 und Gesamtstädtisch

3.3. Bewertung des Projekts Bürgerkommune und Bürgerhaushalt

Die Bürger und Bürger sind über das Projekt Bürgerhaushalt insgesamt sehr schlecht informiert: 28,9 % der Befragten sind schlecht und 66,3 % sehr schlecht informiert.

Aufgrund fehlender Kenntnis über das Konzept Bürgerkommune und Bürgerhaushalt steht ein großer Teil der Befragten diesem Konzept skeptisch ge-

genüber. Die Mehrheit im Sozialraum IV sowie gesamtstädtisch räumen dem Konzept sogar geringe bis mittelmäßige Umsetzungschancen ein.

Konkrete Vorschläge, in welcher Weise das Informationsdefizit überwunden werden könnte, nannten die Interviewten mehrheitlich per Zeitung, Internet, Fernsehen und Post. Die „klassische“ Informationsvermittlung wird folglich eher bevorzugt als die „neuen“ Medien Email und Newsletter.

Positiv äußerten sich die Befragten bezüglich der Wirkung des Bürgerhaushalts. Dieser liefert umsetzbare Vorschläge, die auch zu einem effektiveren Mitteleinsatz führen könne. Im Ergebnis sehen die Befragten vor allem die Effektivität, die das Projekt entfalten könnte. Darüber hinaus ist der Bürgerhaushalt ein positives Instrument zur Einbindung der Bürger in städtische Angelegenheiten.

Dass der Bürgerhaushalt mehr bürgerliches Engagement fördert, wird von den Interviewten in Babelsberg und Zentrum Ost positiver bewertet als gesamtstädtisch. Sicherlich spielt der Aspekt, dass das Engagement im Sozialraum IV relativ höher ist als im gesamtstädtischen Raum hier eine Rolle. Unschlüssig sind die Befragten darüber, ob das Projekt eine Entscheidungshilfe für die Politik bietet und die eigene Lebenssituation verbessern könnte. Eine eher pessimistische Meinung haben die Befragten indes, dass der Bürgerhaushalt die Akzeptanz für unpopuläre Sparmaßnahmen bei den Bürger und Bürger schaffen könnte.

Zu den möglichen Problemen des Bürgerhaushaltes haben sich die Interviewten wie folgt geäußert: Der Zeitaufwand für die Organisation und Planung des Projektes hält sich Ansicht von 36,8 % der Befragten für die Stadtverwaltung in Grenzen. Die Gefahr, dass der Bürgerhaushalt hauptsächlich zur Selbstdarstellung der Parteien und Politiker instrumentalisiert werden könne und konkrete Sachentscheidungen hinter politische Interessen treten, sehen rund 43 % der Befragten Babelsberger.

Ebenso eindeutig ist, dass das Projekt bei den Bürgern unerfüllbare Erwartungen weckt. Das Verhältnis von Aufwand und der tatsächliche Nutzen des Projektes zur Verbesserung innerhalb der Stadt stehen für 41 % im Sozialraum IV sowie für 35 % in der gesamtstädtischen Betrachtung in einem deutlichen Missverhältnis.

Ein weiterer Aspekt, den die nichtorganisierte Bürgerschaft sowohl in Babelsberg, Zentrum Ost sowie gesamtstädtisch sieht, sind die einflussreichen und finanziell starken Interessenvertreter, denen eine neue und erfolgreiche Mit-

wirkungsgestaltung eingeräumt wird. Den Nutzen für die nicht in Verbänden oder Vereinen organisierten Bürger sehen die Befragten eher als gering an.

3.4. Eigene Beteiligung

Einer grundsätzlichen Bereitschaft, sich aktiv am Projekt Bürgerkommune und Bürgerhaushalt zu beteiligen, stimmen gesamtstädtisch über die Hälfte der Befragten zu (51,1 % = 280 von 564 Interviewten). Im Sozialraum IV hingegen ist die Mehrheit nicht bereit, sich aktiv einzubringen (47,5 % = 38 von 83 Interviewten).

Diejenigen, die sich generell am Projekt beteiligen wollen, sehen ihren Mitwirkungsgrad vornehmlich in der *Teilnahme an der Diskussion*, gefolgt von der Teilnahme an *regelmäßigen Befragungen*. Der aktiven *Mitwirkung bei Veranstaltungen* erklären sich in der gesamtstädtischen Betrachtungsebene 25,7 % (= 72 von 280 möglichen Mitwirkende); in Babelsberg und Zentrum Ost sind 31,6 % (= 12 von 38 möglichen Mitwirkende) dazu bereit. Die Mitwirkung an der *Mobilisierung der Menschen* können sich gesamtstädtisch 16,8 % (= 47 von 280 mögliche Mitwirkende) vorstellen; in Babelsberg und Zentrum Ost 11,4 % (= 4 von 38 möglichen Mitwirkende).

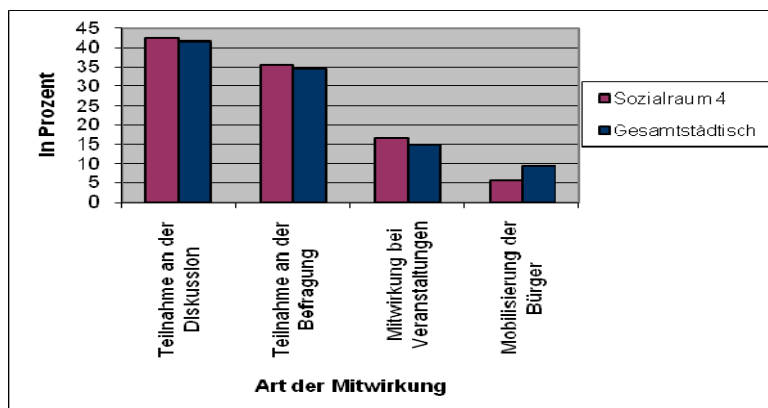


Abbildung 39: Zukünftiger Mitwirkungsgrad am Projekt Bürgerkommune und Bürgerhaushalt im Vergleich Sozialraum 4 und Gesamtstädtisch

Art der Mitwirkung	Sozialraum 4 in Personen	Gesamtstädtisch in Personen
Diskussion	31	204
Befragung	26	167
Mitwirkung bei Veranstaltung	12	72
Mobilisierung	4	47

Abbildung 40: Art der Mitwirkung am Bürgerhaushalt, Sozialraum IV (83 Befragte), Gesamtstädtisch (564 Befragte), Mehrfachnennungen möglich

Im Ergebnis nimmt die Art der Beteiligung hinsichtlich des Grades der eigenen Beteiligung exponentiell ab.

Der räumliche Wirkungskreis der Bürger ist im Sozialraum IV als auch gesamtstädtisch unterschiedlich. Während in Babelsberg und Zentrum Ost das räumliche Betätigungsfeld gesamtstädtisch ausgerichtet ist, sieht die Mehrheit der 564 Befragten ihren räumlichen Wirkungskreis im eigenen Sozialraum.

4. Schlussbetrachtung

Im Lichte der Datenauswertung können folgende Feststellungen getroffen werden.

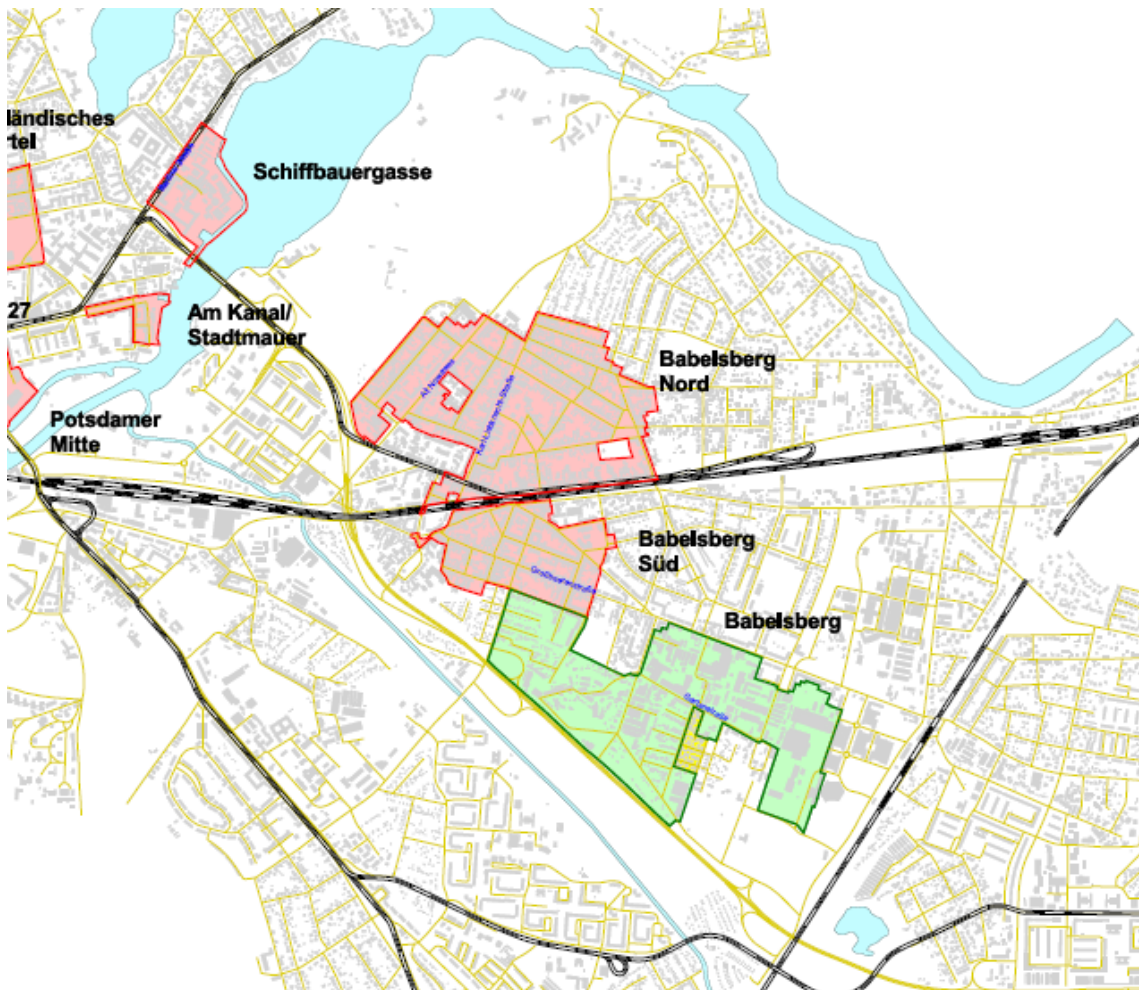
Die individuelle Lebensqualität in Babelsberg Nord und Süd sowie Zentrum Ost wird insgesamt positiv bewertet. Politische Handlungsfelder sind die klassisch unterfinanzierten sozialen Bereiche.

Das gegenwärtig eigene Engagement fällt bei der nichtorganisierten Bürgerschaft sowohl im Sozialraum IV als auch gesamtstädtisch gering aus. Jedoch ist eine grundsätzliche Bereitschaft vorhanden, sich aktiv an partizipatorischen Vorgängen, „die einen selbst berühren“, zu beteiligen. Das konkrete Engagement am Projekt Bürgerhaushalt nimmt exponentiell ab je stärker der Bürger eingebunden wird. Bevorzugt wird eindeutig die Teilnahme an Diskussionen. Die Mobilisierung der Mitbürger und Mitbürger wird dagegen eher abgelehnt. Gründe für diese Feststellung kann man nicht aus der Datenerhebung ermitteln, dennoch können plausible Vermutungen angeführt werden: so z.B. der persönliche geringe Zeitraum sich in das Projekt stärker einbinden zu lassen. Die positive Grundhaltung zum Projekt wird die Mehrheit der Interviewten wohl in einer passiven Mitarbeit sehen.

Im Bereich Bürger versus Verwaltung und Stadtpolitik wollen die Bürger verstärkt Einsicht in verwaltungspolitische Entscheidungen. Sie sind aber tendenziell eher weniger bereit, sich selbst bei städtischen Angelegenheiten einzubringen. Diesen Umstand spiegeln vor allem die Daten über die bedingte Mitwirkung beim Bürgerhaushalt wider, sowie bei der derzeitigen Form der Bürgerbeteiligung. Bezogen auf die gesamtstädtischen Ergebnisse, ist in Babelsberg/Zentrum Ost auffällig, dass mehr Menschen Einblicke in die Entscheidungen wünschen, eine zu geringe Beteiligung an der Entscheidung städtischer Angelegenheiten hingegen von wenigen als Problem gesehen wird.

Anlage

Sozialraum 4 – Sanierungsgebiete und Entwicklungsbereiche



Entwicklungsbereiche

Babelsberg
Beschluss StVV vom 1. November 1995
Amtsblatt 4/96 vom 19. April 1996 und
5/96 vom 23. Mai 1996

Sanierungsgebiete

Babelsberg Süd
Beschluss StVV vom 3. März 1993
Amtsblatt 7/93 vom 16. Juli 1993

Babelsberg Nord
Beschluss StVV vom 3. März 1993
Amtsblatt 7/93 vom 16. Juli 1993
Änderung der Satzung
Beschluss StVV vom 2. Oktober 2002
Amtsblatt 12/02 vom 30. Oktober 2002

Sozialraum V

Von Matthias Horn und Claudia Schmill

1. Einleitung

„Bürgerkommune steht für eine Kommune, in der sich die Bürger und Bürger als Teilhaber am Gemeinwesen verstehen und für die Entwicklung ihrer Stadt interessieren und einsetzen. Sie bringen sich in Entscheidungen ein und helfen bei der Aufrechterhaltung, Gestaltung und Entwicklung ihrer Stadt mit. Die Bürger und Bürger einer Bürgerkommune fragen nicht nur „was kann meine Stadt für mich tun“ sondern auch „was kann ich für meine Stadt tun.“ Die Einbeziehung der Bürger und Bürger in wesentliche Entscheidungen wird durch einen fortlaufenden Beteiligungsprozess gesichert.“¹⁸

Soweit die Theorie im Leitfaden für die Bürgerkommune Potsdam von 2005. Der mehrheitliche Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 05. Mai 2004 zu Bürgerkommune und Bürgerhaushalt zeigte einen prinzipiellen Konsens. Wie aber ist der Stand beim Bürger 2007, sich konkret mit dem Partizipationsinstrument Bürgerhaushalt mit seiner Stadt oder zumindest aktiv mit seinem direkten Wohnumfeld auseinanderzusetzen?

Hierzu wurden im Sozialraum V – Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld – 136 Bürger in einem standardisierten Interview befragt. Es wurden mittels Fragebogen 34 Fragen zu Lebensqualität in Potsdam, Verhältnis von Bürgern, Verwaltung und Politik, zum Bürgerhaushalt Potsdam selbst, zur Partizipationsbereitschaft und zur Person gestellt.

Darüber hinaus handelt es sich bei der Befragung um eine Zufallsstichprobe der für den Bürgerhaushalt relevanten Altersgruppe, die mittels Befragung an verschiedenen Orten zu verschiedenen Zeiten im Sozialraum V durchgeführt wurde. Ziel der Befragung ist die Ermittlung eines Stimmungsbildes der nichtorganisierten Bürgerschaft des Sozialraumes.

Da die befragten Bürger überwiegend völlig unzureichend oder gar nicht über das Projekt „Bürgerhaushalt 2008“ der Stadt Potsdam informiert waren, erschien es notwendig, die Befragung zu einer aktivierenden Befragung zu erweitern und die Bürger zu informieren. Vielfach ist latente Skepsis und großes Misstrauen gegenüber den verantwortlichen Politikern zu spüren. Diese starke Politikverdrossenheit belastet das Verhältnis zwischen Bürgern und der

¹⁸ Stadtverordnetenversammlung Potsdam 2005.

Stadt und ist eine Gefahr für den avisierten Bürgerhaushalt 2008. Zusätzlich stellt die kritische finanzielle Gesamtsituation der Stadt eine schwierige Ausgangslage dar, denn dem Bürger ist schlecht zu suggerieren, dass er über Investitionen entscheiden soll, aber das Forum Bürgerhaushalt andererseits über so begrenzte Mittel verfügt, dass Politik und Verwaltung auf Sparvorschläge aus der Bevölkerung hoffen, welche aber ungenügend informiert ist.

Bemerkenswert ist dennoch ein grundsätzliches Interesse der meisten Bürger, sich trotz aller Vorbehalte am Projekt Bürgerhaushalt zu beteiligen.

Das zivilgesellschaftliche Engagement und die Nutzung von Instrumenten der lokalen Demokratie werden nachfolgend, systematisch dem Fragebogen folgend, analysiert, wobei das besondere Augenmerk auf signifikanten Unterschieden gegenüber dem Gesamtergebnis zu richten ist. Abschließend werden die Ergebnisse und Erfahrungen der Befragungen zusammengefasst und bewertet.

2. Angaben zu Sozialdaten¹⁹

Im Potsdamer Sozialraum V leben gegenwärtig 30.209 Bürger. Es gibt 2.216 Arbeitslose, die sich aufgrund der schwachen Sozialstruktur auf das Gebiet Drewitz konzentrieren, im Kirchsteigfeld hingegen ist ein geringer Anteil sozial Schwacher zu konstatieren. Verglichen mit anderen Sozialräumen in Potsdam ist Sozialraum V hinsichtlich Arbeitslosigkeit nach dem Sozialraum VI das zweitschlechteste Gebiet, liegt im Altersdurchschnitt am älteren Ende und verzeichnet stabile Bevölkerungszahlen. Der Kinderanteil ist überdurchschnittlich, arbeitsfähige Bevölkerung bzw. Rentneranteil unterdurchschnittlich im Vergleich zu Gesamt-Potsdam.

Im Sozialraum V existiert ein Konglomerat von Gegensätzen auf engem Raum zwischen Drewitz, dem Stern und dem Kirchsteigfeld. In Drewitz befindet sich ein sozialer Brennpunkt der Stadt, gekennzeichnet durch hohe Arbeitslosigkeit, günstige Sozialwohnungen in unsanierten DDR-Plattenbauten. Am Stern teilt sich das Bild in teurere, sanierte und modernisierte Plattenbauten einerseits und den für Drewitz beschriebenen Häusern andererseits. Dem folgend verteilt sich auch die Sozialstruktur.

Im erst in den 1990er Jahren neu errichteten Kirchsteigfeld wurde der Versuch unternommen, eine Art vollständige und eigenständige dörfliche Infrastruk-

¹⁹ Siehe Sozialraumdaten der Stadt Potsdam 2004.

tur in einen Stadtviertel zu kreieren. Von einer Kirche über Parkanlagen, sinnvoll konzipierte Wohn- und Parkraumnutzung, über Marktplatz, Restaurants und Einkaufsmöglichkeiten ist alles vorhanden, was das Kirchsteigfeld zu einer in Potsdam einzigartigen Wohngegend macht. Hier findet sich auch für einen ungeübten Beobachter auf Anhieb die gesündeste Sozialstruktur. Festzustellen ist, dass der Ausländeranteil im Sozialraum V mit 3,6 %²⁰ dem Trend in Potsdam folgt, es im Kirchsteigfeld jedoch einen signifikant höheren Ausländeranteil aus allerdings sozial gefestigtem Milieu gibt.

3. Fragebogenauswertung

a) Lebensqualität und eigenes Engagement (1-6)

Als Einstiegsfrage an die Befragten ging es um das Wohlfühlen in der Stadt Potsdam. Zu einem hohen Prozentsatz (92,6 %) fühlen sich die Befragten wohl in ihrer Heimatstadt, nur 5 % gaben an, sich nicht in Potsdam wohl zu fühlen. Ein Trend der sich auch auf die gesamte Stadt übertragen lässt.

In der nächsten Frage wird dies konkretisiert. Hier will man von den Befragten wissen, wo diese den höchsten Handlungsbedarf in ihrem Sozialraum sehen. Am meisten genannt werden die Bereiche „Bildung“ (Schulen, Volkshochschulen, Bibliotheken) mit 24,9 %, „Soziales“ (Gesundheit, Jugendarbeit, Sport) mit 25,1 % und „Verkehr“ (ÖPNV, Straßen und Radwege) mit 21,1 %. Diese drei Bereiche kristallisierten sich zu den Themenschwerpunkten heraus, und somit als Hauptansatzpunkte für die Politik. Auch hier ist wieder ein ähnliches Bild wie in der gesamten Stadt Potsdam erkennbar.

Auf die Frage nach ihrem ehrenamtlichen Engagement antworteten 22,4 % mit Ja und 77,6 % der Befragten mit Nein. Wieder ist das Bild in der gesamten Stadt Potsdam ähnlich. Hier zeigt sich zum ersten Mal die hohe Politikverdrossenheit der Bürger. Wenn sich die Befragten an Ehrenämtern beteiligen, dann hauptsächlich in Parteien, Kirchen und als erstes in Verbänden.

b) Verhältnis Bürger-Verwaltung-Politik (7-12)

Die erste Frage bezieht sich auf das Verhältnis der Bürger zur Verwaltung und wie sie es einschätzen. Es antworteten 38,2 % mit eher schlecht und 31,3 % der Befragten mit sehr schlecht. Eine eindeutige Tendenz auf ein eher schlechtes Verhältnis zur Verwaltung ist zu verzeichnen.

²⁰ Die Tendenz ist steigend, da insbesondere Abwanderung aus Berlin zu beobachten ist.

In der nächsten Frage wird die Befragung für das Verhältnis zwischen Bürger und Politik wiederholt. Hier zeigt sich das Ergebnis noch deutlicher. Es gaben 45 % der Befragten an, ihr Verhältnis zur Politik als eher schlecht zu bewerten und 38 % sogar als sehr schlecht.

Da auch das Gesamtbild für Potsdam Ähnlichkeiten in den Prozentzahlen aufweist, wird hier der Trend zu Politikverdrossenheit und mangelndem Vertrauen der Bürger zur Politik ganz deutlich.

Die weitergehende Frage beschäftigt sich genau mit diesem Komplex und möchte von den Befragten die Schwerpunkte der Problematik wissen. Als Hauptproblemfelder kristallisierten sich heraus: Beteiligung der Bürger an der Entscheidung städtischer Angelegenheiten mit 25,6 %; Information der Bürger über städtische Angelegenheiten mit 25,4 % der Befragten und als dritter Schwerpunkt wurde die Einsicht der Entscheidungen von 23,4 % der Befragten angeführt. Gesamtstädtisch für Potsdam lassen sich hier die gleichen Schwerpunkte festmachen.

Dieses Ergebnis zeigt ein mangelndes Vertrauen der Potsdamer Bürger zu Verwaltung und Politik, das aus einem Mangel an Transparenz und Beteiligung in Entscheidungen seitens der Verwaltung und Politik entsteht.

Die nächste Frage möchte von den Teilnehmern der Befragung wissen, welche Beteiligungsformen sie in der Vergangenheit bereits genutzt haben. Folgende Formen der Beteiligung wurden genannt: Die Einwohnerversammlung mit 20,3 %, die Bürgerbefragung mit 44,4 % sowie Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (12,0 %) als Hauptbeteiligungsformen. Auch hier deckt sich das Ergebnis des Sozialraumes mit dem der gesamten Stadt Potsdam.

c) Bürgerhaushalt und seine positive oder negative Auswirkung

75,6 % der Befragten gaben an, sehr schlecht über das Projekt Bürgerhaushalt informiert zu sein. Dazu kommen, dass 20,6 % der Befragten aussagten, eher schlecht über das Projekt informiert zu sein. Ein Anteil von 63,3 % der Befragten im Sozialraum fühlte sich sehr schlecht informiert und artikulierte dies teilweise auch.

Die Chancen eines Projektes Bürgerhaushalt schätzen 40,0 % mit gering ein, 38,8 % mit mittelmäßig, 14,1 % mit groß und 7,1 % sehen keine Chance. Die Mehrzahl der Befragten (mittel und groß) gibt dem Projekt Bürgerhaushalt also eine Chance der Umsetzung.

10,7 % der Befragten schätzen ein, dass ein Bürgerhaushalt sehr gute umsetzbare Vorschläge liefert, 55,4 % glauben an gute umsetzbare Vorschläge, 28,4 % eher schlechte umsetzbare Vorschläge und 5,4% bewerten diese Frage mit sehr schlecht. Zwei Drittel der Befragten vermutet damit, das Projekt Bürgerhaushalt generiere gut umsetzbare Vorschläge.

Die Bewertung der Frage, ob der Bürgerhaushalt zu einem effektiveren Mitteleinsatz führe, sieht unter den Befragten wie folgt aus: 7,7 % gaben sehr gut an, 40,4 % gaben gut an, 46,4 % gaben eher schlecht an und 5,8 % gaben sehr schlecht. Die Chancen eines effektiveren Mitteleinsatzes werden vom Großteil der Befragten als eher schlecht eingeschätzt.

Als nächstes bewerteten die Befragten, ob ein Bürgerhaushalt zu einer größeren Identifikation der Bürger mit der Stadt führen könnte. 26,3 % der Befragten meinen sehr gut, 47,4 % meinen gut, 22,8 % meinen eher schlecht und 3,5 % meinen sehr schlecht. In dieser Frage sehen die Befragten eine echte Chance im Bürgerhaushalt. Diese Frage wird tendenziell positiv bewertet.

Auch die Frage ob ein Bürgerhaushalt bürgerschaftliches Engagement fördert wird von den Befragten tendenziell positiv bewertet. 28,8 % beantworten die Frage mit sehr gut, 40,7 % mit gut, 28,8 % mit eher schlecht und 1,7 % mit sehr schlecht.

Zu einer mittleren Bewertung kommen die Befragten in der Frage, ob der Bürgerhaushalt Entscheidungshilfen für die Politik bieten kann. 11,5 % geben sehr gut an, 42,3 % gut, 42,3 % geben eher schlecht an und 3,8 % sehr schlecht.

Ebenfalls zu einer schlechten Bewertung kommen die Befragten in der Frage, ob der Bürgerhaushalt Akzeptanz für unpopuläre Sparmaßnahmen schafft. 9,1 % beurteilen dies mit sehr gut, 30,9 % beurteilen mit gut, 47,3 % mit eher schlecht und 12,7 % mit sehr schlecht.

Eher schlecht wird die Frage eingeschätzt, ob der Bürgerhaushalt die Lebenssituation der Befragten verbessern kann. 7,1 % werten mit sehr gut, 32,1 % werten mit gut, 42,9 % werten mit eher schlecht und 17,9 % mit sehr schlecht.

Wiederum zu einer mittleren Bewertung kommen die Befragten in der Frage, ob der Bürgerhaushalt zu viel Zeit der Stadtverwaltung bindet. 9,5 % der Befragten bewerten mit sehr gut, 44,6 % bewerten mit gut, 37,8 % bewerten mit eher schlecht und 8,1 % bewerten mit sehr schlecht.

Relativ hohe Zustimmung unter den Befragten spiegelt sich in der Bewertung der Frage wieder, ob der Bürgerhaushalt zur Selbstdarstellung von Parteien und Politikern ausgenutzt werden könnte. 23,5 % gaben an, der Haushalt diene sehr gut dazu, 49,5 % gaben an, das Projekt diene gut dazu, 21,2 % gaben an, das Projekt diene eher schlecht dazu und 5,9 % gaben an, es diene sehr schlecht dazu.

In der Frage, ob der Bürgerhaushalt unerfüllbare Erwartungen bei den Bürgern wecken könne, schätzten die Befragten die Gefahr tendenziell hoch ein. 18,1 % sprachen sich für sehr gut aus, 50,6 % für gut, 25,3 % der Befragten für eher schlecht und 6,0 % für sehr schlecht. Ebenfalls hoch ist die Einschätzung der Gefahr, dass der Bürgerhaushalt den Vertretern starker, organisierter Interessen eine neue Bühne bieten könnte. 27,3 % beurteilen die Gefahr mit sehr gut, 50,6 % beurteilen die Gefahr mit gut, 19,5 % beurteilen die Gefahr mit eher schlecht und 2,6 % beurteilen die Gefahr mit sehr schlecht.

In der abschließenden Frage des Komplexes wollten wir von den Befragten wissen, wie sie über das Projekt Bürgerhaushalt informiert werden wollen. Folgende Medien wurden als Hauptinformationswege genannt: Zeitung (34,3 %), Fernsehen (23,1 %) und das Internet (15,9 %).

Es lässt sich feststellen, dass die befragten Bürger unter anderem aufgrund der schlechten Informationssituation eine skeptische Haltung gegenüber dem Projekt Bürgerhaushalt haben. Außerdem glauben sie, dass in diesem Projekt große Gefahren liegen könnten. Die Meinung, dass die Politik den Bürgerhaushalt nutzen könnte, um eigene Interessen noch besser zu verwirklichen, ist hier ebenfalls ausschlaggebend.

d) Eigene Beteiligung am Projekt Bürgerhaushalt (27-29)

Die Frage, ob sich die Befragten generell am Projekt Bürgerhaushalt beteiligen würden, ergab folgendes: 43,9 % standen einer Beteiligung positiv gegenüber, während 56,1 % der Befragten eine Beteiligung ablehnten.

Anschließend wollten wir von den Bürgern wissen, wie sie sich in das Projekt Bürgerhaushalt einbringen würden. Mehrfachnennungen kamen vor. An Diskussionen würden 53,7 % der Antwortenden teilnehmen, auf eine Teilnahme an regelmäßigen Befragungen würden sich 21,3 % einlassen, 17,6 % der befragten Bürger würden aktiv bei Veranstaltungen mitwirken und 7,4 % würden weitere Bürger mobilisieren.

Abschließend sollten die Befragten angeben, für welches Territorium sie sich am Projekt Bürgerhaushalt engagieren würden. Gesamtstädtisch würden sich 45,8 % der Befragten für das Projekt engagieren und 56,1 % würden sich in ihrem Sozialraum für das Projekt engagieren.

Zusammenfassend ist festzustellen: Soll ein erneuter Versuch, einen Bürgerhaushalt in der Stadt Potsdam zu etablieren, von Erfolg gekrönt sein, bedarf es seitens der Politik und Verwaltung noch erheblich mehr an Transparenz, Engagement und vor allem wirkliche Einbindung des Bürgers in Entscheidungen, gerade im Hinblick auf den Informationsstand der Bürger zum Projekt Bürgerhaushalt.

Nach jetzigem Kenntnisstand sind die befragten Bürger eher skeptisch, misstrauisch, sogar desillusioniert eingestellt, wenn es ein Projekt Bürgerhaushalt in Potsdam betrifft. Hinzu kommen ein hoher Grad an Politikverdrossenheit und Aussichtslosigkeit.

4. Abschlussbetrachtung

Grundsätzlich muss der Ansatz der Stadt Potsdam zur Einführung von Bürgerkommune und Bürgerhaushalt kritisiert werden: Die finanzielle Schieflage der Stadt darf nicht Ausgangspunkt partizipativer Projekte sein! Es ist zu erwarten, dass der Bürger nicht erfolgreich aktiviert werden kann, wenn er keine positiven Anreize erhält. Die Motivation des Bürgers zur Teilnahme entsteht aus persönlicher Betroffenheit und der Möglichkeit sich persönlich zu verbessern, wie während mehrerer Gespräche deutlich wurde.

Überdies ist zu erwarten, dass auf Veranstaltungen wie dem avisierten Bürgerhaushalt Vertreter organisierter Interessen stärker partizipieren als der nicht-gebundene individuelle Bürger. Insofern sollte verhindert werden, dass die „üblichen Verdächtigen“ die Mehrzahl der Teilnehmer in einem Umfeld stellen, in welchem sich 2/3 der Bürger überhaupt nicht ehrenamtlich engagieren und vom verbleibenden Drittel 65 % in Vereinen wie Sportvereinen organisiert sind. Wenn Partizipation angestrebt wird, sollten daher insbesondere die Bürger angesprochen werden, die bisher von direkter Mitentscheidung ausgeschlossen werden.

Ohne verstärkte Anstrengungen der Stadt Potsdam sind der Erfolg des Projektes Bürgerhaushalt im Einzelnen und die Erweiterung partizipativer Demokratie im Allgemeinen in Gefahr. Hierzu sind zwei Komponenten hervorzuheben:

1. Demokratie kostet Geld. Daher sollten auch die erforderlichen Mittel zur Partizipation bereitgestellt werden.

2. Die Bürgerschaft sollte mittels geeigneter Medien für eine aktive Zusammenarbeit mobilisiert werden. Denkbar sind hier Kooperationen mit den Medien, z.B. RBB und PNN, die weit über die bisherigen Anstrengungen wie Zeitungsberichte auf Seite 20 oder Stadtwerkezeitung hinausgehen und eine gewichtige informierend-aufklärende Rolle übernehmen.

Wenn beide Komponenten erfüllt sind, ist auch denkbar, dass in der ernsthaften Aushandlung von Investitionsvorhaben auch ein effizienterer Mitteleinsatz möglich wird, wodurch letztendlich der Haushalt real entlastet würde. Von einer kurzfristigen Betrachtungsweise ist abzusehen, da es mehrere Durchläufe von Bürgerhaushalten geben muss, damit das Projekt bei Politik und Verwaltung vom Prozess her und beim Bürger vom Bewusstsein her so weit implementiert ist, dass das Potential der Bürgerschaft real nutzbar wird.

Nachhaltige Erhöhung der Transparenz von Haushaltsentscheidungen und Verwaltungshandeln, Verbesserung der Informationslage, aktive Bürgerbeteiligung, bessere Akzeptanz der Entscheidungen und letztlich auch Identität erfordern einen hohen Stellenwert auf der Agenda der Politik. Es sollte eine politische Selbstverständlichkeit sein, von eigener Profilierung abzusehen und einen vernünftigen Rahmen für die „Konsultation öffentlicher Finanzen“²¹ zu schaffen.

Transparenz von Haushaltsentscheidungen und Verwaltungshandeln kann durch kluge, mittel- bis langfristige Personalentwicklung unterstützt werden, denn Ursache für Intransparenz sind die politische Kultur und das Selbstverständnis von Verwaltungshandeln, die evolutionär zur Selbsterhaltung angelegt sind. Hier ist besonders auf Seiten der Bürgerschaft die politische Apathie zu überwinden und politischer Druck auf die Akteure in Politik und Verwaltung aufzubauen.

Ein wesentliches Ergebnis der Bürgerbefragung im Sozialraum V ist schlicht die Unkenntnis von Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Gestaltung und Entwicklung der Stadt und des Stadtteils. Wenn, wie bislang oft praktiziert, die Entscheidungsträger der Stadt nur ein unzureichendes Interesse haben, ihre Entscheidungshoheit zu lockern, demzufolge der Bürgerschaft nicht die bes-

²¹ Herzberg/Röcke/Sintomer 2006, S. 9.

ten und interessant aufbereiteten Informationen zur Verfügung stellen, wird auch die Beteiligung der Bürger weiterhin zu wünschen übrig lassen.

Die Chance des Projektes Bürgerhaushalt liegt in der Aktivierung der Bürgerschaft, also der Überwindung langjährig entstandener „Politikerverdrossenheit“, welche als tiefes Misstrauen gegenüber der Ehrlichkeit und der Vertrauenswürdigkeit von (einzelnen) Politikern bei der Befragung zu Tage trat.

Das Schaffen von Zufriedenheit und Identität in Bezug zur Stadt, in Bezug zu Politik und Verwaltung hängt maßgeblich von der Ernsthaftigkeit und Klarheit politischer Ziele ab. Um jedem einzelnen Bürger diese Ernsthaftigkeit zu vermitteln, ist es ein guter Weg, ihm mittels Bürgerhaushalt eine Mitwirkung bei der Entscheidung über finanzielle Prioritäten zu ermöglichen. Voraussetzung dafür ist allerdings die Schaffung einer bürgerorientierten Verwaltung und eine Politik, die von der nominellen Mehrzahl der Bürger unterstützt und von einer Minderzahl zumindest als gangbarer Weg toleriert wird.

Ein weiteres wichtiges Instrument für den Erfolg der Bürgerkommune und des Bürgerhaushaltes ist die Einbeziehung aller relevanten Akteure. Ausbaufähig ist die Einbeziehung der Wirtschaft, von Stiftungen, von Vereinen und anderen externen Partnern. Auch im Sozialraum V wird ein Moderator mit Vermittlungskompetenz zwischen den verschiedenen Interessengruppen beim Bürgerhaushalt gewünscht.

Das Projekt Bürgerkommune und das Teilprojekt Bürgerhaushalt in Potsdam sind gute Ansätze zur Verbesserung des Verhältnisses im Vieleck Bürger, Politik, Verwaltung sowie Wissenschaft und Wirtschaft. Es hat das Potential, neue Brücken zwischen diesen Akteuren zu bauen und die Lebensqualität und die Identität mit der Stadt dauerhaft zu verbessern. Die aufgezeigten Defizite sind nur mit langem Atem abbaubar. Daher ist ein guter Start für einen langfristigen Erfolg des Projektes notwendig²², ein Projekt, das als Investition in die Zukunft Potsdams verstanden werden sollte.

²² Der Bürgerhaushalt 2006 sollte hier nicht als Vorbild dienen.

Sozialraum VI

Von Roman Piffremment und Hardy Seemann

1. Einleitung

Im Rahmen des Projektseminars galt es, auf die nichtorganisierte Bürgerschaft zuzugehen. Mit Hilfe einer Befragung in den Stadtteilen wollten wir den Wissensstand der Einwohner bezüglich des Projektes „Bürgerhaushalt der Stadt Potsdam“ in Erfahrung bringen, um die Ergebnisse mit der vorangegangenen Befragung der organisierten Bürgerschaft zu vergleichen. Der zuvor erstellte standardisierte Fragebogen wurde von allen sechs Arbeitsgruppen genutzt, um anschließend auch einen Vergleich zwischen den einzelnen Sozialräumen durchführen zu können.

Dieser Bericht für den Sozialraum VI – Schlaatz, Waldstadt und Potsdam-Süd – ist entsprechend den Themenblöcken des Fragebogens gegliedert. Einem Überblick über die Sozialdaten folgt die Fragebogenauswertung zum Bürgerhaushalt, einschließlich der Abfrage zur Einschätzung der städtischen Lebensqualität, dem eigenen ehrenamtlichen Engagement sowie dem Verhältnis zwischen Bürger, Politik und Verwaltung.

In einem weiteren Komplex wurden die Interviewpartner nach den für sie abschätzbaren positiven Wirkungen, aber auch auftretenden Problembereichen des Bürgerhaushaltes befragt. Aufgabe der Arbeitsgruppe war es ferner, Informationen über die Beteiligungsbereitschaft jedes Einzelnen im Rahmen der Aufstellung des Bürgerhaushaltes zu sammeln. Abschließend fasst die Gruppe die gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen thesenartig zusammen und gibt einen Ausblick für den Bürgerhaushalt in Potsdam.

Als Befragungsmethode wurde von der Projektgruppe ausschließlich das face-to-face-Interview genutzt. Anfängliche Überlegungen zu einer ergänzenden Telefonbefragung bzw. der Versendung der Fragebögen per Post wurden sehr schnell verworfen. Zum einen waren die monetären Voraussetzungen nicht gegeben, um eine Umfrage per Telefon kostengünstig durchzuführen. Zum anderen hatte die Gruppe Zweifel, dass die Rücklaufquote bei einer Briefbefragung ein angemessenes Ergebnis liefern würde. Die Befragung beschränkte sich zudem auf einen Personenkreis mit einem Lebensalter ab 16 Jahren, da ab diesem Alter Interesse bzw. Erfahrungen hinsichtlich kommunaler Themen erwartet werden können.

Bei der Durchführung der face-to-face-Interviews wurden Orte im öffentlichen Raum gewählt, wie Einkaufszentren, Eingangsbereiche von Supermärkten und sonstige zentrale Punkte des täglichen Lebens in den einzelnen Stadtteilen. Im Verlauf der Befragungsphase führten die Gruppenmitglieder auch einzelne Interviews auf dem Weg zu bzw. an den öffentlichen Bus- und Straßenbahnhaltestellen. So war es möglich, eine angemessene Anzahl an Interviews zu erreichen. Die Auswertung stützt sich auf 101 ausgefüllte Fragebögen.

2. Sozialraumdaten

Der Sozialraum VI befindet sich im Süden der Landeshauptstadt Potsdam und umfasst die Stadtteile Südliche Innenstadt (ohne Zentrum Ost), Templiner Vorstadt, Teltower Vorstadt, Schlaatz, Waldstadt I, Waldstadt II, Industriegelände, Forst und Potsdam Süd.

Dieser, als Potsdam Süd bezeichnete Stadtbezirk, hat mit 29.134 Einwohnern (2005) die höchste Einwohnerzahl. Allerdings hat er seit 1991 auch den größten Verlust von ca. 9.200 Einwohnern zu verzeichnen. Allein 93,0 % der Verluste mussten dabei die vom DDR-Plattenbau geprägten Stadtteile Schlaatz und Waldstadt II verkraften. Der Schlaatz verlor mit 4.200 Einwohnern ein Drittel der Bevölkerung innerhalb von 14 Jahren. Die Waldstadt II registrierte einen Rückgang um 4.050 auf 9.430 Einwohner. Derzeit stagniert die Bevölkerungszahl bei etwa 29.000 Einwohnern.²³

Die Befragung im Sozialraum VI erstreckte sich über einen Zeitraum von einem Monat. Es wurden die Antworten und allgemeinen Daten zur Person von 101 Einwohnern gesammelt. Die Geschlechterverteilung der Befragten stellte sich dabei sehr ausgeglichen dar (männlich 51,5 % und weiblich 48,5 %).

Im Vergleich dazu stellt sich die Bevölkerungsstruktur aus den gesamtstädtischen Sozialdaten in seiner Verteilung homogener dar, als die gewonnenen Daten im hier untersuchten Sozialraum VI. So weisen die Angaben der Stadt Potsdam in der Altersgruppe der 35- bis 50jährigen mit 22,1 % die stärkste und die Gruppe der 18- bis 24jährigen mit 10,5 % die schwächste Zusammensetzung auf. Vorliegend findet sich die höchste Anzahl an Befragten ebenfalls in der Gruppe der 35- bis 50jährigen, jedoch weist sie mit 29,7 % einen erheblich höheren Wert auf. Die Anteile der Unter-18jährigen (4,0 %) und der Über-

²³ vgl. Landeshauptstadt Potsdam, Statistischer Informationsdienst 2/2007.

65jährigen (7,9 %) als kleinste Gruppen liegen jedoch noch unter dem Wert der kleinsten Gruppe der städtischen Daten.

Im gesamtstädtischen Vergleich ist die gleiche Struktur festzustellen, wie in den Stadtteilen Schlaatz, Waldstadt und Potsdam-Süd. Dies hängt mit dem Befragungsziel und der damit verbundenen Personenauswahl zusammen. Um die Beteiligungsbereitschaft der nichtorganisierten Bürgerschaft bei der Aufstellung des Bürgerhaushaltes in Potsdam erheben zu können, wurde von einer Auswahl minderjähriger Bewohner weitestgehend abgesehen. Somit ist der geringe Wert der jüngsten Altersgruppe nachvollziehbar. Der niedrige Zahlenwert in der ältesten Personengruppe ist aufgrund der gewählten Orte und Tageszeiten zu erklären, die eine Befragung dieses Klientels kaum ermöglichen.

Im Abschlussbericht zum Bürgerhaushalt der Stadt Potsdam aus dem Jahr 2006 wird der Vorwurf der „Ghettoisierung“ angesprochen. Dieser bezieht sich, verglichen mit anderen Stadtteilen, auf die schwierigen sozialen Verhältnisse in den Stadtteilen Schlaatz und Waldstadt sowie Stern und Drewitz. Neben der bereits genannten Arbeitslosenquote unterscheiden sich auch die Angaben zu Bildung und Beruf zum Teil stark von den gesamtstädtischen Ergebnissen.²⁴

In der Frage nach dem höchsten Bildungsabschluss gab es die Antwortmöglichkeiten: Universität, Fachhochschule, Abitur, Berufsausbildung, 10. Klasse und kein Abschluss. Bei der Befragung in Potsdam ergaben die Anteile der Gruppe „Berufsausbildung“ im Sozialraum VI mit 33,0 % und im gesamtstädtischen Ergebnis mit 34,5 %, einen nahezu identischen Wert. Die weitere Verteilung unterscheidet sich hingegen erheblich. Die zweitgrößte Gruppe auf gesamtstädtischer Ebene ist mit 22,4 % die mit dem höchsten Bildungsabschluss Abitur. Die Verteilung zwischen den verbleibenden Gruppen, mit Ausnahme der 1,4 % bei „kein Abschluss“, ist dann sehr ausgeglichen. In den Stadtteilen Schlaatz, Waldstadt und Potsdam-Süd sind 37,0 % beim Bildungsabschluss „10. Klasse“ besonders auffällig, zumal dieser Wert von keinem anderen Sozialraum auch nur annähernd erreicht wird (Bsp.: SR I – Nördliche Gebiete – 23,3 %; SR IV – Babelsberg/Zentrum Ost – 12,0 %). Zudem liegen die Anteile im Sozialraum VI für die drei höchsten Abschlüsse erheblich unter den Werten des gesamten Stadtgebietes.

Die aktuelle Berufstätigkeit der Befragten im Sozialraum VI weist im Vergleich zum gesamten Stadtgebiet drei markante Zahlenwerte auf. Der Anteil der

²⁴ vgl. Franzke/Kleger 2006 (Hrsg.), S. 84.

Angestellten ist mit 35,4 % erheblich höher als der gesamtstädtische Anteil (25,9 % Angestellte). Die Gruppe der sich in Ausbildung befindenden Personen erreicht im untersuchten Sozialraum (13,1 % in Ausbildung) einen um zehn Prozentpunkte geringeren Wert als im restlichen Stadtgebiet (23,6 % in Ausbildung). Die Erwerbslosigkeit im Sozialraum VI liegt mit 21,2 % weit über dem Wert der Stadt Potsdam (12,6 %).

Die aktuellen Zahlen der Arbeitslosenstatistik (siehe Abbildung 41) der Stadt Potsdam bestätigen das Ergebnis der Befragung. Der Arbeitslosenanteil ist mit 12,3 % im Stadtbezirk Potsdam-Süd, bestehend aus sieben Stadtteilen (u.a. Schlaatz, Waldstadt I und Waldstadt II), erheblich höher als in den anderen Stadtbezirken. Der Stadtteil Schlaatz weist sogar eine Arbeitslosenquote von 17,5 % auf (vgl. Landeshauptstadt Potsdam, Statistischer Informationsdienst 4/2007).

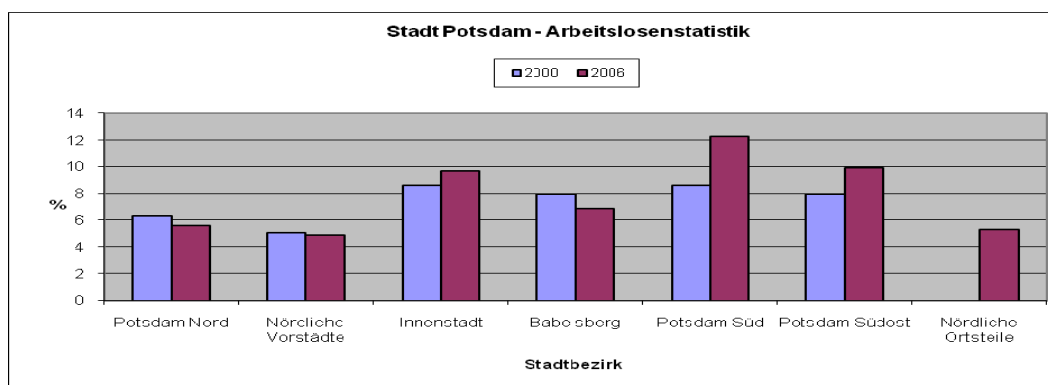


Abbildung 41: Arbeitslosigkeit in Potsdam nach Stadtbezirken

3. Auswertung der Befragung

3.1. Lebensqualität und eigenes Engagement

Um die Aussagen der Befragten zum Bürgerhaushalt und den zu erwartenden Auswirkung besser einordnen zu können, wurde zunächst nach der Lebensqualität, dem Verbesserungsbedarf im Stadtteil und dem eigenen ehrenamtlichen Engagement gefragt. Aufgrund der Sozialdaten wurde deutlich, dass der Sozialraum VI und besonders der Schlaatz und die Waldstadt II schwierigere Sozialstrukturen im Vergleich zu den anderen Stadtteilen aufweisen.

Die Bewohner des Sozialraumes VI gaben zu 97,0 % an, dass sie sich in Potsdam wohl fühlen. Dieses Ergebnis entspricht auch dem gesamtstädtischen Wert von 96,4 %. Ein Zusammenhang zwischen der Erwerbssituation der Ein-

wohner und der allgemeinen Aussage des Wohlfühlens bzw. der Lebensqualität ist daher nicht zu vermuten.

Bei der Erhöhung der Lebensqualität sehen die Befragten (siehe Abbildung 42) den größten Handlungsbedarf in den gesellschaftlichen Feldern „Soziales“ (26,6 %) und „Verkehr“ (22,0 %). Als besonders verbesserungswürdig wurden die Jugendarbeit sowie die Betreuung der Senioren genannt. Der Ausbau von öffentlichen Wegen wird auch zukünftig, trotz der mittlerweile erkennbaren Verbesserungen, als wichtig angesehen.

Sozialraum VI		Handlungsbedarf	Gesamtstadt	
Anzahl	Häufigkeit		Anzahl	Häufigkeit
38	17,8 %	Bildung (Schulen, Volkshochschulen, ...)	281	23,6 %
25	11,7 %	Kultur (Museen, Theater, ...)	143	12,0 %
42	19,6 %	Wohnen	166	13,9 %
57	26,6 %	Soziales (Gesundheit, Jugendarbeit, ...)	277	23,2 %
47	22,0 %	Verkehr (ÖPNV, Straßen, Radwege, ...)	266	22,3 %
5	2,3 %	Sonstiges	60	5,0 %
214	100,0 %	Gesamt	1193	100,0 %

Abbildung 42: Handlungsbedarfe zur Verbesserung der Lebensqualität, Vergleich Sozialraum VI (101 Befragter) und Gesamtstadt (564 Befragte), Mehrfachnennungen möglich.

In der Gesamtauswertung wurde jedoch der Bereich „Bildung“ (Schulen, Volkshochschulen, Bibliotheken) mit 23,6 % erheblich öfter genannt als im Sozialraum VI. In dieser Rubrik sahen nur 17,8 % der Befragten einen erhöhten Handlungsbedarf. Auch im Vergleich zu den fünf anderen Sozialräumen, in denen immer mehr als ein Fünftel zustimmten, ist dieser Wert als auffällig zu betrachten. Ein anderes Bild zeigt der Bereich „Wohnen“, in dem der Sozialraum VI mit 19,6 % den höchsten Wert aufweist. In den übrigen Sozialräumen sehen hier nur 12,7 % eine Notwendigkeit zur Verbesserung. Im Verlauf der Befragung war zu erkennen, dass die Betreuung der Jugendlichen über die Erweiterung der Bildungsmöglichkeiten gestellt wird. Die Erhöhung der Wohnqualität wurde, vergleichbar mit der Verbesserung der Verkehrssituation, trotz der bisherigen Sanierungen und Wohnumfeldverbesserungen als wichtig angesehen.

Die Frage nach dem ehrenamtlichen Engagement der Einwohner sollte klären, inwieweit sie in der Vergangenheit bereit waren, sich über Vereine, Verbände oder andere Organisationen für öffentliche Belange im Stadtteil einzusetzen. Etwas mehr als ein Drittel der Befragten (36,7 %) bestätigten eine ehrenamtliche Tätigkeit. Dieser Wert ist höher als das gesamtstädtische Engagement (29,3 %). Dennoch wurde während der Befragung deutlich, dass diese Tätigkeit in einer Organisation vielmehr der eigenen Freizeitgestaltung dient. Von den 36 ehrenamtlich tätigen Personen benannten (es waren Mehrfachnennungen möglich) 30 den Verein als ihr Wirkungsfeld, sehr häufig handelte es sich dabei um Sportvereine. An zweiter Stelle wurde der Verband von sieben Personen genannt. Gesamtstädtisch ist die Verteilung vergleichbar.

3.2 Verhältnis Verwaltung – Bürger – Politik

Zu Beginn der Befragung stellte sich heraus, dass sich die Bewohner des Sozialraumes VI in Potsdam wohl fühlen. Dennoch wird von vielen Befragten ein großer Handlungsbedarf in einigen öffentlichen Bereichen gesehen. Die Bewertung des Verhältnisses der Einwohner zur Verwaltung bzw. zur Politik in der Stadt Potsdam sollte zeigen, wie die Interviewten die Verantwortlichkeiten in ihrer Stadt einschätzen und wie sich das von der „öffentlichen Hand“ bisher Geleistete und Nicht-Geleistete auf dieses Verhältnis auswirkt.

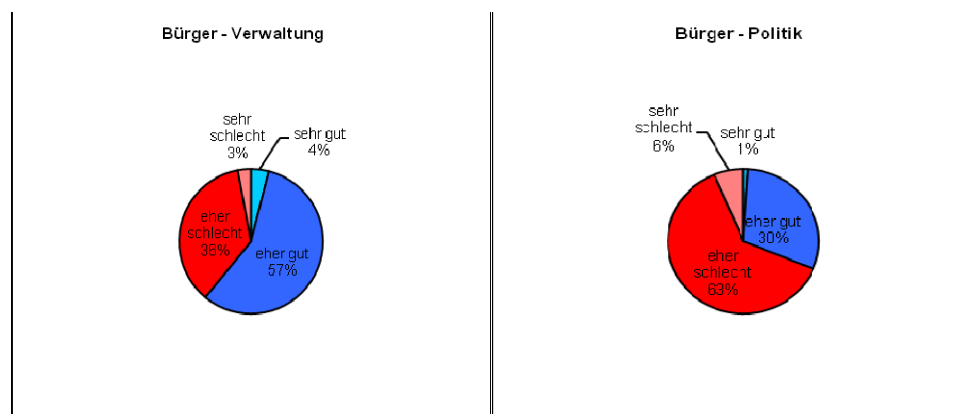


Abbildung 43: Verhältnis der Bürger zur Stadtverwaltung und Stadtpolitik, Sozialraum VI

Um die Tendenz zur Mitte auszuklammern, wurden vier Antwortmöglichkeiten (sehr gut, eher gut, eher schlecht, sehr schlecht) vorgegeben. Im Ergebnis (siehe Abbildung 43) zeigt sich, dass über die Hälfte der Befragten in den Gebieten Schlaatz, Waldstadt und Potsdam-Süd das Verhältnis zur Verwaltung als eher gut (57,0 %) bewerten. Das ist im Vergleich zu den anderen Sozialräumen der höchste Wert. Weitere vier Prozent schätzen es sogar als sehr gut ein. Die Interviewten der Gesamtstadt Potsdam sehen die Relationen zwi-

schen gut und schlecht gegenüber der Verwaltung als ausgeglichen an (49,9 % zu 50,1 %).

Im Gegensatz dazu beurteilen drei Viertel der Potsdamer Bürger das Verhältnis zur Politik als schlecht, davon 21,2 % sogar als sehr schlecht. Auch in diesem Fall fällt das Ergebnis der Befragung im Sozialraum VI etwas differenzierter aus (siehe Abbildung 43). Mit 62,5 % gehen fast zwei Drittel von einem eher schlechten Verhältnis aus, doch nur 6,3 % bescheinigten ein sehr schlechtes Verhältnis zur Politik. In den weiteren Sozialräumen erstreckt sich dieser Wert von 14,0 % bis 38,0 %.

Um dieses Ergebnis etwas spezifizieren zu können, wurde auch nach problematischen Bereichen im Verhältnis Bürger, Verwaltung und Politik gefragt. Dabei konnten die Befragten zwischen fünf Gebieten wählen und zudem noch „Sonstiges“ benennen. Im Sozialraum VI wurden die „Beteiligung der Bürger an der Entscheidung städtischer Angelegenheiten“ (23,9 %) und die „Einsicht in die Entscheidungen der Stadt“ (22,2 %) nahezu gleich stark als problembelastet angesehen, ebenso die „Information der Bürger über städtische Angelegenheiten“ (21,7 %) und die „Zufriedenheit der Bürger“ (20,6 %). Hingegen wird die „Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt“ (9,4 %) von den Befragten als nicht so bedeutsam im Verhältnis zwischen den drei Akteuren bewertet.

Neben dem subjektiven Verhältnis der Bürger zur Politik bzw. Verwaltung der Stadt ist auch das Interesse der Einwohner an einer zukünftigen Mitwirkung an städtischen Angelegenheiten von Bedeutung, um Rückschlüsse auf die Umsetzungschancen des Konzeptes Bürgerhaushalt ziehen zu können.

Bei der Frage nach der bisherigen eigenen Mitwirkung wurden acht mögliche Betätigungsfelder vorgegeben, aber auch die Möglichkeit eingeräumt, weitere Formen zu nennen. Es waren Mehrfachnennungen möglich, jedoch zeigte sich im Ergebnis, dass von 101 befragten Personen im Sozialraum VI nur 109 Angaben gemacht wurden. Somit beteiligte sich in der Vergangenheit durchschnittlich nur jeder Zwölfte mehr als einmal an städtischen Angelegenheiten. In allen anderen Sozialräumen sieht diese Zahl nur geringfügig besser aus. Als häufigste Formen der Mitwirkung wurden in den Stadtgebieten Schlaatz, Waldstadt und Potsdam-Süd die Bürgerbefragung (44,0 %), das Bürgerbegehren und der Bürgerentscheid (22,0 %) sowie die Einwohnerversammlung (11,9 %) genannt. Die Einwohnerfragestunde und auch die Anhörung von Einwohnern wurden von den Befragten nicht genutzt.

3.3 Bürgerhaushalt Potsdam

3.3.1. Kenntnisstand zum Konzept

Um sich ein inhaltliches Bild über ein innovatives Partizipationsinstrument wie den städtischen Bürgerhaushalt machen zu können, sollte der Einzelne über einen Kenntnisstand verfügen, der es ihm erlaubt, Auswirkungen und Umfang dieses Konzeptes zumindest tendenziell beurteilen zu können. Auf die Frage, wie gut der Interviewpartner über das Konzept Bürgerhaushalt informiert ist, antwortete der überwiegende Teil mit 46,5 %, er fühle sich sehr schlecht und 44,6 % als eher schlecht informiert. Demgegenüber verfügten gerade einmal 7,9 % über einen eher guten und nur 1 % über einen sehr guten Kenntnisstand. Vergleicht man diese Daten mit dem gesamtstädtischen Ergebnis kommt man zu einem ähnlichen Resultat. Der weitaus größere Teil der befragten Einwohner ist mit 90,9 % eher und sehr schlecht unterrichtet und nur 9,1 % fühlen sich informiert. Wie die Abbildung 44 verdeutlicht, ist bei diesem Vergleich folgendes auffällig: 60 % auf gesamtstädtischer Ebene fühlen sich sehr schlecht informiert, hingegen sind im Sozialraum VI 46,5 % der Befragten gänzlich uninformatiert.

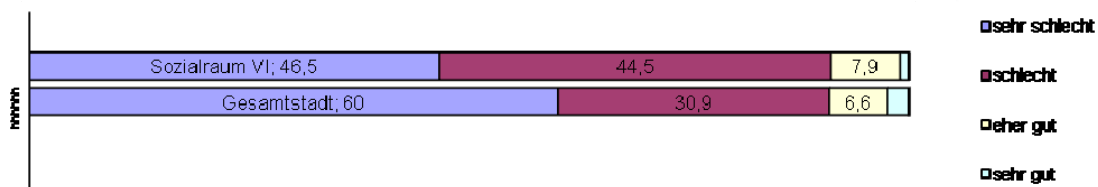


Abbildung 44: Informationstand zum Projekt Bürgerhaushalt der Stadt Potsdam

Dieser Unterschied relativiert sich jedoch, werden die erfassten Ergebnisse auf der Seite der schlecht Informierten kumuliert. Dann sind auf beiden Befragungsebenen 90,9 % uninformatiert.

3.3.2. Umsetzungschancen des Konzeptes

Kann ein Einwohner der Stadt Potsdam seine Meinung zu den Umsetzungschancen des Konzeptes Bürgerhaushalt äußern, dessen Werdegang und inhaltliche Ausgestaltung für ihn unbekannt sind? Diese Frage muss mit Blick auf die vorangegangenen Ergebnisse gestellt werden. Zur Beantwortung kann folgendes gesagt werden: Im Sozialraum VI könnten sich 47,4 % der Befragten vorstellen, dass das Konzept praktisch umsetzbar ist. Auf der anderen Seite sehen 46,6 % nur geringe Chancen für seine Durchführung. Zu einer eindeutigen Aussage kommt ein statistisch geringer Teil von 3,1 %. Dieser

sieht große bzw. keine Umsetzungschancen. Im gesamtstädtischen Vergleich sehen 12,4 % keine Aussichten für die Umsetzung und 7,9 % durchaus positive Chancen. Erkennbar ist demnach ein durchaus differenziertes Meinungsbild (siehe Abbildung 45).

Chancen auf Umsetzung	Sozialraum VI (Ergebnisse in Prozent)	Gesamtstadt (Ergebnisse in Prozent)
groß	3,1	7,9
mittel	47,4	40,9
gering	46,4	38,8
keine	3,1	12,4

Abbildung 45: Chancen für die Umsetzung eines Bürgerhaushaltes in Potsdam, Vergleich Sozialraum VI (101 Befragte) und Gesamtstadt (564 Befragte)

3.3.3. Absehbare Wirkungen des Bürgerhaushaltes

Die Einschätzungen der Bürger zu möglichen positiven und negativen Folgen dieses Beteiligungskonzeptes sind folgend abgegeben worden. Die Beteiligten waren angehalten, zu vorgegebenen Thesen Stellung zu nehmen, die aus dem Fragebogen des Projektseminars aus den Jahren 2005/2006 entnommen wurden.²⁵ Sieben Sätze mit Pro-Argumenten und vier mit möglichen Problembereichen fanden dabei wiederholt Anwendung. Von den 101 Befragten gaben durchschnittlich 93 in diesem Fragenkomplex jeweilig eine Antwort ab (siehe Abbildung 46).

²⁵ vgl. Franzke/Kleger (Hrsg.) 2006: S. 229.

Fragen in Kurzform/ Antwortvorgaben	Sehr wahrscheinlich	eher wahrscheinlich	unwahrscheinl.	Sehr unwahrscheinl.	Gesamt (Anzahl der Benennungen)
1.liefert umsetzbare Vorschläge	9,5 % (9)	48,4 % (46)	42,1 % (40)	0,0 % (0)	100% (95)
2.führt zu effektiveren Mitteleins.	5,3 % (5)	52,6 % (50)	38,9 % (37)	3,2 % (3)	100% (95)
3.grössere Identifikation mit Stadt	18,8 % (18)	50,0 % (48)	29,2 % (28)	2,1 % (2)	100% (96)
4.fördert bürgerschaftl. Engagem.	13,8 % (13)	52,1 % (49)	30,9 % (29)	3,2 % (3)	100% (94)
5.bietet Entscheidungsh. f. Pol.	13,8 % (13)	30,9 % (29)	44,7 % (42)	10,6 % (10)	100% (94)
6.schafft Akzeptanz f. unpop. Sp.	2,2 % (2)	29,7 % (27)	59,3 % (54)	8,8 % (8)	100% (91)
7.verbessert eig. Lebenssituation	2,2 % (2)	35,9% (33)	38,0% (35)	23,9% (22)	100% (92)
8.bindet zu viel Zeit der Verwaltg.	4,3% (4)	32,3% (30)	43,0% (40)	20,4% (19)	100% (93)
9.Selbstdarstellg. d. Parteien & P.	17,2% (16)	59,1% (55)	19,4% (18)	4,3% (4)	100% (93)
10.weckt unerfüllbare Erwartung.	7,7% (7)	41,8% (38)	40,7% (37)	9,9% (9)	100% (91)
11.neue Bühne für organ. Vertret.	16,7% (15)	37,8% (34)	33,3% (30)	12,2% (11)	100% (90)
Alle	10,2% (104)	42,9% (439)	38,1% (390)	8,9% (91)	100% (1024)

Abbildung 46: Mögliche Wirkungen des Bürgerhaushalts, 101 Befragte, Sozialraum VI, Mehrfachnennungen möglich

Zunächst wurden die Interviewpartner in diesem Fragenkomplex nach den zukünftig positiven Wirkungen des Bürgerhaushaltes befragt. Die nachfolgenden prozentualen Ergebnisse beziehen sich dabei auf die kumulierten Ergebnisse der jeweils für wahrscheinlich bzw. für unwahrscheinlich gehaltenen Argumente.

Der überwiegende Teil der Befragten von insgesamt 57,9 % hält es für gut möglich, dass die im Bürgerhaushalt gesammelten Meinungsvorschläge im jeweiligen Kontext auch umsetzbare Lösungen hervorbringen. Demgegenüber hält es ein geringerer Anteil von 42,1 % für unwahrscheinlich. Diese Personen sind nicht der Ansicht, dass Sachverstand und vor allem Erfahrungen aus dem Alltagswissen der Bürger zur Verbesserung der Umsetzbarkeit führen.

Schaut man sich das Meinungsspektrum auf die Frage an, ob durch das Einbringen von Bürgervorschlägen ein effektiverer Mitteleinsatz erarbeitet werden kann, zeigen sich dieselben prozentualen Ergebnisse. 57,9 % stehen dieser Aussage positiv gegenüber und 42,1 % der Befragten halten diesen Effekt für unwahrscheinlich.

Einige der an der Befragung beteiligten Personen kamen auf eine von ihnen empfundene Vernachlässigung der städtischen Randgebiete durch die Politik zu sprechen. Auf Nachfragen konkretisierten diese ihre Meinung im Rahmen der schwierigen sozialen Verhältnisse, für deren Lösung zu wenig getan werde (vergleiche Abschnitt 3.1). Daraus resultiert auch eine verstärkte Politikverdrossenheit. Unter anderem kann der Bürgerhaushalt durch den integri-

ven Willensbildungsprozess, in dem alle Potsdamer im Dialog zum Vorteil ihres Stadtteils beitragen können, zentrifugale Kraft in Richtung eines „Wir-In-Potsdam-Gefühls“ besitzen. So kann sich eine Mehrheit von fast 70 % vorstellen, dass der Bürgerhaushalt durchaus nachhaltig eine Verbesserung der Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt zur Folge haben kann.

Die Einbindung in den Willensbildungsprozess über zentrale und dezentrale Bürgerversammlungen steigert auch die Kompetenz zur Mitentscheidung. Damit können sich das Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen und der Grad der Eigengestaltung im Stadtteil erhöhen. 66 % der Interviewten sind deshalb der Ansicht, das Konzept schaffe es, bürgerschaftliches Engagement zu fördern.

Im politischen Willensbildungsprozess werden Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung gerade im Rahmen intensiv diskursiver Themenbereiche über einen längeren Zeitraum und mit zum Teil heftigen Auseinandersetzungen geführt. Auch hier sind in der Bevölkerung punktuell eine zunehmende Verunsicherung des Einzelnen und eine Festigung der Politikverdrossenheit absehbar. Doch ist es aus funktionaler Perspektive wünschenswert, wenn der Bürgerhaushalt als Entscheidungshilfe für die politischen Akteure dienen kann. Dieser Aussage steht ein überwiegender Teil von 55,3 % der Befragten skeptisch gegenüber und hält es für unwahrscheinlich, dass das Konzept zukünftig eine derartige Wirkung entfalten kann.

Die Landeshauptstadt Potsdam weist derzeit einen Haushaltsfehlbetrag von 10,1 Mio. € auf.²⁶ Bei näherer Betrachtung relativiert sich diese finanzielle Lage allerdings. Setzt man sich mit der Einnahmeentwicklung und der Schuldentwicklung auseinander, zeigt sich, dass bis 2010 ein ausgeglichener Haushalt betriebswirtschaftlich zumindest möglich ist. Die Umstellung auf die „doppische“ Haushaltsführung ist in diesem Kontext von zentraler Bedeutung und wird gegenwärtig in den zuständigen Geschäftsbereichen praktiziert. Ziel der neuen Buchführungssystematik ist eine Erhöhung von Effektivität und Wirtschaftlichkeit, die den Akteuren so den kommunalen Handlungsspielraum erweitert.²⁷ Dadurch soll auch eine transparente Führung des Haushaltes ermöglicht werden. Aktive Bürger, die sich in den Bereichen Jugend, Sport und Bildungseinrichtungen engagieren, können so besser in den Diskurs eingebunden werden. Nehmen doch gerade diese Akteure mit der hohen Nachfrage nach kommunalen Geldleistungen an der städtischen Politik teil. Erhöhtes Kostenbewusstsein für die Haushaltslage und auch Verständnis für die politischen Zwänge von Politik und Verwaltung können sich einstellen.

²⁶ Landeshauptstadt Potsdam: Präsentation zur Bürgerversammlung am 11. Januar 2007.

²⁷ Ebenda.

Auf die Frage an die Interviewteilnehmer, ob durch das Konzept des Bürgerhaushaltes eine größere Akzeptanz für unpopuläre Sparmaßnahmen bei den Bürgern erreicht werden könne, äußerte sich der überwiegende Teil klar skeptisch: 68,1 % hält diese Wirkung für unwahrscheinlich. Gerade einmal jeder Dritte könnte es sich vorstellen. Sieht man sich die Ergebnisse auf der gesamtstädtischen Ebene an, stellen sich die Meinungsbilder nicht derart eindeutig dar. Hier sind rund 40 % der Meinung, perspektivisch von einer positiven Wirkung in diese Richtung sprechen zu können und rund 60 % halten diesen Effekt für nicht wahrscheinlich.

Die letzte Frage des Komplexes bezieht sich auf den möglichen positiven Effekt in Richtung einer Verbesserung der allgemeinen Lebenssituation für den Einzelnen. Mit dem Bürgerhaushaltskonzept ist dieses für einen Großteil zukünftig nicht wahrscheinlich. Ein geringerer Anteil der Interviewten stimmt der Aussage zu, dass sich aus globaler Sicht bestimmte positive Veränderungen und auch eine individuelle Steigerung der Lebensqualität einstellen können. Im prozentualen Verhältnis heißt das: 38 % halten diese Wirkung für möglich und 62 % stehen dieser Aussage skeptisch gegenüber. Auch in Bezug auf die gesamtstädtische Datenlage sind die erfassten Ergebnisse nahezu identisch.

Der Fragebogen geht im folgenden Abschnitt auf die eventuell eintretenden Probleme des Beteiligungskonzeptes ein. Dabei wandten sich die AG-Mitglieder mit der ersten Problemstellung an die Interviewpartner, inwieweit bei der Erarbeitung, Durchführung und Nachbereitung des Bürgerhaushaltes mehr Zeit der Stadtverwaltung in Anspruch genommen wird, wodurch vorhandene Verwaltungsaufgaben nicht angemessen erledigt werden können. Fast zwei Drittel der Befragten kamen nicht zu dem Schluss, dass wichtige Arbeiten der städtischen Verwaltung nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden könnten.

Die bei den Bürgerversammlungen gesammelten Vorschläge der Bürger setzen einen hohen qualitativen Anspruch an das Verfahren voraus. Unter anderem besteht im offenen Diskurs die Gefahr einer thematischen Einflussnahme durch politisch aktive Akteure der Stadt. Mit dieser Vermutung konfrontiert, hielten es mehr als drei Viertel der Interviewten für möglich, dass eine Instrumentalisierung der Plattform und eine Selbstdarstellung der Parteien und Politiker im Bürgerhaushalt möglich sind.

Das mangelnde begriffliche und konzeptionelle Vorverständnis der Interviewten zum Konzept Bürgerhaushalt steht in direktem Zusammenhang mit sei-

ner Neuartigkeit. Dennoch beruht dieser Mangel vornehmlich auf der unterlassenen Öffentlichkeitsarbeit der letzten Jahre.²⁸ Nach Auskunft einzelner Befragter wird das Konzept begrifflich mit einem „durch Bürger aufgestellten Finanzhaushalt“ assoziiert. Der darin vermutete Anspruch an die deliberative Qualität scheint dann sehr hoch. In diesem Kontext hält es nahezu jeder zweite Befragte (49,5 %) für möglich, dass der Bürgerhaushalt an das Konzept gestellte Erwartungen nicht erfüllen wird. Bei näherer Betrachtung sind 10 % der Meinung, dieses Problem wird wohl nicht auftreten.

Dieses Meinungsbild lässt sich in ähnlicher Verteilung auch auf die Antworten übertragen, ob die Möglichkeit bestehe, dass starke organisierte Interessen den Bürgerhaushalt als Meinungsplattform zur Durchsetzung ihrer Ziele nutzen. Für möglich halten diese Einflussnahme 54,5 % und 45,5 % halten diese für unwahrscheinlich. Auf gesamtstädtischer Ebene sind hingegen 63,5 % der Meinung, das Problem kann absehbar auftreten.

3.3.4 Zukünftige Informationsstreuung zum Bürgerhaushalt

Zum Gelingen ist eine kontinuierliche und immer wiederkehrende Kenntnisnahme der Potsdamer Bürgerschaft unerlässlich. Wo der Einzelne nichts davon erfährt und sich über das Gesamtkonzept Bürgerhaushalt, die einzelnen Phasen und die Mitbeteiligungsmöglichkeiten grundsätzlich nicht informieren kann, wird jedes Beteiligungsinstrument letztlich an niedriger Partizipation scheitern. Eine durchdachte Strategie zur Einbeziehung der Medien, die den einzelnen Phasen angemessen ist, sollte dazu genutzt werden.

Mit der Frage, durch welches Medium die Interviewten über den Bürgerhaushalt benachrichtigt werden möchten, nannte jeder Zweite das Fernsehen. Für 42,1 % kommen die kommunalen und regionalen Zeitungen in Betracht und auf dem Postweg möchten 11,6 % informiert werden. Ein aufschlussreiches Bild erweist sich bei der Betrachtung der neuen Medienformen im Rahmen des Internets. Gerade einmal 12,2 % wünschen eine Information über das Internet, 5,5 % der Befragten möchten per Newsletter und eine verschwindend geringe Zahl von 3 % per E-Mail informiert werden.

3.4 Eigenbeteiligung

Auf die Frage zu der möglichen eigenen Beteiligung am Potsdamer Bürgerhaushalt konnten die Interviewten Mehrfachnennungen vornehmen. Die AG-Mitglieder richteten sich mit der Frage an die Bürger, ob sie grundsätzlich be-

²⁸ Vgl. dazu näher Franzke/Kleger (Hrsg.) 2006: S. 5, 9.

reit wären, sich am Projekt zu beteiligen. Zustimmend äußerten sich dazu 51 %, wobei der überwiegende Teil mit 44,2 % den Schwerpunkt in der Teilnahme an Diskussionen sieht. Die Beteiligungsbereitschaft an regelmäßigen Befragungen liegt bei 40,3 %. Einzig jeder Zehnte (konkret 11,7 %) kann sich vorstellen, aktiv an Veranstaltungen mitzuwirken. Eine intensive Zusammenarbeit mit den zuständigen Projektstellen zur Mobilisierung der Bürger kommt bei 3,9 % in Betracht.

Die Mehrheit von 67,9 % setzt den Schwerpunkt bei der Umsetzung des Konzeptes eher im eigenen Stadtteil. Jeder Dritte (32,1 %) legt den Fokus auf die gesamtstädtische Ebene. In der gesamtstädtischen Auswertung würden sich dazu im Vergleich lediglich 52,4 % in ihrem Stadtteil am Konzept beteiligen. Die andere Hälfte sieht ein Potsdamer Gesamtkonzept des Bürgerhaushaltes als richtig an.

4. Fazit und Ausblick

Im Sozialraum VI lebt, im Vergleich zu den anderen Stadtgebieten der brandenburgischen Landeshauptstadt, ein erheblich größerer Teil der Bevölkerung in schwierigen sozialen Verhältnissen. Die Erwerbslosenquote ist in keinem Stadtteil so hoch, beispielhaft sei hier der Schlaatz mit 17,5 % genannt. Auch die sozialen Transferleistungen der Stadt erreichen in keinem der fünf weiteren Sozialräume das Volumen des hier beschriebenen Sozialraumes. Hinzu kommen die Umfrageergebnisse bezüglich des Bildungsstandes. In Relation zur Gesamtstadt, in der Abitur und Berufsausbildung überwiegen, ist im Sozialraum VI die hohe Anzahl der Hauptschulabschlüsse sehr auffällig.

Entgegen diesen problematisierten Rahmenbedingungen bekunden die meisten Befragten eine positive Grundeinstellung zum Leben in Potsdam. Zudem fällt die Bewertung des Verhältnisses zur Politik und besonders zur Verwaltung im städtischen Vergleich gut aus. Obwohl in einigen gesellschaftlichen Bereichen erhöhter Handlungsbedarf besteht, wirkt sich dieser Bedarf nicht negativ auf das Verhältnis zwischen den Akteuren aus. Daher ist davon auszugehen, dass die Einwohner des Sozialraumes VI dem Konzept Bürgerhaushalt offen gegenüberstehen und gleichsam Mitwirkungspotential erkennbar ist, sich aktiv vor Ort einzusetzen.

Das theoretische Konzept Bürgerhaushalt und seine Umsetzung sind seit der Entscheidung der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung 2004 (04/SVV/0133), in der sich mit einer klaren Votierung zur Einführung des Beteiligungsinstrumentes bekannt wurde, auf einem stetigen Weg weitergeführt worden. Anzumerken sind in diesem Kontext der anfängliche Mangel an

Personal- und Finanzausstattung oder auch die Frage nach der grundsätzlichen Bedeutung vom Teilkonzept Bürgerhaushalt im Gesamtkonzept Bürgerkommune. Auf der anderen Seite wurde bei der konzeptionellen Umsetzung der vergleichende Blick nach Berlin-Lichtenberg nicht gescheut, um ein verbessertes Partizipationsmanagement für die Bürger zu erreichen. So bestehen nun mehrere Votierungsmöglichkeiten: per Internet, per Fragebogen sowie in Bürgerversammlungen. Auch erfolgt eine redaktionelle Bearbeitung der Vorschläge in einem paritätisch von Bürgern, Verwaltung und Politik besetzten Redaktionsteam.

Mit der Neuauflage des Bürgerhaushalts 2008 findet die Vorschlagssammlung auf stadtteilbezogener Ebene stärkere Berücksichtigung.²⁹ Angedacht ist dazu gegenwärtig die Durchführung von drei Veranstaltungen im Sozialraum VI. Die Schwerpunktsetzung der Bürgerversammlungen auf Stadtteilebene kristallisierte sich auch in den Ergebnissen der Befragung heraus und berücksichtigt, dass der Stadtteilbewohner im Sozialraum VI sein konzeptgebundenes Engagement überwiegend vor Ort sieht.

Vor dem Hintergrund der oben genannten Veränderungen sind einige Unwägbarkeiten ungenannt geblieben. Das immer noch vorhandene Informationsdefizit der Bürger steht nach Meinung der Projektgruppe im direkten Zusammenhang mit der unzureichenden Öffentlichkeitsarbeit über das Beteiligungsinstrument. Die Folge dieses mangelnden Kenntnisstandes ist eine diffuse Vorstellung über Inhalt, Form und Auswirkung des Bürgerhaushaltes. Daher konnten die Fragenkomplexe zu den absehbaren Wirkungen (Abschnitt 3.3.3) nur hypothetisch beantwortet werden.

An dieser Stelle unserer Bewertung stellt sich die Frage nach dem Anspruch an die zukünftige Ausgestaltung. Eine kohärente und langfristige Informationsstrategie, mit der zumindest alle Einwohner erreicht werden könnten, ist für die Nutzung des erwähnten Mitwirkungspotentials unerlässlich. So muss angenommen werden, dass bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein wirklicher Umsetzungswille seitens der Stadt Potsdam fehlt.

²⁹ Landeshauptstadt Potsdam: Präsentation zur Bürgerversammlung am 11. Januar 2007, Malteser Treffpunkt Freizeit.

Literatur und Quellen

Franzke, Jochen/Kleger, Heinz (Hrsg.): Kommunaler Bürgerhaushalt in Theorie und Praxis am Beispiel Potsdams. Theoretische Reflektionen, zusammenfassende Thesen und Dokumentation eines begleitenden Projektseminars, Universitätsverlag, Potsdam 2006.

Herzberg, Carsten: Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre. Wie partizipative Demokratie zu administrativen Verbesserungen führen kann. 3. Auflage, Hamburg/Münster 2006.

Herzberg, Carsten/Röcke, Anja/Sintomer, Yves: Von Porto Alegre nach Europa. Möglichkeiten und Grenzen des Bürgerhaushalts; in: Heinz Kleger/Jochen Franzke (Hg.), 2006: Kommunaler Bürgerhaushalt in Theorie und Praxis am Beispiel Potsdams, Potsdam, Universitätsverlag Potsdam, 2006, S. 180 – 195.

Landeshauptstadt Potsdam: Sozialraumdaten für die Nördlichen Ortsteile, Sacrow 2004.

Landeshauptstadt Potsdam (Bereich Statistik und Wahlen): Arbeitslosigkeit in der Landeshaupt Potsdam 2006, Statistischer Informationsdienst 4/2007.

Unter:

http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10023246_513412/ceae210c/Potsdam%20Arbeitslosigkeit%202006.pdf (18.09.2007).

Landeshauptstadt Potsdam (Bereich Statistik und Wahlen): Bevölkerungsentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam von 1991 bis 2005, Statistischer Informationsdienst 2/2007.

Unter:

http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10034472_513412/868f1813/Bev_entw_Pots-dam_1991_2005.pdf (27.09.2007).

Landeshauptstadt Potsdam (Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Service): Präsentation zur Bürgerversammlung am 11. Januar 2007, Malteser Treffpunkt Freizeit.

Unter:

http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10020688_282616/b63c7cf8/Haushalt-2007-Doppik-B%C3%BCrgerhaushalt-2008.pdf (15.09.07).

Newiger-Addy, Griet: Bürgerbeteiligung vor Ort. Beteiligungsrechte der Einwohnerinnen und Einwohner in Brandenburger Kommunen, Verein für grün-bürgerbewegte Kommunalpolitik Brandenburg e.V., Potsdam 1999.

Stadtverordnetenversammlung Potsdam: Potsdam auf dem Weg zur Bürgerkommune, Leitfaden für die Bürgerkommune Potsdam, Potsdam, 2005

Statistischer Informationsdienst Potsdam, Nr. 3/2004 (Statistische Daten zu den neuen Ortsteilen der Landeshauptstadt Potsdam 2003)

http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10023208_513412/48c14654/Potsdam_Stainfo3_04_NeueOT.pdf

Internetquellen

Statistik und Daten der Stadt Potsdam

<http://www.potsdam.de/cms/ziel/400366/DE/>

Vergleich der Landeshauptstädte

http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10023178_513412/04251da1/Potsdam_Hauptstadtverl_2005.pdf

Informationen zum Konzept „Regionalentwicklung stärken – Langzeitarbeitslose schneller integrieren (Regionalbudget)

http://www.lasa-brandenburg.de/fileadmin/user_upload/MAIN-dateien/regionen/Infoveranstaltung16-09-05.pdf

Anhang Fragebogen

Wie schätzen Sie folgende möglichen positiven Wirkungen des Bürgerhaushaltes ein?

	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht
15. Der Bürgerhaushalt liefert umsetzbare Vorschläge.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
16. Der Bürgerhaushalt führt zu einem effektiveren Mitteleinsatz.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
17. Der Bürgerhaushalt führt zu größerer Identifikation der Bürger mit der Stadt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
18. Der Bürgerhaushalt fördert mehr bürgerschaftliches Engagement.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
19. Der Bürgerhaushalt bietet Entscheidungshilfen für die Politik.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
20. Der Bürgerhaushalt schafft Akzeptanz für unpopuläre Sparmaßnahmen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
21. Der Bürgerhaushalt kann meine Lebenssituation verbessern.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Wie bewerten Sie folgende mögliche Probleme des Bürgerhaushaltes?

22. Der Bürgerhaushalt bindet zuviel Zeit der Stadtverwaltung.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
23. Der Bürgerhaushalt wird zur Selbstdarstellung der Parteien und Politiker	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
24. Der Bürgerhaushalt weckt bei den BürgerInnen unerfüllbare Erwartungen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
25. Der Bürgerhaushalt bietet nur den Vertretern starker, organisierter Interessen eine neue Bühne.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
26. Wie würden Sie sich wünschen, dass Sie über den Bürgerhaushalt informiert werden? Per...				
<input type="checkbox"/> Zeitung	<input type="checkbox"/> Post	<input type="checkbox"/> Fernsehen	<input type="checkbox"/> Internet	<input type="checkbox"/> persönliche email <input type="checkbox"/> newsletter

Eigene Beteiligung

27. Wären Sie generell bereit, sich am Projekt "Bürgerhaushalt" zu beteiligen?	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein (weiter zu Frage 30)
28. Wie würden Sie sich beteiligen wollen?		
<input type="checkbox"/> Teilnahme an der Diskussion	<input type="checkbox"/> Teilnahme an regelmäßigen Befragungen	<input type="checkbox"/> Aktive Mitwirkung bei Veranstaltungen
<input type="checkbox"/> Mitwirkung an der Mobilisierung der Mitbürger		
<i>Sie können mehrere Kästchen ankreuzen.</i>		
29. Wo würden sie den Schwerpunkt Ihrer zukünftigen Aktivitäten beim Bürgerhaushalt sehen?		
<input type="checkbox"/> Gesamtstädtisch	<input type="checkbox"/> Im Stadtteil/Sozialraum	

Allgemeine Daten zur Person

30. Wo wohnen Sie? In welchem Stadtteil bzw. Sozialraum?		
<input type="checkbox"/> Nördliche Gebiete	<input type="checkbox"/> Potsdam Nord	<input type="checkbox"/> West/Mitte
<input type="checkbox"/> Babelsberg/Zentrum Ost	<input type="checkbox"/> Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld	<input type="checkbox"/> Schlaatz, Waldstadt, Potsdam-Süd
31. Alter		
<input type="checkbox"/> jünger als 18 J.	<input type="checkbox"/> 18 - 25 Jahre	<input type="checkbox"/> 26 - 35 Jahre
<input type="checkbox"/> 36 - 50 Jahre	<input type="checkbox"/> 51 - 65 Jahre	<input type="checkbox"/> älter als 65 Jahre
32. Geschlecht		
<input type="checkbox"/> männlich	<input type="checkbox"/> weiblich	
33. Welcher ist Ihr höchster Bildungsabschluss?		
<input type="checkbox"/> Universität	<input type="checkbox"/> Fachhochschule	<input type="checkbox"/> Abitur
<input type="checkbox"/> Berufsausbildung	<input type="checkbox"/> 10.Klasse	<input type="checkbox"/> kein Abschluss
34. Was ist Ihr aktueller Beruf?		
<input type="checkbox"/> ArbeiterIn	<input type="checkbox"/> AngestellteR	<input type="checkbox"/> BeamteR
<input type="checkbox"/> SelbstständigeR	<input type="checkbox"/> Hausmann/frau	<input type="checkbox"/> im Ruhestand
<input type="checkbox"/> ErwerbsloseR	<input type="checkbox"/> in Ausbildung	

Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

